



Freie und Hansestadt Hamburg
Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz

Älter werden in Hamburg

Bilanz und Perspektiven

Stand: Mai 2012

Älter werden in Hamburg

Bilanz und Perspektiven

<u>Inhaltsübersicht</u>	Seite
Einleitung	3
1 Ältere Menschen in Hamburg	5
1.1 Demografische Entwicklung in Hamburg	7
1.2 Wohnsituation und Lebensweisen	9
1.3 Ältere Zuwanderer	11
1.4 Einkommensverhältnisse	12
1.5 Gesundheit und Pflege	13
1.6 Ältere Menschen mit Behinderung	14
2 Handlungsfelder	16
2.1 Selbstbestimmtes und selbständiges Wohnen bis ins hohe Lebensalter	16
2.1.1 Wohnungsbau und Wohnungsanpassung, Wohnformen	16
2.1.2 Wohnumfeld, Stadtteil- und Stadtgestaltung	19
2.1.3 Mobilität und Verkehrssicherheit in der Stadt	21
2.1.4 Technische Hilfen im Alltag	25
2.2 Erfahrungen einbringen – Kompetenzen anerkennen und nutzen	26
2.2.1 Partnerschaft der Generationen	26
2.2.2 Engagiert im Alter	29
2.2.3 Mitspracherechte stärken	33
2.3 Soziale, kulturelle und gesellschaftliche Teilhabe sichern und fördern	35
2.3.1 Begegnung und Kultur	35
2.3.2 Lebenslanges Lernen: Bildungsteilhabe sichern	39
2.3.3 Lebenslanges Lernen: Neue Medien nutzen	44
2.3.4 Information, Beratung und Unterstützung	47
2.3.5 Verbraucherkompetenzen und Verbraucherschutz	49
2.3.6 Altersarmut entgegenwirken	50
2.3.7 Rechtliche Selbstbestimmung sichern: Vorsorgevollmachten und rechtliche Betreuung	54
2.3.8 Sich sicher fühlen und sicher sein: Schutz vor Gewalt und Alltagskriminalität	57
2.4 Gesundheit und Pflege	61
2.4.1 Hospizarbeit	61

2.4.2	Gesund älter werden: Bewegung und Ernährung	63
2.4.3	Medizinische Versorgung und Rehabilitation	68
2.4.4	Pflegerische Versorgung	71
3	Handlungsplan: Was wir uns als nächste Schritte vornehmen	74

Einleitung

Bundesweit verändert sich der Altersaufbau der Bevölkerung kontinuierlich. Gründe dafür sind die sinkenden Geburtenzahlen bei gleichzeitig steigender Lebenserwartung. Dies heißt, dass die Anzahl jüngerer Menschen abnimmt, während sich Anzahl und Anteil älterer Menschen vergrößern wird. Auch in Hamburg wird der Anteil älterer Menschen zunehmen, wenn auch deutlich langsamer als in anderen Städten und Gemeinden, da in den kommenden Jahren deutliche Zuwanderungsgewinne bei jüngeren Erwachsenen erwartet werden. Während für die Bundesrepublik Deutschland insgesamt von einer rückläufigen Bevölkerungsentwicklung ausgegangen wird, kann sich Hamburg auf weiter wachsende Bevölkerungszahlen einstellen. Mit dem demografischen Wandel verbunden ist ein Trend zum Leben in den großen Städten. In großen Städten entstehen nicht nur die Arbeitsplätze der Zukunft, sondern viele Menschen verbinden mit ihnen die Hoffnung, das Leben führen zu können, das sie sich wünschen

In Hamburg leben heute¹ rund 421.000 Menschen, die 60 Jahre und älter sind und 24 % der Bevölkerung ausmachen. Im Jahr 2025 werden Prognosen zufolge rund 483.000 Hamburgerinnen und Hamburger, also 27 % der Bevölkerung, dieses Alter erreicht haben. Unter ihnen werden vor allem mehr Hochbetagte sein. Ihr Anteil steigt in den nächsten 15 Jahren von 4,9 % auf 6,5 %, ihre absolute Zahl um ca. 32.000 Menschen². Nach 2025 wird der Anteil der älteren Hamburgerinnen und Hamburger jedoch stärker ansteigen. Für 2030³ wird von einem Bevölkerungsanteil älterer Menschen von 30 % ausgegangen.

Diese Entwicklungen werden das Leben in unserer Stadt langfristig verändern und sie vor neue Herausforderungen stellen. Alle Akteure - von den sozialen Sicherungssystemen über Stadtplanung, Wohnungs- und Arbeitsmarkt, Wirtschaft und Verkehrswesen bis zu den Bildungs- und Kultureinrichtungen - müssen sich auf ein längeres Leben und eine älter werdende Gesellschaft einrichten.

Hamburg begreift den demografischen Wandel vor allem als Chance, als Chance für ein Miteinander der Generationen, als Chance für eine Stadt für alle Lebensalter.

Dennoch soll der Fokus bei allen Planungen auch auf die Bedürfnisse älterer Menschen gerichtet werden, ohne die anderen Lebensalter aus dem Blick zu verlieren. Denn eine Stadt für alle Lebensalter ist eine Stadt, die die Belange aller Generationen wahrnimmt und miteinander verbindet. Hier gilt es insbesondere älteren Menschen zu ermöglichen, am gesellschaftlichen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben in unserer Stadt teilzuhaben und dieses mitzugestalten.

Der vorliegende Bericht "Älter werden in Hamburg" wird in einem ersten Schritt die vielfältigen Lebensverhältnisse und Lebensentwürfe älterer Menschen aufgreifen sowie Ziele, Gestaltungsmöglichkeiten und Maßnahmen zur Berücksichtigung ihrer Interessen und Belange formulieren. Es werden konkrete Maßnahmen entwickelt, mit denen sich die Stadt in

¹ Die Zahlen beziehen sich auf die Ergebnisse des Jahres 2009, das Basis der Vorausberechnung war.

² Die statistischen Angaben beruhen auf einer Modellrechnung des Basisdatenausschusses / Statistikamts Nord mit Stand 30.04.2009. Zum Vergleich: Der Anteil der unter 20-Jährigen wird dagegen bis zum Jahr 2025 von 18 % auf 17 % sinken.

³ Quelle: 12. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung (KBV), Statistisches Bundesamt

ihren Planungen stärker auf ein längeres Leben und eine älter werdende Bevölkerung einstellt. Dabei geht es um Lebensqualität, Aktivität und Sinnstiftung für ältere Menschen ebenso wie um die notwendige Infrastruktur für Unterstützung und Pflege bei entsprechender Hilfebedürftigkeit. Beiträge von Senioren-Organisationen und vom Landes-Seniorenbeirat wurden im vorliegenden Bericht berücksichtigt. Die breite Fachöffentlichkeit sowie die Seniorenorganisationen konnten auf dem Kongress „Seniorenfreundliches Hamburg“ am 17./18.02.2011 Vorschläge zu Chancen und Herausforderungen sowie zu Handlungsschwerpunkten einer seniorenfreundlichen Stadt entwickeln. Die Ergebnisse sind in diesen Bericht eingeflossen. Sie schlagen sich insbesondere auch in dem folgenden Leitbild nieder.

Leitbild Älter werden in Hamburg

Hamburg ist eine Stadt für alle Generationen, in der man sein gesamtes Leben verbringen möchte.

Hamburg soll zu einer Stadt weiterentwickelt werden,

- die auf einen deutlich höheren Anteil älterer Menschen gut vorbereitet ist,
- die sicherstellt, dass Seniorinnen und Senioren in allen Bereichen gehört und ihre Belange berücksichtigt werden,
- in der sich alle Generationen begegnen und gerne zusammen leben,
- die die Fähigkeiten, Erfahrungen und das Engagement der Älteren schätzt und ihnen Raum zur Entfaltung bietet,
- die es ermöglicht, selbstständig und selbstbestimmt in der eigenen Wohnung, in der Nachbarschaft, im öffentlichen Raum und in Kultur- und Freizeiteinrichtungen sich zu bewegen und zu leben,
- die lebenslanges Lernen fördert,
- die Bürgerinnen und Bürger durch Information, Beratung und andere Hilfen darin unterstützt, für die Fragen des Alterns gesundheitlich, sozial und rechtlich Vorsorge zu treffen,
- die mit dem Alter einhergehende gesundheitliche und soziale Risiken nicht leugnet, sondern erforderliche Hilfen in guter und bezahlbarer Qualität sicher stellt,
- in der die Vielfalt der Lebenshintergründe der Seniorinnen und Senioren und ihrer Lebensverläufe und Lebenserfahrungen im Alter zur Geltung kommen können.

Selbständigkeit und Selbstbestimmung bis ins höchste Alter hinein sind zentrale Ziele des Senates. Dabei muss berücksichtigt werden, dass sich die Vielfalt unserer Gesellschaft im Alter fortsetzt. Ältere Menschen bilden keine homogene Gruppe, sondern haben höchst unterschiedliche Interessen und Bedürfnisse. Gesundheitszustand, Bildungsstand, Herkunft, Einkommens- und Vermögensverhältnisse, die familiäre Situation sowie unsere gesellschaftlichen und beruflichen Erfahrungen sind nur einige Aspekte von vielen, die unser

Leben im Alter beeinflussen. Es gibt Seniorinnen und Senioren, deren Leben durch finanzielle, gesundheitliche und soziale Faktoren eingeschränkt ist. Es gibt aber auch Seniorinnen und Senioren, die aktiv am gesellschaftlichen Leben teilnehmen und sich mit ihren unterschiedlichsten Kompetenzen, Ressourcen und Fähigkeiten einbringen oder einbringen möchten.

Die Berücksichtigung der vielfältigen Interessen und Bedürfnisse von Seniorinnen und Senioren ist eine gesamtgesellschaftliche Querschnittsaufgabe, die alle angeht. Alle gesellschaftlichen Gruppen - insbesondere aus den Bereichen Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Soziales, Gesundheit, Bildung, Kultur, Medien und Sport – sind hier aufgefordert, eng und vertrauensvoll zusammenzuarbeiten. Darüber hinaus wird das Engagement der Bürgerinnen und Bürger vor Ort, in den Quartieren und in den lebendigen sozialen Netzen der Nachbarschaften benötigt. Nur gemeinsam kann der demografische Wandel als Gewinn für alle Generationen gestaltet werden.

Der demografische Wandel wirkt sich aber nicht nur dadurch aus, dass die Belange älterer Menschen bedeutsam für die Weiterentwicklung der Stadt Hamburg werden. In einem auf diesem Bericht aufbauenden und ihn erweiternden Demografiekonzept für die Freie und Hansestadt Hamburg wird der Senat mit Blick auf das Jahr 2030 auch die Veränderungen in den anderen Altersgruppen und im Verhältnis der Generationen zueinander in den Blick nehmen. In diesem Demografiekonzept werden schwerpunktmäßig zum Beispiel die Stärken Hamburgs im Bereich des Zuzugs junger Erwachsener und die Auswirkungen der demografischen Veränderungen auf die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung analysiert und zu einer Gesamtstrategie weiterentwickelt.

Mit beiden handlungsorientierten und ressortübergreifenden Konzepten,

- dem vorliegenden Bericht „Älter werden in Hamburg - Bilanz und Perspektiven“ und
- dem geplanten Demografiekonzept

setzt der Senat in zwei Schritten sein Vorhaben um, einen Handlungsplan „Hamburg - Stadt für alle Generationen“ zu erarbeiten und umzusetzen.

Zu einer nachhaltigen Politik für Hamburg gehört zwingend auch die Sicherung der öffentlichen Finanzen und die Einhaltung der grundgesetzlichen Schuldenbremse im Haushalt. Alle Leistungen und Angebote der Stadt - auch die in diesem Bericht dargestellten - werden deshalb laufend daraufhin zu überprüfen sein, ob sie noch dem Bedarf entsprechen, wirksam und wirtschaftlich sind.

1 Ältere Menschen in Hamburg

Vorbemerkung

Nach der Definition der Weltgesundheitsorganisation (WHO) beginnt der Mensch mit 45 Jahren zu altern. Darüber hinaus unterscheidet die WHO ältere Menschen (60 – 75 Jahre), alte Menschen (76 – 90 Jahre), sehr alte Menschen bzw. Hochbetagte (über 90 Jahre) und Langlebige (über 100 Jahre). Andere differenzieren zwischen den „jungen Alten“ (55 – 75

Jahre) und den „alten Alten“ (über 75 Jahre) oder bilden eine Dreiteilung in „junge Alte“ (55 – 65 Jahre), „mittlere Alte“ (65 – 79 Jahre) sowie „Hochaltrige“ (80 Jahre und älter). Häufig wird „Alter“ auch gleichgesetzt mit dem Austritt aus dem Berufsleben und dem Erreichen des gesetzlichen Rentenalters. Dieses wurde zuletzt von 65 auf 67 Jahre heraufgesetzt. Andererseits scheiden viele Menschen bereits vorher aus der Erwerbstätigkeit aus, und auf dem Arbeitsmarkt gelten je nach Branche bereits 55-Jährige oder sogar jüngere Personen als ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Für den vorliegenden Bericht handelt es sich bei den genannten Altersgruppen eher um Orientierungswerte, die statistische Angaben ermöglichen. Auf ein bestimmtes Alter als Kriterium für die Zugehörigkeit zur älteren Bevölkerung wird hier bewusst verzichtet. Damit soll dem Umstand Rechnung getragen werden, dass das Altern ein sehr individueller Prozess ist und die Beantwortung der Frage, ob jemand als „älter“ oder „alt“ gilt, immer auch von der subjektiven Perspektive des jeweiligen Betrachters abhängt.

Unsere Vorstellungen über das Altern und das Alter werden von vielfältigen, biologischen, aber auch gesellschaftlichen, sozialen und kulturellen Faktoren beeinflusst. Wir leben heute in einer heterogenen Gesellschaft, in der viele Menschen sich – im Gegensatz etwa zu früheren Generationen – auch nach dem Rückzug aus ihrer beruflichen Phase nicht als „Seniorin“ oder „Senior“ fühlen oder gar bezeichnen. Alter wird aber oftmals noch mit Krankheit, Gebrechlichkeit und Pflegebedürftigkeit in Verbindung gebracht. Darüber hinaus hat sich die Zeit nach der Erwerbstätigkeit zu einer eigenständigen Lebensphase mit neuer Bedeutung entwickelt. In Hamburg haben 65-jährige Männer eine fernere Lebenserwartung von rund 17,5 Jahren. Bei Frauen in diesem Alter beträgt die fernere Lebenserwartung sogar rund 20,6 Jahre. Aber nicht nur die Lebenserwartung steigt. Hinzu kommt, dass wir immer öfter einen Großteil dieser Zeit nach der Berufs- und Familienphase bei guter Gesundheit verbringen. Anders noch als frühere Generationen können und wollen immer mehr Menschen diese Zeit aktiv und selbstbestimmt nach ihren Interessen und Bedürfnissen gestalten. Auch diese Entwicklung mag dazu beitragen, dass Vorstellungen vom Alter sich verschieben und höhere Altersgrenzen herangezogen werden, um Alter zu definieren.

Wichtiger als eine exakte Altersdefinition ist es, wie die Menschen in Hamburg älter werden wollen und wie sich ihre Lebenssituation darstellt. Zudem sollte es keine Barrieren zwischen den Generationen geben. Das Zusammenleben von Jung und Alt steht im Mittelpunkt vieler Angebote und entspricht damit dem Ziel eines generationenfreundlichen Hamburgs.

Unsere Gesellschaft wird geprägt durch eine Vielfalt unterschiedlicher Lebensweisen, Lebensstile und Lebensverläufe. Diese Vielfalt wirkt sich auch darauf aus, wie wir im Alter leben. Von DEN Seniorinnen und Senioren zu sprechen, würde den unterschiedlichen Interessen, Bedürfnissen und Lebenssituationen älterer Menschen nicht gerecht werden. Vielmehr kann allenfalls von verschiedenen Gruppen gesprochen werden, wie beispielsweise von jüngeren und älteren Seniorinnen und Senioren, aktiven, integrierten und zurückgezogen lebenden Seniorinnen und Senioren, gesunden, kranken und pflegebedürftigen Seniorinnen und Senioren, Seniorinnen und Senioren mit und ohne Migrationshintergrund, Seniorinnen und Senioren unterschiedlicher sexueller Identität sowie wohlhabenden und armen Seniorinnen und Senioren. Dabei ist zu berücksichtigen, dass kein Mensch allein einer Gruppe zugeordnet werden kann und dass die Lebenslagen des Einzelnen wesentlich vielschichtiger und komplexer sind. Die nachfolgende Beschreibung

unterschiedlicher Lebenssituationen kann daher nur einen Überblick verschaffen, der in den einzelnen Handlungsfeldern unter 2. noch vertieft werden wird.

1.1 Demografische Entwicklung in Hamburg

Als attraktive Stadt für Zuwanderinnen und Zuwanderer aus dem In- und Ausland gilt Hamburg trotz niedriger Geburtenraten auch in den kommenden Jahren als verhältnismäßig „junge“ Stadt. Demografische Veränderungen der Altersstruktur vollziehen sich langsamer als in vielen anderen Städten und Gemeinden der Bundesrepublik. So ist die Bevölkerungszahl in Hamburg auch im Jahr 2009 trotz eines Geburtendefizits durch Zuwanderung wie im Vorjahr leicht gestiegen.⁴ Im Jahr 2010 gab es sogar einen leichten Geburtenüberschuss und ein deutliches Bevölkerungsplus.⁵ Das Bevölkerungswachstum soll sich auch in den kommenden Jahren fortsetzen. Modellrechnungen sehen bis 2025 einen weiteren Bevölkerungszuwachs um 2,5 % vor:

Abbildung 1: Bevölkerungsentwicklung Hamburgs bis 2025

Zeitpunkt	Insgesamt	Männlich	Weiblich
30.04.2009	1 730 984	838 399	892 585
Ende 2010	1 742 000 ⁶	844 700	897 200
2015	1 772 600	863 200	909 500
2020	1 784 700	872 300	912 500
2025	1 786 100	875 300	910 800

Quelle: Basisdatenausschuss / Statistikamt Nord auf Basis des Melderegisters 30.04.2009

Hinsichtlich der Altersstruktur werden für Hamburg bis zum Jahr 2025 nur geringfügige Verschiebungen zugunsten der älteren Bevölkerung erwartet. Ein maßgebender Grund hierfür sind hohe Wanderungsgewinne bei jüngeren Erwachsenen. Der Anteil der 60-Jährigen und Älteren an der Gesamtbevölkerung soll zwischen 2009 und 2025 von 24,3 % (421.201 Personen⁷) auf 27 % (482.650 Personen⁸) anwachsen. Für 2030 wird ein Anstieg auf rund 30 Prozent prognostiziert⁹. Im Bundesdurchschnitt weist die 12. Koordinierte Bevölkerungsvorausrechnung dagegen bereits im Jahr 2020 einen Anteil der über 60-Jährigen von knapp über 30 Prozent aus. Im Jahr 2030 soll mehr als jeder dritte Einwohner Deutschlands (36,8 Prozent) der Altersgruppe 60 + angehören.

Einen Überblick über die Entwicklung der Anteile ausgewählter Altersgruppen an der Gesamtbevölkerung Hamburgs bietet die nachfolgende Übersicht:

⁴ Statistikamt Nord, Statistik informiert ... Nr. 65/2010 vom 05.07.2010.

⁵ Statistikamt Nord, Statistik informiert ... Nr. 84/2011 vom 12.07.2011

⁶ Die fortgeschriebene Bevölkerungszahl zum 31.12.2010 liegt bereits bei 1.786.448 (Statistikamt Nord, Statistische Berichte, „Die Bevölkerung in Hamburg und Schleswig-Holstein 2010 nach Alter und Geschlecht“). Da aber keine aktuellere Bevölkerungsvorausschätzung vorliegt, werden hier die Daten der 12. Koordinierten Bevölkerungsvorausschätzung berichtet, um strukturelle Trends aufzuzeigen.

⁷ Statistikamt Nord, Melderegister, Stichtag 31.12.2009.

⁸ Statistikamt Nord, Basisdatenausschuss.

⁹ Statistikamt Nord, Bericht vom 15.04.2010. Grundlage dieser Prognose ist die 12. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, die auf einer Fortschreibung der Ergebnisse der Volkszählung 1987 beruht.

Abbildung 2: Anteile der Altersgruppen an der Bevölkerung insgesamt

Jahr	Unter 20-Jährige	20- bis unter 65-Jährige	65-Jährige und Ältere	darunter: 80-Jährige und Ältere
2009	18 %	63 %	19 %	4,9 %
2010	17 %	64 %	19 %	4,9 %
2015	17 %	64 %	19 %	5,1 %
2020	17 %	64 %	19 %	6,2 %
2025	17 %	63 %	20 %	6,5 %

Quelle: Basisdatenausschuss / Statistikamt Nord

Nach Berechnungen des Basisdatenausschusses kann Hamburg bis zum Jahr 2020 sogar damit rechnen, dass der Anteil der Personen im erwerbsfähigen Alter ansteigt. Erst für 2025 wird ein Rückgang erwartet. Der Anteil der 65-Jährigen und Älteren bleibt bis 2020 konstant und steigt erst zwischen 2010 und 2025 um einen Prozentpunkt.

Bei näherer Betrachtung einzelner Altersgruppen lassen sich jedoch auch schon bis 2025 deutlichere Verschiebungen erkennen. So sinkt nach den Modellrechnungen die Zahl der jüngeren erwerbsfähigen Bevölkerung (25- bis unter 40-Jährige) von 403 300 auf gut 377 000 Menschen, während die Zahl der älteren Erwerbsfähigen (50- bis unter 65-Jährige) von 295 900 auf ebenfalls gut 377 000 zunimmt (+ 27%). Entsprechend steigt auch das Durchschnittsalter der Hamburger Bevölkerung von 42,3 Jahren Ende April 2009 auf 44,2 im Jahr 2025 an.

Unter den über 65-Jährigen wird insbesondere eine Zunahme der 75-Jährigen und Älteren zu verzeichnen sein. Der Anteil der 65- bis 75-Jährigen hingegen wird sogar leicht sinken. Die nachfolgende Übersicht veranschaulicht diese Entwicklung.

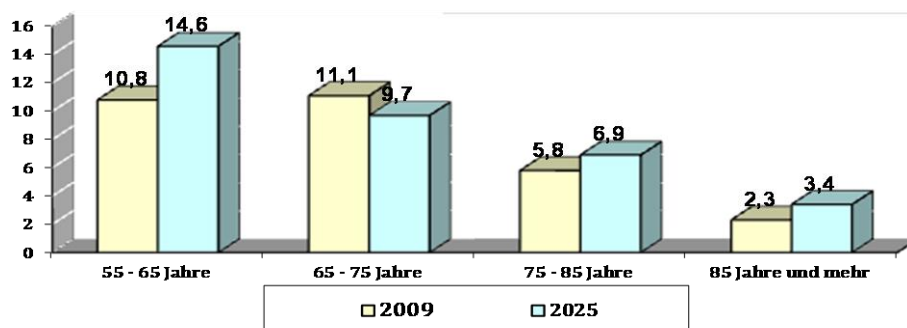


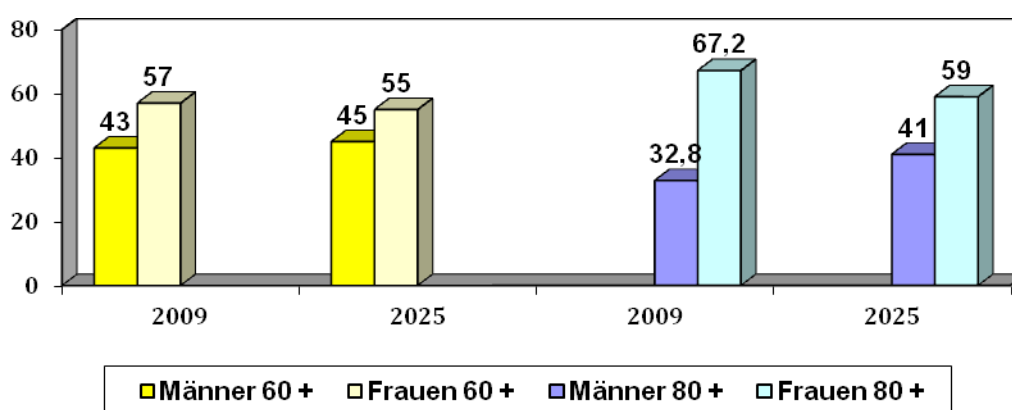
Abbildung 3: Anteile ausgewählter Alterskohorten an der Gesamtbevölkerung im Zeitvergleich (2009 / 2025)

Quelle: Basisdatenausschuss / Statistikamt Nord, eigene Berechnung

Der Rückgang der Altersgruppe der 65- bis 75-Jährigen ist auf die hohen Geburtenzahlen um 1940 herum sowie die Tatsache, dass die folgenden Jahrgänge der in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg Geborenen deutlich schwächer besetzt sind, zurückzuführen. Erst nach 2025, wenn die geburtenstarken Jahrgänge der sechziger Jahre das Rentenalter erreichen, wird mit einem stärker steigenden Anteil der Altersgruppe 65 + gerechnet.

Von den insgesamt 421.201 Hamburgerinnen und Hamburgern im Alter von 60 + sind 239.932 Frauen und 181.269 Männer. Dies ergibt einen Frauenanteil von 57 %. Bei den 80-Jährigen und Älteren ist der Frauenanteil mit 67,2 % sogar noch deutlich höher. Gründe hierfür sind zum einen die höhere Lebenserwartung von Frauen und zum anderen die Auswirkungen des 2. Weltkrieges. In den nächsten Jahrzehnten wird jedoch eine allmähliche Angleichung erwartet. Modellrechnungen erwarten für das Jahr 2025 einen Frauenanteil von rund 55 % unter den 60-Jährigen und Älteren. Noch deutlicher fällt die Angleichung bei den „Hochaltrigen“ aus. So wird bei den 80-Jährigen und Älteren im Jahr 2025 ein Frauenanteil von nur noch 59 % prognostiziert.

Abbildung 4: Anteile von Frauen und Männern an der jeweiligen Altersgruppe



Trotz dieser Entwicklung werden jedoch auch künftig deutlich mehr ältere Frauen als Männer in Hamburg leben.

1.2 Wohnsituation und Lebensweisen

Die Verteilung der Seniorinnen und Senioren auf die Hamburger Bezirke ist nicht gleichmäßig, wie sich aus der nachfolgenden Tabelle ergibt.

Abbildung 5: Verteilung der Seniorinnen und Senioren auf die Bezirke

Bezirke	Anzahl der Bevölkerung	Anzahl der Menschen (60 und älter)	Anteil der älteren Menschen an den Einwohnern im Bezirk in %	Anteil der älteren Menschen im Bezirk an allen Älteren in Hamburg in %
Hamburg-Mitte	282.781	56.241	19,9 %	13,3 %
Altona	251.563	59.751	23,8 %	14,1 %
Eimsbüttel	245.979	61.295	24,9 %	14,5 %
Hamburg-Nord	282.090	63.577	22,5 %	15,0 %
Wandsbek	411.465	115.843	28,2 %	27,3 %
Bergedorf	120.328	28.848	24,0 %	6,8 %
Harburg	152.607	38.034	24,9 %	9,0 %
Hamburg gesamt	1.746.813	423.589	24,2 %	

Quelle: Statistikamt Nord, Statistische Berichte vom 14.07.2011

Die meisten Seniorinnen und Senioren wohnen danach im Bezirk Wandsbek. Zugleich ist auch die Wandsbeker Bevölkerung durchschnittlich am ältesten: 28,2 % aller Wandsbeker sind 60 Jahre und älter. Darüber hinaus ist auch der Anteil der in Wandsbek lebenden Seniorinnen und Senioren mit 27,3 % mit Abstand am höchsten. Die wenigsten Seniorinnen und Senioren wohnen in Bergedorf (28.848 Personen bzw. 6,8 %). Da Bergedorf jedoch über den geringsten Bevölkerungsanteil verfügt, liegt in Bergedorf der Seniorenanteil an allen Bergedorfern mit 24,0 % nur knapp unter dem Hamburger Durchschnitt von 24,2%. Die durchschnittlich jüngste Bevölkerung hat der Bezirk Hamburg-Mitte zu verzeichnen. Dort sind lediglich 19,9 % aller Einwohnerinnen und Einwohner 60 Jahre und älter.

Darüber hinaus zeigt sich eine Konzentration der älteren Stadtbewohnerinnen und Stadtbewohner in Gebieten am Stadtrand, die fast ausschließlich durch die Wohnnutzung geprägt ist. Nach Auszug der erwachsenen Kinder wohnt die Elterngeneration noch immer in den häufig in Reihenbauweise entstandenen Wohngebieten am Stadtrand. Jüngere Familien ziehen nur selten in diese Wohngebiete. Für die nahe Zukunft muss mit einer weiteren Konzentration älterer Bewohnerinnen und Bewohner in diesen Wohngebieten gerechnet werden. Dagegen führt die große Nachfrage nach Wohnraum in den innerstädtischen Quartieren zu deutlichen Mietsteigerungen für diese Wohnlagen. Die ältere und ressourcenärmere Bevölkerung ist zunehmend am Stadtrand repräsentiert.¹⁰

Dies gilt auch für die Tatsache, dass der Anteil der Ein-Personen-Haushalte bei älteren Menschen über 65 sehr hoch ist. Er betrug 41,6 % in 2010. Im Jahr 2010 war nach den Ergebnissen des Mikrozensus unter den alleinlebenden Hamburgerinnen die größte Gruppe mit gut 30 % 65- bis 85-jährig¹¹. Der Anteil der älteren Menschen wird weiter ansteigen, wenn die noch jüngeren Menschen in Ein-Personen-Haushalten zu Seniorinnen und Senioren von morgen werden. Daraus resultiert ein zusätzlicher Bedarf an kleinen, barrierefreien Wohnungen.

¹⁰ Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, „Den demographischen Wandel gestalten“, Mai 2011

¹¹ Statistikamt Nord, Statistik informiert...VII/2010 vom 18.07.2011

Zum Wohnen im Alter gehört auch die Tatsache, dass Seniorinnen und Senioren spezielle Wohnformen nachfragen. Dazu gehören Angebote des Servicewohnen (früher: Betreutes Wohnen), in denen rd. 11.000 Menschen wohnen. In Altenwohnanlagen ohne Betreuungsangebot, die häufig von Stiftungen angeboten werden, wohnen rd. 6.000 Ältere. In stationären Pflegeeinrichtungen leben gegenwärtig rd. 15.400 Menschen. Zunehmend Interesse finden auch Wohngemeinschaften, sei es im bewussten Zusammenleben von Jung und Alt oder in ambulant betreuten Wohngemeinschaften pflegebedürftiger Menschen.

Seniorinnen und Senioren brauchen neben einer altengerechten Wohnung ein ihren Bedürfnissen angepasstes Wohnumfeld mit wohnortnahen Infrastruktureinrichtungen und dem Gefühl von Sicherheit im öffentlichen Raum. Zur Lebensqualität im Alter gehören geeignete Grün- und Freiflächen. Parks und Grünflächen sind so zu gestalten, dass sie von älteren Menschen gut genutzt werden können.

1.3 Ältere Zuwanderer

Als internationale Hafenmetropole hat Hamburg von jeher Menschen aus aller Welt angezogen. Im Jahr 2010 lebten in Hamburg rund 515.000 Menschen mit Migrationshintergrund, dies sind knapp 30% aller Hamburgerinnen und Hamburger. Unter ihnen sind auch immer mehr ältere Menschen. Viele von ihnen sind als „Gastarbeiter“ gekommen mit der Absicht, im Rentenalter in ihr Heimatland zurückzukehren bzw. häufig zu pendeln. Umfragen haben ergeben, dass die überwiegende Zahl der Seniorinnen und Senioren mit Migrationshintergrund ihre Rückkehrabsichten aufgegeben hat. Gründe sind vor allem hier lebende Kinder und Enkel, möglicherweise auch relativ geringe Renten und steigende Lebenskosten im Heimatland. Viele haben sich aber gefühlsmäßig nicht von ihrem Heimatland entfernt.

Abbildung 6: Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Hamburg

Alter von ... bis unter ... Jahre	2010 (in 1.000)		
	Männer	Frauen	Gesamt
55-64	24	25	49
65-74	15	14	29
75-84	5	6	11
85+	1	2	3
Gesamt	45	47	92

Quelle: Melderegister 31.12.2010 (nur Hauptwohnsitze) ergänzt um Schätzungen mit MigraPro durch das Statistische Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein

Rund 13 % der über 64-jährigen Hamburgerinnen und Hamburger haben einen Migrationshintergrund (zum Vergleich: 46 % der unter 18-Jährigen). Im Vergleich der Bezirke leben die meisten älteren Menschen mit Migrationshintergrund in Hamburg-Mitte; ihr Anteil

liegt dort bei rund 22 %. Die Anteile in den Stadtteilen der Bezirke weisen ebenfalls deutliche Unterschiede auf. Besonders hohe Anteile an der älteren Bevölkerung mit Migrationshintergrund im Stadtteil sind mit rund 54 % auf der Veddel, mit 49 % in Hammerbrook und mit 44 % in Billbrook zu finden.¹²

Ältere Menschen mit Migrationshintergrund in Hamburg sind etwa je zur Hälfte Ausländer und Deutsche mit Migrationshintergrund (zum Beispiel Spätaussiedler).

Die in Hamburg lebenden Menschen mit Migrationshintergrund kommen aus fast allen Ländern der Welt. Die mit Abstand häufigsten Herkunftsländer der Migrantinnen und Migranten über 54 Jahre sind Polen mit 17 % und die Türkei mit 16 %. Von allen Hamburgerinnen und Hamburgern über 54 Jahre haben 6 % Wurzeln in Polen oder der Türkei. Weitere für die ältere Bevölkerung Hamburgs wichtige Bezugsländer sind (in dieser Reihenfolge) Russland, ehemaliges Serbien und Montenegro, Iran, Österreich, Afghanistan und Kasachstan.¹³

Ausgehend von den Basisdaten des Mikrozensus 2005 ist in einer Modellrechnung für den Zeitraum von 2005 bis 2025 etwa von einer Verdoppelung der über 55-jährigen Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Hamburg auszugehen¹⁴.

Ältere Migrantinnen und Migranten haben aufgrund vielfältiger Gefährdungen und Belastungen in früheren Lebensphasen (z.B. durch harte Arbeit, schlechte Wohnverhältnisse) ein erhöhtes Hilfe- und Pflegebedürftigkeitsrisiko. Gleichzeitig ist der Zugang zu Einrichtungen und Angeboten durch vielfältige Barrieren (insbesondere sprachliche Probleme) erheblich eingeschränkt. Es ist nicht immer möglich, dass ältere Migrantinnen und Migranten überwiegend durch ihre Familienangehörigen versorgt werden. Der Grad an Vereinsamung kann im Alter sehr hoch sein, insbesondere bei Frauen.

1.4 Einkommensverhältnisse

Renten und Pensionen bilden die Haupteinkommensquelle älterer Hamburgerinnen und Hamburger. Mehr als neun von zehn Seniorinnen und Senioren (90 % der über 65-jährigen Seniorinnen und Senioren) beziehen ihren überwiegenden Lebensunterhalt aus einer Rente oder Pension. Vier Prozent werden durch Angehörige unterhalten und zwei Prozent gehen noch einer den Lebensunterhalt sichernden Erwerbstätigkeit nach.

Nach Angaben des Statistikamts Nord mussten 2010 rund 8 % der Seniorenhaushalte mit einem Einkommen von bis zu 900 Euro auskommen, 2002 waren es noch 14 %. Mehr als 1.700 Euro hatten hingegen 48 % der Haushalte. Ein Nettoeinkommen zwischen 900 und 1.700 Euro wiesen 44 % der Seniorenhaushalte¹⁵ auf.

¹² Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein, Statistik informiert ... Nr. VII/2011 vom 18.07.2011

¹³ Quelle: Melderegister 31.12.2010 (nur Hauptwohnsitze) ergänzt um Schätzungen mit MigraPro durch das Statistische Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein

¹⁴ Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz, Rahmenplanung der pflegerischen Versorgungsstruktur bis 2015.

¹⁵ Auswertung Statistikamt Nord.

Andererseits nimmt auch die Zahl älterer Hamburgerinnen und Hamburger zu, die staatliche Grundsicherungsleistungen beziehen. Nach Angaben des Statistikamtes Nord haben in Hamburg am Jahresende 2010 18.588 Menschen im Alter von mehr als 64 Jahren Grundsicherungsleistungen zur Sicherstellung der laufenden Lebensführung erhalten. Das sind fast 5 % mehr als ein Jahr zuvor. Damit hat sich der in den Vorjahren erkennbare Zuwachs fortgesetzt. Im mittelfristigen Vergleich zu 2005 ergibt sich eine Zunahme um 41 %. 2010 waren 5,5 % der über 64-jährigen Einwohnerinnen und Einwohner auf staatliche Hilfen angewiesen. Die Mehrzahl der Leistungsempfänger war weiblich (58 %).

Außerdem scheint die gewöhnliche Altersrente oft nicht auszureichen. 72 % erhielten die Hilfe als Ergänzung zu ihrer Rente. Gut ein Fünftel der Hilfeempfängerinnen und -empfänger war unmittelbar aus dem Bezug von Arbeitslosengeld II („Hartz IV“-Leistungen) in die Grundsicherung eingetreten und 36 % waren zuvor auf Sozialhilfe in Form laufender Hilfe zum Lebensunterhalt angewiesen¹⁶.

Aufgrund der Veränderung von Erwerbsbiographien (Erwerbsunterbrechungen, Langzeit-Arbeitslosigkeit, atypische Beschäftigungsverhältnisse) ist künftig eine Zunahme von Altersarmut denkbar.

1.5 Gesundheit und Pflege

Mit zunehmendem Alter steigt die Wahrscheinlichkeit, Unterstützung bei der Bewältigung des Alltags zu benötigen. Es gibt viele Seniorinnen und Senioren, deren Leben durch gesundheitliche und soziale Faktoren eingeschränkt wird. Alle Menschen sollten unabhängig vom Alter einen offenen Zugang zu einer leistungsstarken Gesundheitsinfrastruktur finden. Fit und gesund zu sein ist eine wichtige Voraussetzung, um ein langes Leben in möglichst hoher Qualität führen zu können. Prävention und Gesundheitsförderung kommen während des ganzen Lebens eine zentrale Rolle zu, um im Alter diese Ziele zu erreichen. So haben in der Prävention eine gesunde Ernährung, gesundheitsfördernde Bewegung, Vorsorge und Früherkennung sowie die gesundheitsbezogene Sicherheit (z.B. Unfall- und Sturzprävention) eine hohe Bedeutung.

Prävention ist auch im Alter wichtig, am besten ergänzt durch soziale Kontakte. Maßnahmen der Gesundheitsförderung unterstützen die Mobilität und das persönliche Wohlbefinden. Eine Befragung von mehr als 1000 Menschen im Alter zwischen 60 und 90 Jahren ist im Rahmen des vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderten Forschungsverbundes LUCAS (Longitudinal Urban Cohort Ageing Study) für Hamburg durchgeführt worden. Grundsätzlich ist festzustellen, dass die Gesundheit älterer Menschen insgesamt positiv bewertet wird. Ältere berichten zwar von gesundheitlichen Einschränkungen und Beschwerden, gleichzeitig sind sie jedoch größtenteils zufrieden mit ihrer Gesundheit und ihrer Lebensqualität. Es werden jedoch auch bisher nicht ausgeschöpfte Potentiale für Prävention und Gesundheitsförderung sichtbar. Im Rahmen der Gesundheitsberichterstattung sind im Dezember 2010 der Bericht „Die Gesundheit älterer Menschen in Hamburg I“ und im September 2011 der Bericht „Die Gesundheit älterer Menschen in Hamburg II“ erschienen. Beide Berichte stützen sich im Wesentlichen auf die genannte Befragung. Unter dem Gliederungspunkt 2.4.2.2. werden die wichtigsten Ergebnisse vorgestellt.

¹⁶ Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein, Statistik informiert ... Nr. 85/2011 vom 13.07.2011.

Hilfe- und Pflegebedürftigkeit ist meist die Folge chronischer Erkrankungen. Das Erkrankungsrisiko steigt mit dem Alter. 86 % der Pflegebedürftigen in Hamburg sind älter als 59 Jahre¹⁷. Eine bedeutende Rolle spielen Krankheiten, die Demenz verursachen. Der Anteil von Menschen mit Demenz liegt bei den 65- bis 69-Jährigen bei etwa 1,5 % und steigt dann bei den 90-Jährigen und Älteren auf mehr als 30 %. Daneben sind Hilfe- und Pflegebedürftigkeit durch akute Krankheitsereignisse, Unfälle oder angeborene Behinderung bedingt.

Im Jahr 2009 waren in Hamburg knapp 46.000 Menschen pflegebedürftig im Sinne der Pflegeversicherung¹⁸. Dazu kommen etwa 60.000 Menschen mit einem Hilfebedarf unterhalb der Pflegebedürftigkeit. Für 2020 wird mit knapp 50.000 Pflegebedürftigen und etwa 64.000 Hilfebedürftigen gerechnet. Die Anzahl der Menschen mit Migrationshintergrund unter den Hilfe- und Pflegebedürftigen steigt überproportional.¹⁹

Die prognostizierte Zunahme der Anzahl Pflegebedürftiger liegt in Hamburg weit unter dem Bundesdurchschnitt.²⁰ Hilfe- und Pflegebedürftigkeit ist schon definitionsgemäß mit einer Einschränkung der Selbständigkeit verbunden. Von der individuellen Situation und den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen ist abhängig, in welchem Umfang damit Einschränkungen der Selbstbestimmung, der Teilhabe und der Lebensqualität verbunden sind. Diese Einschränkungen können sowohl die Hilfe- und Pflegebedürftigen wie die sie unterstützenden Menschen betreffen.

1.6 Ältere Menschen mit Behinderung

Nach den Erhebungen des Statistischen Amtes für Hamburg und Schleswig-Holstein lebten Ende 2009 in Hamburg 127.237 schwerbehinderte Menschen (7,2 % der Hamburger Bevölkerung). Behinderungen treten vor allem bei älteren Menschen auf. So waren deutlich mehr als die Hälfte (rund 56 %) der schwerbehinderten Menschen 65 Jahre und älter. Die Altersgruppe zwischen 45 und 64 Jahren stellte rund 30 %, die Altersgruppe bis 44 Jahre rund 14 % der Schwerbehinderten.

Drei von vier schwerbehinderten Menschen hatten körperliche Behinderungen (75 %). Auf zerebrale, geistige und seelische Behinderungen entfielen zusammen 19 % und bei 6 % der Fälle war die Art der schwersten Behinderung nicht ausgewiesen.²¹

Deutschland hat am 21. Dezember 2008 das Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen und das dazugehörige Fakultativprotokoll ratifiziert. Beide sind seit dem 26. März 2009 Bestandteil der deutschen Rechtsordnung. Wegen der weiten Definition von Behinderung in der Konvention (Art. 1) fällt eine nicht unerhebliche Zahl von „Seniorinnen und Senioren“ unter den Schutz der Konvention, auch wenn sie nicht schwerbehindert im Sinne des deutschen Rechts sind. Für alle Handlungsfelder gilt daher, dass die Grundgedanken und Leitideen der Konvention (Vielfalt, Inklusion, Zugang zu allen gesellschaftlichen Bereichen) ebenso wie Selbstbestimmung und

¹⁷ Pflegestatistik 2009 für Hamburg, Statistik Nord

¹⁸ Pflegestatistik 2009 für Hamburg, Statistik Nord

¹⁹ BSG 2010: Rahmenplanung der pflegerischen Versorgungsstruktur bis 2015

²⁰ Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Demografischer Wandel in Deutschland, Heft 2, 2010

²¹ Versorgungsamt Hamburg, Einzelauswertung

Barrierefreiheit zu berücksichtigen sind und insofern Maßnahmen für Ältere, soweit sie z. B. die Herstellung von Barrierefreiheit im Bereich Wohnen und im öffentlichen Raum betreffen, zugleich auch der Umsetzung der UN-Konvention dienen.

2 Handlungsfelder

Im folgenden Hauptteil des Berichtes werden für die wesentlichen Handlungsfelder

- selbstbestimmtes und selbständiges Wohnen bis ins hohe Lebensalter,
- Erfahrungen einbringen - Kompetenzen anerkennen und nutzen,
- soziale, kulturelle und gesellschaftliche Teilhabe sichern und fördern, sowie
- Gesundheit und Pflege

jeweils Ziele für die weitere Entwicklung zu einer generationenfreundlichen Stadt formuliert und die Ausgangslage in Hamburg beschrieben und bewertet. Die mit diesem Bericht verbundenen Maßnahmen werden im folgenden Abschnitt 3 aufgeführt.

2.1 Selbstbestimmtes und selbständiges Wohnen bis ins hohe Lebensalter

2.1.1 Wohnungsbau und Wohnungsanpassung, Wohnformen

2.1.1.1 Wohin wir die Stadt entwickeln wollen: Ziele

Ältere Menschen fühlen sich ihrem Zuhause und ihrem Wohnumfeld stark verbunden. Die überwiegende Mehrheit wünscht sich, bis ins hohe Alter und auch bei Pflegebedürftigkeit in den eigenen vier Wänden wohnen zu bleiben. Gerade, wenn mehr Zeit in der Wohnung verbracht wird, wirken sich die Wohnverhältnisse in höherem Maße auf die individuelle Lebenszufriedenheit und Lebensqualität aus. Seniorengerechte Wohnungen schaffen die Voraussetzung für eine aktive Lebensgestaltung bis ins hohe Alter.

Ältere Menschen sollen die Möglichkeit haben, möglichst lange und sicher in ihrem vertrauten Wohnumfeld wohnen zu bleiben. Eine bedarfsgerechte und kostengünstige Versorgung mit seniorengerechten Wohnungen wird angestrebt.

Die Wohnbedarfe der Seniorinnen und Senioren sind insbesondere dann berücksichtigt, wenn

- das Angebot an seniorengerechten, barrierefreien oder barriere-reduzierte Wohnungen (eingestreut und als Wohnanlagen) ausreichend ist,
- neue Wohnformen (zum Beispiel Wohngemeinschaften) entwickelt, gefördert und ausgebaut werden,
- spezielle Wohnangebote für ältere Migranten (u. a. Wohngemeinschaften) erprobt werden.

2.1.1.2 Wo wir stehen: Ausgangslage und Bewertung

Hamburg weist ein vielfältiges Angebot an Wohnungen für Seniorinnen und Senioren auf. Wohnungsneubau und Wohnungsmodernisierung sind für das Gesamtangebot von großer Bedeutung. So wurden in den Jahren 2008 bis 2010 im Wohnungsneubau insgesamt 1.050 barrierefreie Wohnungen durch Zuschüsse gefördert. Darunter waren auch 123 rollstuhlgerechte Wohnungen. Im gleichen Zeitraum wurden in der Bestandsmodernisierung 704 barrierefreie Wohnungen gefördert (einschließlich 4 rollstuhlgerechte Wohnungen). Für Menschen mit besonderem Betreuungsbedarf, z.B. Demenzerkrankte, besteht darüber hinaus ein spezielles Förderprogramm für besondere Wohnformen (Wohngemeinschaften, Hausgemeinschaften).

Das vom Senat 2011 begonnene Neubauprogramm von 6.000 Wohnungen im „Pakt für Wohnen“ wird auch die Wohnbedarfe von Seniorinnen und Senioren berücksichtigen.

Um den Neubau von seniorenrechtlichen Wohnungen zu beschleunigen, hat die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt einen neuen „Barrierefrei-Basis-Standard“ entwickelt und in die Förderung durch die Wohnungsbaukreditanstalt eingeführt. Diese Wohnungen entsprechen nicht sofort in allen Punkten einer barrierefreien Wohnung nach der DIN 18040-2, sie können später jedoch mit geringem zeitlichem und finanziellem Aufwand jederzeit in barrierefreie Wohnungen nach der DIN-Norm umgebaut werden.

Seit einigen Jahren ist in Hamburg auch eine steigende Nachfrage nach Wohnungen im Betreuten Wohnen bzw. Servicewohnen für Seniorinnen und Senioren zu verzeichnen. Hierunter wird in der Regel eine Wohnform verstanden, die aus einer Kombination von gemietetem Wohnraum und verschiedenen Serviceleistungen besteht. In Hamburg sind insgesamt 130 Einrichtungen mit über 10.300 Wohnungen als Servicewohnanlagen registriert. Servicewohnanlagen für Seniorinnen und Senioren ermöglichen intensive nachbarschaftliche Kontakte, organisieren ein aktives Gemeinschaftsleben und vermitteln dem Bewohner ein Gefühl von Sicherheit und Geborgenheit. Gerade bei Seniorinnen und Senioren mit starken körperlichen und kognitiven Einschränkungen werden aber auch aufsuchende Angebote benötigt, um sozialer Isolation entgegenzuwirken.

Das neue Hamburgische Wohn- und Betreuungsqualitätsgesetz (HmbWBG) definiert auch Mindestanforderungen an Servicewohnanlagen. Gemäß § 2 der am 1.3.2012 in Kraft getretenen WBBauVO müssen Servicewohnanlagen (wie auch die sog. Wohneinrichtungen) barrierefrei sein. Wohnformen dieser Art, die vor Inkrafttreten der Verordnung nicht barrierefrei waren, müssen den Anforderungen an die Barrierefreiheit spätestens innerhalb von zehn Jahren nach Inkrafttreten dieser Verordnung entsprechen. Die Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz plant, den Umbaubebedarf bei den betreffenden Wohnformen innerhalb der nächsten zwei Jahre nach Inkrafttreten durch die zuständige Wohn-Pflege-Aufsicht mit Unterstützung externer Sachverständiger prüfen zu lassen. Im Sinne der Planungssicherheit sollen die einzelnen Betreiber nach Feststellung des Bedarfes über die notwendigen Änderungen zur Herstellung der Barrierefreiheit eine verbindliche Auskunft des Bezirksamtes erhalten.

Darüber hinaus werden spezifische Wohn- und Pflegeprojekte sowie gemeinschaftliche Wohnformen nachgefragt. Ebenso kann generationenübergreifendes Wohnen für Seniorinnen und Senioren interessant sein, jedoch sollten Unterstützungsmöglichkeiten

realistisch betrachtet werden, um spätere Enttäuschungen zu vermeiden. Bei älteren Migranten wird der Wunsch zu berücksichtigen sein, auch im Alter von Menschen mit gleicher Sprache und kultureller Herkunft umgeben zu sein.

Derzeit gibt es rund 30 Wohnprojekte, die häufig generationenübergreifend konzipiert sind und in denen ältere Menschen ein Zusammenleben gemeinsam gestalten. Weitere Wohnprojekte sind in Planung. Die Hamburger Koordinationsstelle für Wohn-Pflege-Gemeinschaften bei Stattbau Hamburg GmbH informiert und berät Angehörige, Vereine und Institutionen, die auf der Suche nach alternativen Wohn- und Betreuungsformen für pflegebedürftige ältere Menschen sind.

Die Hamburgische Wohnungsbaukreditanstalt (WK) und die Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz führen das Förderprogramm für besondere Wohnformen (zum Beispiel Wohngemeinschaften in Großwohnungen) fort. Dabei geht es insbesondere um Zuschüsse für die Einrichtung von Gemeinschaftsflächen.

Der Markt des Seniorenwohnens ist sehr dynamisch und häufig unübersichtlich. Wohnbedürfnisse von Seniorinnen und Senioren werden sich weiter ausdifferenzieren und die bereits bestehende Vielfalt in der Angebotslandschaft wird noch zunehmen. Daher informieren verschiedene regionale Beratungsstellen in Hamburg rund um das Wohnen im Alter. Die Bezirkliche Entwicklungsplanung beschäftigt sich u.a. in Workshops mit dem Thema „Wohnen im Alter“ und versucht, die ansässigen Wohnungsbaugesellschaften und Wohnungsbaugenossenschaften in die Planungen einzubinden. Auf Landesebene ist insbesondere das Beratungszentrum für Technische Hilfen & Wohnraumanpassung hervorzuheben. Dort können sich u.a. ältere Menschen kostenlos über das Angebot an technischen Hilfen und über Umbaumöglichkeiten beraten lassen, um das Zuhause an ihre Wohnbedürfnisse anzupassen.

Fazit:

Künftig wird insbesondere mit einer steigenden Nachfrage nach barrierefreien bzw. barrierearmen, kleineren und bezahlbaren, attraktiven Wohnungen in einem seniorengerechten Wohnumfeld in den gewohnten Quartieren zu rechnen sein. Diese Wohnangebote für Seniorinnen und Senioren bilden ein wichtiges Element einer integrierten Stadtteilentwicklung.

Hamburg nutzt hierzu die Chance eines ambitionierten **Neubauprogramms** in Kooperation mit der Wohnungswirtschaft.

Große Herausforderungen bestehen bei der **Wohnungsmodernisierung**. Dabei wird darauf zu achten sein, dass umgebaute barrierefreie Wohnungen zum einen zweckmäßig und damit bezahlbar bleiben. Zum anderen wird ein Ausgleich zwischen den unterschiedlichen Interessen von Vermieter und Mieter, etwa bei Rückbauforderungen und Sicherheitsleistungen, zu finden sein.

2.1.2 Wohnumfeld, Stadtteil- und Stadtgestaltung

2.1.2.1 Wohin wir die Stadt entwickeln wollen: Ziele

Lebensqualität und Selbständigkeit im Alter werden durch das Wohnumfeld mit beeinflusst. Für ältere Menschen sind vor allem eine gute, barrierefreie Erreichbarkeit von Märkten, Infrastruktureinrichtungen und Naherholungsflächen, weniger Treppen im öffentlichen Raum, genügend Ruhezeiten (mehr Sitzgelegenheiten zum Verweilen oder Ausruhen beim Einkaufen, aber auch auf dem Weg zu öffentlichen Verkehrsmitteln und in Parks) sowie ein ausreichendes Angebot öffentlich nutzbarer Sanitäreinrichtungen wichtig. Ein wohnortnahes Einzelhandelsangebot im Bereich der Grundversorgung (Lebensmittel, Drogerieartikel, Apotheken, Pflegedienste, Ärzte, Banken und sonstige Sortimente des periodischen Bedarfs) ist für ältere Menschen mit eingeschränkter Mobilität von besonderer Bedeutung. Wichtig ist auch eine gute Erreichbarkeit von Stadtteil- und Bezirkszentren durch den öffentlichen Nahverkehr. Gleiches gilt für leicht erreichbare, gepflegte und sichere Grünflächen in der unmittelbaren Wohnumgebung. Stadtteile mit einem attraktiven und diversifizierten Wohnungsangebot, mit einer guten Grünausstattung der Straßen, Plätze, Gärten und Innenhöfe, einer kulturellen Identität und einer gewachsenen Urbanität zählen zu den beliebtesten Quartieren aller Altersgruppen. Derartige Qualitäten eines Stadtteils haben in der Beurteilung der Bewohner einen hohen Stellenwert und können nicht zuletzt die Entscheidung über den Verbleib im Quartier beeinflussen.

Die Bedürfnisse von Seniorinnen und Senioren sollen bei allen Planungen der Stadtteilentwicklung berücksichtigt werden. Dabei stehen folgende Ziele im Vordergrund:

- Barrierefreiheit ist ein prioritäres Handlungsziel in der Stadt- und Quartiersgestaltung, um Einschränkungen der Mobilität und der Verkehrssicherheit zu verhindern und Selbständigkeit und Selbstbestimmung im Alter zu erhalten. Dadurch sollen Seniorinnen und Senioren die Möglichkeit haben, in ihrem gewohnten Wohnumfeld und ihrem Quartier zu bleiben und aktiv am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen.
- Die grünen Freiräume sollen vielfältig nutzbar gestaltet werden, vor allem sollen die kommunikativen und gesundheitsfördernden Werte des Grüns deutlich gesteigert werden.
- Die Infrastruktur für den täglichen Bedarf muss erhalten oder bedarfsgerecht ausgebaut werden.
- Eine Verbesserung der Lebensqualität in den weniger nachgefragten Stadtteilen ist auch im Sinne der älteren Bewohner dieser Quartiere.

2.1.2.2 Wo wir stehen: Ausgangslage und Bewertung

Hamburg hat sich das Ziel gesetzt, die räumliche Entwicklung der Stadt mit der Priorität Innenentwicklung zu gestalten. Das „Wachsen der Stadt nach innen“ bietet vielfältige Chancen zur Steigerung der Qualitäten in den Stadtteilen und birgt damit auch positive Effekte für die Lebenssituation älterer Menschen. Zu nennen sind insbesondere Chancen für:

- einen nachhaltigen Generationenkreislauf in den Quartieren. Dieser ermöglicht eine kontinuierliche Auslastung und damit Erhalt von sozialer Infrastruktur sowie eine

stabile Struktur langfristiger sozialer und – im Sinne der Selbst- und Nachbarschaftshilfe ökonomischer Netzwerke

- den Erhalt nahe gelegener Versorgungsstrukturen
- eine Qualitätssteigerung von Freiräumen im Quartier durch Investitionen in Verbesserungsmaßnahmen

Hamburg betreibt seit langem mit Hilfe verschiedener städtebaulicher Förderprogramme eine Verbesserung der Lebensbedingungen in sozial benachteiligten Stadtquartieren, in den letzten Jahren insbesondere durch investive Maßnahmen in festgelegten Fördergebieten. Die unterschiedlichen Programmsegmente der Städtebauförderung wurden im Jahr 2009 im „Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilentwicklung (RISE)“ zusammengeführt mit dem Ziel, Hamburg als gerechte und lebenswerte Stadt weiterzuentwickeln. Die Leitziele sind die Verbesserung der Lebensbedingungen durch soziale und materielle Stabilisierung der jeweiligen Gebiete, die Verbesserung der Entwicklungsperspektiven für die Menschen, die Stärkung der Mitwirkungsmöglichkeiten und der Eigenaktivität der Bürgerinnen und Bürger sowie der Abbau bzw. die Beseitigung städtebaulicher Defizite. Das Programm ermöglicht auch gute, generationenübergreifende Ansätze der Quartiersentwicklung. Wichtig ist dabei auch, Ansprechstrategien zu entwickeln, um die Sichtweisen und Wünsche älterer Menschen und insbesondere auch älterer Menschen mit Migrationshintergrund einzubeziehen. Darüber hinaus gilt es, Planungen flexibel zu gestalten, um auch die Bedarfe künftiger Seniorinnen und Senioren berücksichtigen zu können.

Mit dem Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilentwicklung wird der Mitteleinsatz für die Stadtteilentwicklungsaktivitäten des Senats gebündelt und effektiver gestaltet. Bei den Schwerpunktsetzungen in den Fördergebieten sollen seniorenbegleitende Daten (insbesondere zu älteren Einwohner/innen mit und ohne Migrationshintergrund, zur Mindestsicherung im Alter, zur Anzahl älterer Einwohner/-innen sowie zu ihrem Wanderungssaldo) und die Sicht der älteren Menschen auf ihr Quartier berücksichtigt und stärker einbezogen werden.

Als grüne Metropole verfügt Hamburg über ein dicht verzweigtes Netz an Grünflächen unterschiedlicher Größe in erreichbarer Nähe der Wohngebiete. Hamburg ist die erste Stadt, die im Jahr 2004 eine flächendeckende Untersuchung der Anforderungen älterer Menschen an die Grün- und Freiflächen vorgenommen hat. Der daraus resultierende Handlungsrahmen „Freiraum und Mobilität für ältere Menschen in Hamburg“ stellt einen richtungsweisenden Beitrag für die Freiraumplanung der Zukunft dar. Freiräume werden dabei nicht nur als Parks verstanden, sondern umfassen auch Kleingärten, Spiel- und Sportplätze, Grünzüge und grüne Wegeverbindungen. Auf der Grundlage des Handlungsrahmens wurden in ausgewählten Gebieten beispielhaft die wohnungsnahen Grünanlagen und grünen Wegeverbindungen für ältere Menschen neu- und umgestaltet. Barrieren und Hindernisse wurden abgebaut. Das Bedürfnis nach Sicherheit wurde durch eine größere Transparenz und Überschaubarkeit der Anlagen berücksichtigt. Darüber hinaus wurden die kommunikativen und gesundheitsfördernden Werte des Grüns durch Gestaltungselemente, die Begegnung, Spiel und körperliche Aktivität ermöglichen, gesteigert.

Der Handlungsrahmen „Freiraum und Mobilität für ältere Menschen“ soll grundsätzlich bei allen Planungen im öffentlichen Raum angewendet werden, d.h. bei Neubaumaßnahmen ist auf eine altengerechte Gestaltung der Wohnungsumgebung, der Parks, sowie der Grün- und Freiflächen zu achten. Der Handlungsrahmen wird in Programmen wie der

Integrierten Stadtteilentwicklung (s.u.) eingebracht, um die Berücksichtigung der Bedürfnisse älterer Menschen bei der Freiraumplanung zu verstetigen.

Die Internationale Bauausstellung (IBA) und die Internationale Gartenschau (IGS) werden am Beispiel des Stadtteils Wilhelmsburg aufzeigen und erfahrbar machen, wie sich Quartiere zu Vorbildern hinsichtlich Vielfalt und sozialem Zusammenhalt aller Generationen entwickeln können.

Fazit:

Die Belange älterer Menschen werden in Hamburg in die Programme zur Stadtteilentwicklung einbezogen. Gleichzeitig werden die Stärken einer grünen Metropole genutzt, um Seniorinnen und Senioren öffentliche Freiräume zu gestalten, die sie gerne aufsuchen und wo sie Begegnung mit anderen Generationen finden. Die dabei eingesetzten Gestaltungselemente kommen im Sinne eines „Design for all“ auch anderen Gruppen der Bevölkerung zu Gute.

Aus Sicht der Seniorinnen und Senioren treten im öffentlichen Raum aber noch zu häufig einige Probleme auf, die bei nachlassenden Kräften -hier werden u. a. die teilweise fehlenden öffentlich nutzbaren Toiletten genannt- die selbstbestimmte Nutzung des Wohnumfeldes erschweren.

2.1.3 Mobilität und Verkehrssicherheit in der Stadt

2.1.3.1 Wohin wir die Stadt entwickeln wollen: Ziele

Für die Lebensqualität älterer Menschen hat das Mobilsein eine große Bedeutung. Ältere sind auf dem Weg zum Einkaufen, bei Arztbesuchen, in der Freizeit oder bei Behördengängen auf ihre Bewegungsfähigkeit angewiesen. Mobilität ist Voraussetzung für ein selbstbestimmtes, selbständiges und aktives Leben und gesellschaftliche Teilhabe bis ins hohe Alter.

Mobilität als Voraussetzung für ein eigenständiges, aktives Leben und gesellschaftliche Teilhabe soll bis ins hohe Alter gefördert werden und auch dann möglich sein, wenn Mobilitätseinschränkungen bestehen. Jeder Mensch soll so lange wie möglich selbstbestimmt mobil sein können. Daher wird eine weitgehende Barrierefreiheit im öffentlichen Raum und insbesondere auch im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) angestrebt.

Ferner soll die Sicherheit auf den Hamburger Straßen erhöht werden, um die Zahl der Verkehrsunfälle senken zu können. Über das „Forum Verkehrssicherheit Hamburg“ soll die Öffentlichkeit über eine sichere und umweltbewusste Mobilität informiert und in ihrer Mobilitätskompetenz gefördert werden. Dies schließt insbesondere die Entwicklung eines Risiko- und Gefahrenbewusstseins und die Förderung einer realistischen Selbsteinschätzung der eigenen Fähigkeiten mit ein.

Darüber hinaus soll auch auf Gehwegen die Sicherheit und die Aufenthaltsqualität für ältere Menschen als Fußgänger verbessert werden, indem der Radverkehr auf diesen Flächen eingedämmt wird. Nach der Straßenverkehrs-Ordnung dürfen ausschließlich Kinder bis zum Alter von zehn Jahren mit dem Fahrrad auf dem Gehweg fahren. Dies hat seinen guten Grund darin, dass Fußgänger jeden Alters die Gehwege nicht nur gefahrlos, sondern auch unbehindert und ungestört durch Fahrzeuge jeder Art benutzen können sollen. Demgegenüber ist im Bewusstsein vieler Radfahrer die Mitbenutzung von Gehwegen immer mehr zu einer Selbstverständlichkeit geworden, auch weil Radfahrern in der Vergangenheit die Mitbenutzung von Gehwegen in hohem Maße - selbst in verkehrsberuhigten Straßen – durch entsprechende Schilder amtlich erlaubt wurde. Die von der Behörde für Inneres und Sport vorgenommene Neuausrichtung der polizeilichen Praxis bei der Freigabe von Gehwegen für Radfahrer stellt daher sicher, dass eine amtliche Freigabe von Gehwegen für Radfahrer nur noch in sehr eng begrenzten Ausnahmefällen erfolgt bzw. aufrechterhalten wird.

Bei der Straßenplanung sollen die Interessen älterer Menschen berücksichtigt und Seniorenvertretungen einbezogen werden. Seniorenvertretungen sehen sich Planungen unter besonderen Gesichtspunkten an, u. a. werden die Sicherheit und Gestaltung der Fahrradwege, fußgängerfreundliche Ampelschaltungen und das Parkplatzangebot in der Nähe von Infrastruktureinrichtungen thematisiert.

2.1.3.2 Wo wir stehen: Ausgangslage und Bewertung

Mit zunehmendem Alter kann die Mobilität durch verschiedene Faktoren beeinflusst werden, beispielsweise durch Krankheit oder durch Veränderungen der motorischen und sensorischen Fähigkeiten (z.B. Sehprobleme, verändertes Farbsehen, Einschränkungen des Gesichtsfeldes, Hörprobleme). Statistiken zeigen, dass ältere Verkehrsteilnehmer im Straßenverkehr besonders gefährdet sind. Dies liegt nicht nur an den beschriebenen Faktoren, sondern auch an der Art der Verkehrsteilnahme. Ältere Menschen nehmen häufiger als Fußgänger und zunehmend als Radfahrer am Verkehr teil und sind als „ungeschützte“ Verkehrsteilnehmer einem höheren Verletzungsrisiko ausgesetzt. Andererseits nimmt der Anteil älterer Menschen mit eigenem PKW zu. Die Unfallstatistik verzeichnet seit einiger Zeit steigende Unfallzahlen von Seniorinnen und Senioren. Hier besteht Bedarf für eine zielgruppenorientierte Beratung und Aufklärung. Wenn einerseits Reaktionsschnelle und Wahrnehmung nachlassen, andererseits aber Routine und Erfahrung vorhanden sind, gilt es, individuell nach den richtigen Wegen und Lösungen zu suchen.

Mit dem Ziel, dass jeder Mensch so lange wie möglich selbstbestimmt mobil sein soll, hat sich im Jahr 2008 das Forum Verkehrssicherheit mit mehr als 25 Hamburger Organisationen gegründet. Das Forum ist angesiedelt bei der Behörde für Inneres und Sport und engagiert sich für mehr Sicherheit und weniger Unfälle auf Hamburgs Straßen. Um speziell die Mobilität älterer Menschen zu fördern, hat das Forum im Jahr 2010 das Hamburger Verkehrssicherheitsprojekt „Einfach mobil bleiben!“ ins Leben gerufen. Das Projekt bietet verschiedene, miteinander vernetzte Maßnahmen zur Erhaltung oder Verbesserung der Mobilität im motorisierten Straßenverkehr, aber auch bei der Verkehrsteilnahme als Fußgänger, Radfahrer oder Benutzer öffentlicher Verkehrsmittel unter einem Dach an.

Zahlreiche Broschüren wie „sicher mobil“ oder „Mobil bleiben, aber sicher!“ unterstützen die Aufklärung älterer Verkehrsteilnehmer. Im Internet betreibt das Forum einen informativen Service zu Fragen einer sicheren Mobilität. Das Forum Verkehrssicherheit Hamburg arbeitet daran, die bestehenden Angebote für ältere Verkehrsteilnehmer zu etablieren und bekannter zu machen.

Darüber hinaus informieren und beraten Seniorenberater der Polizei Hamburg zum sicheren Verhalten als Fußgänger im Straßenverkehr. Themen wie Sehen und gesehen werden und das richtige Überqueren der Fahrbahn werden angesprochen. Das Angebot richtet sich an Gruppen und wird auf Anfrage in Senioreneinrichtungen, Stadtteiltreffs oder kirchlichen Einrichtungen durchgeführt. Weitere Informationen zur Mobilität enthalten Broschüren wie z.B. der Ratgeber „Sicher gehen – weiter sehen“ für ältere Bürger, den die Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz in Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) herausgibt.

Die Interessen aller Verkehrsteilnehmer, auch die der Senioren, werden grundsätzlich bei einer Verkehrs- oder Straßenplanung berücksichtigt. Die Seniorenvertretungen können bereits heute im Rahmen der „Planabstimmung“ (Abstimmung der Träger öffentlicher Belange) von der jeweiligen Planungs- und Baudienststelle um Stellungnahme gebeten werden.

Menschen mit Behinderung können in Hamburg einen monatlichen Pauschalbetrag für die individuelle Beförderung erhalten, wenn ein regelmäßiger Beförderungsbedarf besteht, die Nutzung von Bahnen und Bussen des HVV nicht möglich ist und kein eigenes Fahrzeug oder ein Fahrzeug eines Angehörigen genutzt werden kann. Daneben gibt es Freifahrten für schwerbehinderte Menschen im Öffentlichen Personennahverkehr, Beihilfen bei der Beschaffung eines Kraftfahrzeuges und Mobilitätstraining für Rollstuhlfahrer bei der Hamburger Landesarbeitsgemeinschaft für behinderte Menschen e.V. (LAG). Die Deutsche Bahn bietet schließlich bundesweit Ein-, Aus- und Umsteigeleistungen an. In Hamburg können über die Bahnhofsmision Hilfen für die Hamburger Bahnhöfe organisiert werden.

Weitere individuelle Unterstützung zur Förderung der Mobilität im Alltag können Besuchs- und Begleitedienste z.B. beim Einkaufen oder bei Behördengängen bieten. Hierauf wird im Abschnitt 2.3.4. Information, Beratung und Unterstützung näher eingegangen.

Neben der individuellen Förderung und Unterstützung ist das Angebot passender öffentlicher Verkehrsmittel von besonderer Bedeutung. Auch der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) muss sich auf die Bedürfnisse einer älter werdenden Gesellschaft einstellen, damit auch künftig sichergestellt werden kann, dass ältere Menschen für sie wichtige Einrichtungen und Ziele auf attraktive Weise mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreichen können.

Das Programm zur Steigerung der Haltestellenattraktivität des Hamburger Verkehrsverbunds (HVV) wird mit dem Schwerpunkt der barrierefreien Gestaltung von S-Bahn-Stationen fortgeführt. Durch ein Beschleunigungsprogramm Barrierefreiheit sollen zudem bis zum Jahr 2015 insgesamt 20 U-Bahn-Haltestellen barrierefrei ausgebaut werden. Es ist geplant, dass bis 2020 fast alle Schnellbahnhaltestellen barrierefrei zugänglich und nutzbar sind. Maßgeblich für die Auswahl der Stationen, die barrierefrei ausgebaut werden sollen, ist in erster Linie die „Prioritätenempfehlung zum barrierefreien Ausbau von Schnellbahnhaltestellen in Hamburg“. Eine Überarbeitung der Prioritätenempfehlung findet

regelmäßig statt. Beteiligt sind unter anderem der HVV, die DB, die HOCHBAHN, der Landes-Seniorenbeirat Hamburg, der Dachverband der Behindertenverbände in Hamburg sowie die zuständigen Sozial- und Wirtschaftsbehörden.

Der HVV setzt außerdem ein Projekt zum Demografischen Wandel und den damit verbundenen Herausforderungen für den ÖPNV um. In einer Arbeitsgruppe werden die Anforderungen und Wünsche der „Zielgruppe 60 Jahre plus“ zusammengetragen und analysiert, um zu prüfen, welche Schritte seitens des HVV zukünftig notwendig sind. Er arbeitet diesbezüglich eng und kontinuierlich mit den Seniorenverbänden zusammen. Es ist auch beabsichtigt, die Verkehrsunternehmen und Aufgabenträger in das Projekt einzubeziehen, um gemeinsam frühzeitig Maßnahmen und Konzepte zu entwickeln. Es sollen umfassende Hinweise für Informations-, Beratungs- und Schulungsangebote formuliert werden, die sich speziell an ältere Menschen richten.

Der HVV informiert seine Kunden umfassend über das Internet sowie mit Hilfe von Informationsschriften. Die Broschüre „Barrierefrei unterwegs“ bietet Informationen rund um das Thema barrierefreie Mobilität. Auch über spezielle Tarifangebote für Seniorinnen und Senioren wird informiert. Es gehört zu den Aufgaben des HVV, die barrierefreie Gestaltung von Fahrzeugen, Haltestellen und Informationen voranzubringen, von der ältere Menschen besonders profitieren. Der HVV leitet eine Arbeitsgruppe, in der sich Vertreter der Behindertenverbände, Verkehrsunternehmen und betroffener Behörden sowie des Büros der Senatskoordinatorin für die Gleichstellung behinderter Menschen unter Beteiligung des Landes-Seniorenbeirates umfassend mit der barrierefreien Gestaltung des ÖPNV befassen. Im Busbereich werden bereits heute ausschließlich Niederflurbusse eingesetzt, die einen stufenlosen und damit auch bequemen Einstieg für ältere Menschen ermöglichen. Darüber hinaus wurde ein Programm zur Steigerung der Haltestellenattraktivität von S-Bahn-Haltestellen aufgelegt.

Die Freie und Hansestadt Hamburg stellt seit 2007 für den Ausbau der Hamburger S-Bahn-Stationen jährlich 3 Mio. Euro zur Verfügung. Hierbei steht die barrierefreie Gestaltung von Haltestellen im Fokus. Zudem wurde das Beschleunigungsprogramm Barrierefreiheit für U-Bahnen aufgelegt (siehe unter Maßnahmen).

Der HVV beschäftigt sich ferner seit 2010 in einem Projekt intensiv mit den Auswirkungen des Demografischen Wandels auf den ÖPNV in der Metropolregion Hamburg. Besondere Bedeutung hat dabei die weitere barrierefreie Ausgestaltung des ÖPNV in Hamburg, einschließlich der Wege zu und von den Haltestellen. Weitere Handlungsmöglichkeiten werden in der Information und Kommunikation von Seniorinnen und Senioren, in der Sensibilisierung der Mitarbeiter des ÖPNV, in flexiblen Angebotsformen sowie im Tarif und beim Fahrkartenerwerb gesehen. Der HVV hat vor diesem Hintergrund einen Ausschuss initiiert, in dem sich regelmäßig mit Seniorenvertretern aus Hamburg und dem Umland (u. a. Landes-Seniorenbeirat Hamburg) sowie den Behindertenverbänden über die demografischen Herausforderungen an den ÖPNV sowie mögliche Lösungsansätze ausgetauscht wird.

Fazit:

Mit dem Beschleunigungsprogramm für barrierefreie Schnellbahnhaltestellen wird in absehbarer Zeit ein großer Fortschritt für die Nutzbarkeit von U- und S-Bahnen durch Seniorinnen und Senioren erreicht werden. Der Hamburger Verkehrsverbund hat aber auch darüber hinaus begonnen, die Bedürfnisse seiner älter werdenden Kunden systematisch zu berücksichtigen.

2.1.4 Technische Hilfen im Alltag

2.1.4.1 Wohin wir die Stadt entwickeln wollen: Ziele

Technische Hilfen bei der Ausstattung der Wohnung können das Leben sehr erleichtern. Seien es kleinere Hilfen für den Alltag (zum Greifen, Anziehen oder bei der Körperpflege), bei der Kommunikation (spezielle Telefone und Computer) oder bauliche Maßnahmen (z .B. Einbau eines Treppenlifters).

Die Lebensqualität älterer Menschen soll durch Verwendung neuer Techniken und Dienstleistungen verbessert werden. Die Information und Beratung der Bevölkerung über das Angebot an technischen Hilfen soll verstärkt werden.

Es ist zu prüfen, inwieweit für die Weiterentwicklung und praktische Einführung von technischen Hilfen ausreichend Partner aus der Wirtschaft gefunden und entsprechende Fördermittel nach Hamburg geholt werden können.

2.1.4.2 Wo wir stehen: Ausgangslage und Bewertung

Bei der häuslichen Pflege können Hebe- und Transferhilfen oder Dusch- und Toilettenstühle helfen. Das Beratungszentrum für Technische Hilfen und Wohnraumanpassung informiert und berät über Leistungen, Kosten und Bedienung der technischen Hilfen. Viele Hilfsmittel können vor Ort getestet und ausprobiert werden.

Das Beratungszentrum für Technische Hilfen und Wohnraumanpassung wird auch zukünftig zielgerichtet über Umbaumaßnahmen und technische Hilfen informieren, um zu sinnvollen und kostengünstigen Lösungen zu gelangen.

Bei der Ausstattung der Wohnung (z. B. bei dem neuen Forschungs- und Anwendungsgebiet „Ambient Assisted Living“ (AAL)) werden zunehmend neue intelligente Systeme entwickelt, die ein selbstbestimmtes Leben zuhause ermöglichen sollen. Assistenz- und Servicesysteme können dazu beitragen, dass ältere Menschen möglichst lange in der eigenen Wohnung leben können. Von Bedeutung sind beispielsweise Sensorensysteme, die bei Stürzen oder sonstiger Notlage einen Alarm auslösen. In Hamburg verbreitet sind die sog. Hausnotrufsysteme. Solche Hausnotrufsysteme bestehen aus einer Kombination von Telefon und Funkverbindung. Der Notruf wird durch eine Taste am Telefon oder durch einen Funkfinger, der als Armband oder als Medaillon an einer Halskette getragen werden kann, ausgelöst. Der Notruf wird an eine Zentrale weitergeleitet. Dort sind Informationen über die

betroffene Person gespeichert, z. B. zum Gesundheitszustand, und es werden nach einem Rückruf entsprechende Hilfemaßnahmen eingeleitet. Modernere Warnsysteme sind in der Praxis noch eher die Ausnahme. So gibt es die Möglichkeit, weitere Meldegeräte wie Rauchmelder an das System anzuschließen. Die Notrufzentrale würde dann auch eine Nachricht über die Rauchentwicklung in der Wohnung erhalten. Wasser- und Bewegungsmelder könnten ebenfalls in das System aufgenommen werden.

Erfahrungsgemäß gibt es bei älteren Menschen ein Misstrauen gegenüber technischen Hilfen. Sie fühlen sich bei der Bedienung überfordert, haben Angst, dass die Technik versagt und häufig das Gefühl, überwacht zu werden. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) fördert derzeit verstärkt Forschungsprojekte, die innovative Techniken für den Pflegebereich entwickeln. Telemedizin und Unterstützungssysteme im Bereich der Pflege können Pflegebedürftige und Pflegenden entlasten und die Sicherheit erhöhen. Neben der Finanzierung dieser neuen Versorgungsform sind die technische Umsetzung und die praktische Gestaltung zentrale Fragen. Es gibt umfangreichen Entwicklungsbedarf, um eine intelligente Vernetzung von Einzellösungen zu erreichen und zu guten Versorgungsangeboten zu kommen. Assistierte Pflege richtet sich nicht nur an die Pflegedienstleister, sondern auch an die Patienten selber sowie ihre Angehörigen.

Fazit:

Im Bereich der technischen Hilfen im Alltag verfügt Hamburg mit dem Beratungszentrum über ein auch überregional hoch anerkanntes Angebot. Bei den künftigen intelligenten Systemen in der Wohnung zur Unterstützung eines selbstbestimmten Lebens kommt es in den nächsten Jahren darauf an, solche Systeme konkret erlebbar zu machen, um Vorbehalte gegenüber der Technik abzubauen und die Chancen (für die älteren Menschen, für alle Generationen und für die Hamburger Wirtschaft) zu nutzen.

2.2 Erfahrungen einbringen – Kompetenzen anerkennen und nutzen

2.2.1 Partnerschaft der Generationen

2.2.1.1 Wohin wir die Stadt entwickeln wollen: Ziele

Das Miteinander der Generationen unterliegt vielfältigen Veränderungen. Kinder, Eltern und Großeltern leben heute nur noch selten unter einem Dach oder in unmittelbarer Nachbarschaft. Durch sinkende Geburtenzahlen, aber auch durch die Anforderungen der Arbeitswelt werden familiäre Netzwerke kleiner. Die Distanzen zwischen den Wohnorten älterer Menschen und ihrer erwachsenen Kinder nehmen zu. Gleichzeitig nehmen tägliche Kontakte zwischen den Generationen ab²². Dies wirkt sich nicht nur auf die Möglichkeiten sich gegenseitig zu unterstützen aus, sondern kann auch dazu führen, dass ältere und jüngere Menschen die Lebenswelt der jeweils anderen Generation nicht mehr kennenlernen können.

²² DZA, Der Alterssurvey – Familie und Generationen im Wandel.

Das Miteinander und die gegenseitige Unterstützung der Generationen sollen weiter gestärkt und das Verständnis der Generationen füreinander gefördert werden. Demografische Veränderungen sollen genutzt werden, um Ansätze des freiwilligen Engagements zwischen jüngeren und älteren Menschen auch außerhalb familiärer Bindungen zu festigen. Ferner gilt es, für die Belange und Interessen der jeweils anderen Generation zu sensibilisieren und für gegenseitige Akzeptanz und Anerkennung zu werben.

2.2.1.2 Wo wir stehen: Ausgangslage und Bewertung

Die Menschen verschiedener Generationen unterstützen sich nach wie vor außerhalb des Sozialsystems sowohl finanziell als auch mit praktischen alltäglichen Hilfen. Laut Alterssurvey haben fast 90 Prozent der 70- bis 85-Jährigen mindestens einmal pro Woche Kontakt zu ihren Kindern. Großeltern passen auf die Enkel auf, helfen bei größeren Anschaffungen oder finanziellen Schwierigkeiten aus. Umgekehrt werden zwei Drittel aller pflegebedürftigen Menschen heute noch von ihren Angehörigen in der Familie betreut. Da aber mehr Menschen als früher kinderlos bleiben, wird es in Zukunft mehr Ältere ohne Familienangehörige geben, die Kontakte zu Jüngeren suchen und aufbauen wollen. Das Miteinander der Generationen über den familiären Bereich hinaus gewinnt somit an Bedeutung. Hiervon profitieren alle Altersgruppen. Jüngere lernen aus den Erfahrungen und dem Wissen der Älteren, Ältere haben Gelegenheit, ihre Kompetenzen und Fähigkeiten einzubringen, erfahren aber auch Unterstützung im Alltag (beispielsweise im Umgang mit neuen Medien). Schließlich entlastet die gelebte Solidarität zwischen den Generationen auch den Sozialstaat.

In Hamburg haben sich in den letzten Jahren mehr als 40 ehrenamtliche Mentoren- und Patenprojekte mit ca. 2.000 Mentorinnen und Mentoren etabliert. Die Projekte haben unterschiedliche Schwerpunktsetzungen. Einige Projekte bieten im Bereich der frühen Förderung für Kinder in Tageseinrichtungen Unterstützung der Lesefertigkeiten und Sprachfähigkeiten an. In anderen Projekten lernen die Mentoren und die Mentorinnen mit Kindern und Jugendlichen, unterstützen diese bei der Erledigung der Hausaufgaben zu einem guten Schulabschluss und gestalten die Freizeit mit ihnen. Im Mittelpunkt weiterer Projekte steht die individuelle Begleitung an den Übergängen des Bildungssystems und die berufliche Orientierung. Hier helfen die Paten und Patinnen beim Schreiben von Bewerbungen, bei der Suche nach einem Studiums- oder Ausbildungsplatz und bei der Beseitigung von Schwierigkeiten in der Ausbildung. Im Rahmen einer Patenschaft unterstützt zumeist eine erfahrene Person eine jüngere auf ehrenamtlicher Basis. Somit basieren Mentoren- und Patenprojekte zum größten Teil auf 1:1-Beziehungen zwischen einer Mentorin bzw. einem Mentor und dem Mentee. Die Projekte werden von unterschiedlichen Organisationen getragen, darunter freie Träger, Initiativen und private Stiftungen.²³

In diesen Projekten engagieren sich viele ältere Menschen und bringen ihr Wissen, ihre Lebenserfahrung und ihre Zeit ein. Damit bieten sie den Kindern und Jugendlichen Orientierung und Halt an und tragen zur Entwicklung von Schlüsselkompetenzen bei, wie z.B. Sprach und Lese-Rechtschreibkompetenzen, Eigeninitiative und Teamfähigkeit. Die älteren Menschen selber erleben das Gefühl von „Gebraucht werden“ und Freude.

²³ Mentoring.wordpress.com

Daneben gibt es in Hamburg vier Mehrgenerationenhäuser, die generationenübergreifende Projekte initiieren. Die Mehrgenerationenhäuser sind Treffpunkte für Jung und Alt im Stadtteil. Sie bieten einen offenen Tagestreff mit Café oder Bistro sowie Kurse und Dienstleistungen für Kinder und Jugendliche, Erwachsene, Familien und Senioren an. Sie beziehen dabei die Fähigkeiten aller Altersgruppen im Rahmen von ehrenamtlichem Engagement mit ein. Sie werden im Rahmen des Bundesprogramms "Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser II" gefördert. Ergänzend zu den bisherigen inhaltlichen Schwerpunkten "Haushaltsnahe Dienstleistungen" und "Freiwilliges Engagement" sollen die neuen Themen "Alter und Pflege" sowie "Integration und Bildung" das Profil der Mehrgenerationenhäuser weiter schärfen. Der generationenübergreifende Ansatz prägt als Querschnittsaufgabe alle künftigen Angebote der Mehrgenerationenhäuser.

Zur Weiterentwicklung der erfolgreichen Arbeit der Mehrgenerationenhäuser und zur nachhaltigen Integration in die Lokale Infrastruktur werden ab Januar 2012 die vier Hamburger Mehrgenerationenhäuser durch Mittel des Bundes und der Stadt Hamburg weiter gefördert. Sie setzen ihren generationsübergreifenden Ansatz fort und erweitern ihn um das Themenfeld „Alter und Pflege“.

Es gibt auch Projekte, wie z.B. die ehrenamtlichen Familienpaten des Deutschen Kinderschutzbundes, die besonders junge Eltern und Alleinerziehende im Alltag und in schwierigen Lebenssituationen unterstützen. Die Aufgaben der ehrenamtlichen Familienpaten reichen von der lebenspraktischen Unterstützung in der Haushaltsführung und beim Umgang mit Ämtern über Anregungen in Erziehungsfragen bis hin zur Ermutigung, weiterführende Hilfen in Anspruch zu nehmen.

In bezirklicher Zuständigkeit gibt es weitere Projekte, die auf lokaler Ebene das Zusammenleben der Generationen fördern, insbesondere durch Kooperationen zwischen Schulen, Kindertages- und Senioreneinrichtungen. Die Bandbreite der Kooperationsformen reicht hier von gemeinsamen Kochgruppen bis hin zur Gründung einer Theatergruppe aus Kindern und Seniorinnen und Senioren. Darüber hinaus besteht ein lebendiges Miteinander der Generationen im Sportverein, insbesondere bei geselligen Veranstaltungen, Vereinsfesten, Aktivitäten wie dem gemeinsamen Besuch von Kinderturnsonntagen mit der gesamten Familie, Ausfahrten, Wanderungen von Jung und Alt, Wanderreisen. Auch gemeinsame Sportangebote, die altersunabhängig für Erwachsene angeboten werden, sind in den Sportvereinen im Angebot.

Die Behörde für Schule und Berufsbildung unterstützt und begleitet derartige Projekte. Sie bietet ihnen eine Informationsplattform an, auf der die Projekte sich mit ihren Aktivitäten vorstellen und weitere interessierte Freiwillige gewinnen können.

Mit dem Hamburger Arbeitskreis Mentoring hat sich ein Netzwerk für Mentor- und Patenprojekte in Hamburg u.a. mit dem Ziel gebildet, die Idee des ehrenamtlichen Mentorings in Hamburg offensiv weiterzuverbreiten und die vorhandenen Initiativen besser zu vernetzen. Die Mitglieder des „Mentor.Ringes“ sind: Arbeiterwohlfahrt e.V., Behörde für Schule und Berufsbildung, Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration, Big Brothers Big Sisters Hamburg, Bürger-Stiftung Hamburg, Ehlerding Stiftung, FreiwilligenBörseHamburg, Deutscher Kinderschutzbund - Landesverband Hamburg e.V., MENTOR – die Leselernhelfer HAMBURG e.V., Servicestelle für Paten- und Mentorenprojekte in Hamburg bei der Hamburger Stiftung für Migranten. Der Hamburger

Arbeitskreis Mentoring setzt seine Entwicklungs- und Vernetzungsarbeit im Bereich der Projektarbeit fort und intensiviert diese.

Fazit:

Das Miteinander der Generationen wird in Hamburg durch eine Vielzahl von unterschiedlichen Projekten nachhaltig gefördert. In diesen Projekten wird die Begegnung zwischen Jung und Alt außerhalb familiärer Beziehungen ermöglicht. Die dabei gesammelten Erfahrungen und gelernten sozialen Kompetenzen kommen allen Lebensaltern zu Gute. Sie tragen außerdem zu einer Sensibilisierung für die Belange und die Bedürfnisse der unterschiedlichen Lebensalter bei. Die Bereitschaft älterer Menschen sich in solchen Mentoren- oder Patenprojekte mit ihrem Wissen und all ihrer Lebenserfahrung einzubringen ist als hoch einzustufen.

2.2.2 Engagiert im Alter

2.2.2.1 Wohin wir die Stadt entwickeln wollen: Ziele

In der Debatte über den demografischen Wandel werden oft die negativen Seiten des Alters und der alternden Gesellschaft in den Vordergrund gestellt. Dem gegenüber stehen jedoch viele ältere Menschen, die aus ihrem Berufs-, Familien- und Alltagsleben über einen Schatz an Erfahrungen, Wissen und beruflichen Kompetenzen verfügen, diese Fähigkeiten weitergeben wollen und nach neuen Verantwortungsrollen in unserer Gesellschaft suchen. In diesem Erfahrungswissen und der Engagementbereitschaft älterer Menschen liegen wertvolle Potenziale und Ressourcen, die für unser Gemeinwesen zunehmend von Bedeutung sind. So tragen engagierte ältere Menschen bereits heute erheblich zur Sicherung der Daseinsfürsorge bei und beteiligen sich in vielfältiger Weise an gesellschaftlichen Gestaltungsprozessen.

Viele ältere Menschen, die nicht mehr erwerbstätig sind, möchten ihr Wissen, ihre Kompetenzen und Erfahrungen zum Wohle der Gemeinschaft durch ein freiwilliges Engagement einbringen. Auf dieses Potenzial sollte eine Gesellschaft nicht verzichten. Durch das bürgerschaftliche Engagement wird ein bedeutender Beitrag zur Stärkung der Partizipation und Teilhabe gerader auch älterer Menschen sowie der Demokratie geleistet. Das Gemeinwesen lebt von Menschen, die sich aktiv für seine Ausgestaltung einsetzen. Daneben trägt ein freiwilliges Engagement dazu bei, das zum Teil noch negativ geprägte Altersbild zu korrigieren.

Die weitere Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements insgesamt wird davon abhängen, inwieweit es allen Akteuren der Engagementförderung gelingt

- eine stärkere Etablierung als Querschnittsthema in allen Bereichen der Gesellschaft, der Wirtschaft und Politik zu erreichen,
- eine verbesserte Vernetzung der Zusammenarbeit von Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft zu schaffen, besonders in den Quartieren,

- ein verbesserte Beratungsstruktur wohnortnah anzubieten, um die vorhandenen Ressourcen gerade auch der älteren Menschen, die sich engagieren möchten, zu aktivieren,
- die Anerkennungskultur zur Schaffung eines engagementfreundlichen Klimas und eines Umgangs auf Augenhöhe zwischen Hauptamtlichen und Ehrenamtlichen bei den Trägern zu intensivieren,
- den Bekanntheitsgrad der bürgerschaftlichen Engagementmöglichkeiten zu steigern, um dadurch die öffentliche Anerkennung und Aufwertung des freiwilligen Engagements zu verstärken,
- die Entwicklung von Motivationsstrategien für bildungsferne Menschen und Menschen mit Migrationshintergrund für die verstärkte Mitwirkung in einem bürgerschaftlichen Engagement zu unterstützen,
- die gemeinsame Fortbildung von Hauptamtlichen und Ehrenamtlichen zu intensivieren und den „Helferdialog“ in einen Dialog der Generationen umzuwandeln, um den Herausforderung der Zukunft gemeinsam entgegenzutreten zu können.

2.2.2.2 Wo wir stehen: Ausgangslage und Bewertung

Gemäß dem 3. Freiwilligensurvey des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend von 2009 ist der Anteil der freiwillig Engagierten an der Bevölkerung (Engagementquote) bundesweit zwischen 1999 und 2009 von 26% auf 37% gestiegen. Besonders auffällig ist dabei der deutliche Anstieg des freiwilligen Engagements älterer Menschen:

	1999	2004	2009
60 – 69 Jahre	31 %	37 %	37 %
70 Jahre >	20 %	22 %	25 %
zum Vergleich die stärkste Engagementgruppe:			
40 - 49 Jahre	40 %	42 %	42 %

Im Jahre 2010 wurde von der Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration(BASFI) erstmals eine umfassende Analyse des Freiwilligen Engagements in Hamburg im Rahmen des 3. Freiwilligensurveys bei TNS Infratest Sozialforschung München in Auftrag gegeben. Im Juli 2011 wurde die vertiefende Sonderauswertung auf Grundlage der Daten des 3. Freiwilligensurvey vorgelegt:

In Hamburg haben sich 2009 29% der Bevölkerung im Alter ab 14 Jahre freiwillig engagiert. 1999 waren 31% der Bevölkerung freiwillig aktiv und 2004 nur 26%. Damit ist die Engagementquote fast wieder auf das Niveau von 1999 angestiegen.

Im Vergleich der Stadtstaaten liegt Hamburg zwischen Berlin und Bremen:

	Freiwillig Engagierte	Öffentlich Aktive	insgesamt
Berlin	28%	37%	65%
Hamburg	29%	40%	69%
Bremen	30%	42%	72%

Die Abweichung zu den bundesweiten Zahlen wird in der Sonderauswertung damit begründet, dass sowohl in den drei Stadtstaaten als auch in den deutschen Großstädten mit über 500.000 Einwohnern der Anteil der freiwillig Engagierten deutlich geringer als in den Flächenländern ist.

Neben den freiwillig Engagierten wurde auch die Gruppe der öffentlich Aktiven erfasst. Öffentlich Aktive sind Beteiligte, die keine bestimmte Aufgabe oder Ämter übernehmen. Im Bereich der Sportvereine ist es z.B. die Beteiligung von Eltern an den Aktivitäten ihrer Kinder, indem sie Wettkämpfe und Veranstaltungen besuchen, an denen diese beteiligt sind. 2009 waren wie 2004 in Hamburg 40% öffentlich aktiv, 1999 waren es nur 33%.

Somit beteiligten sich 2009 in Hamburg 69% der Bevölkerung in Gruppen, Initiativen, Vereinen, Verbänden, Organisationen, Institutionen oder Einrichtungen.

Aus den Bundesdaten ist bekannt, dass sich deutlich mehr Männer als Frauen freiwillig engagieren und das war 1999 in Hamburg auch der Fall. Hier hat sich jedoch eine tiefgreifende Veränderung der Geschlechterverhältnisse ergeben. 2009 waren in Hamburg mit 30% mehr Frauen engagiert als Männer (27%).

Die Quote engagierter Menschen über 60 Jahren betrug im Jahr 2009 in Hamburg 22%. 1999 waren es 23% und 2004 nur 17%. 2009 war der Wert damit fast genauso hoch wie 1999.

Erfreulich ist, dass 30% der Befragten über 60 Jahre angegeben haben, sie seien „bestimmt“ oder „eventuell“ bereit, sich freiwillig zu engagieren – ein großes Potential, das es im Interesse aller zu fördern gilt.

Hamburg verfügt über Strukturen und Einrichtungen, die Engagierten und solchen Menschen, die auf der Suche nach einem passgenauen Engagement sind, Beratung und wichtige Hilfestellungen bieten. Bei der Suche nach einem freiwilligen Engagement stehen in Hamburg acht Beratungs- und Vermittlungsstellen des AKTIVOLI-Netzwerkes an verschiedenen Standorten zur Verfügung, die sich in ihrer Arbeit auf gemeinsame Qualitätskriterien verständigt haben. Das AKTIVOLI-Netzwerk setzt sich aus derzeit 42 Institutionen zusammen. Die Mitglieder dieses Netzwerkes betrachten die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements als eine langfristig angelegte, gesamt-gesellschaftlich bedeutsame Aufgabe. Das Netzwerk setzt sich für eine nachhaltige Förderung des bürgerschaftlichen Engagements ein und hat zum Ziel, gute Rahmenbedingungen zu schaffen sowie den Informationsaustausch untereinander zu stärken.

Der Hamburger Senat unterstützt das bürgerschaftliche Engagement u.a. mit

- einem umfangreichen Unfall- und Haftpflichtversicherungsschutz. Neben der gesetzlichen Unfallversicherung für bürgerschaftlich Engagierte durch die Berufsgenossenschaft des öffentlichen Dienstes hat der Senat eine pauschale Haftpflichtversicherung für freiwillig Engagierte in kleinen, rechtlich unselbstständigen Initiativen, Gruppen und Projekten abgeschlossen.

- dem „Hamburger Nachweis über Bürgerschaftliches Engagement“. Er dient dazu, die Wertschätzung der geleisteten Tätigkeit der Freiwilligen sowie die Anerkennung der im Engagement erworbenen Kompetenzen auszudrücken. Für jüngere Freiwillige kann der Nachweis zum Vorteil in einem Bewerbungsverfahren aufgrund der erworbenen Schlüsselkompetenzen werden. Seit 2005 haben rund 5000 Personen aus über 180 Einrichtungen und Organisationen den „Hamburger Nachweis“ erhalten.
- der Anerkennung und öffentlichen Wertschätzung des bürgerschaftlichen Engagements durch Medaillen (z. B. „Medaille für treue Arbeit im Dienste des Volkes“, „Max-Schmeling-Medaille“) und Ehrungen sowie einen alljährlich wiederkehrenden Empfang des Ersten Bürgermeisters für freiwillig Engagierte im Hamburger Rathaus.
- der Finanzierung der einzigen Hamburger Datenbank www.eaktivoli.de zur Engagementvermittlung via Internet.
- einem umfassenden Informationsangebot über das Bürgerschaftliche Engagement im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit. Das Serviceportal www.hamburg.de/engagement/ informiert Interessierte z. B. über Versicherungsschutz, den ‚Hamburger Nachweis‘, Kongresse und Projekte. Darüber hinaus finden sich geförderte Vernetzungs- und Qualifizierungsangebote sowie Freiwilligenagenturen und Freiwilligenbörsen auf den Internetseiten des AKTIVOLI-Netzwerkes unter www.aktivoli.de.

Auf der Grundlage der Auswertung der Hamburger Daten des 3. Freiwilligenurvey, sollen Handlungsmöglichkeiten entwickelt werden, um ältere Menschen zu aktivieren, die sich bisher nur für ein bürgerschaftliches Engagement interessiert haben. Hier sollen insbesondere bildungsferne ältere Menschen sowie ältere Menschen mit Migrationshintergrund in den Blick genommen werden.

Darüber hinaus setzt Hamburg in bundesweit beachteter Weise verschiedene Modellprojekte und Initiativen aus Bundesprogrammen um. Dabei handelt es sich um Projekte der SeniorTrainer und des Seniorenbüros zur Nachbarschaftshilfe und ehrenamtlicher Mitarbeit im Modell „Alter schafft Neues“ sowie zur Begegnung der Generationen und der Weitergabe von Erfahrungswissen.

Die Beratungs- und Vermittlungsangebote für bürgerschaftliches Engagement in den Bezirken sollen ausgebaut werden. Gerade bei Seniorinnen und Senioren spielt das nähere Umfeld für die Engagementbereitschaft, aber auch für die Unterstützung bei Hilfebedürftigkeit eine große Rolle.

Wer Interesse in praktisches Engagement umsetzen will, hält gerne Ausschau nach praktischen und funktionierenden Beispielen. Wir werden öffentlich an solchen Beispielen zeigen, was ältere Freiwillige sowie generationsübergreifende Projekte vor Ort zu leisten in der Lage sind.

Da die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements eine umfassende Aufgabe ist, werden in einer behördenübergreifenden Arbeitsgruppe Themen des Engagements weiterentwickelt und in Handlungsstrategien umgesetzt. Der Staat kann zivilgesellschaftliches Engagement nicht verordnen, sehr wohl aber unterstützen und fördern.

Fazit:

In Hamburg ist eine umfassende Strategie vorhanden, die darauf abzielt, das Bürgerschaftliche Engagement generationsübergreifend zu würdigen, zu unterstützen und auszubauen. Die besonderen Ressourcen und Bedürfnisse von Seniorinnen und Senioren sind dabei zunehmend im Blick. Gerade die Anerkennung ihrer Kompetenzen ist hier schon eine Selbstverständlichkeit; dies wird sich in den kommenden Jahren in vielen Bereichen der Stadt auszahlen.

2.2.3 Mitspracherechte stärken

2.2.3.1 Wohin wir die Stadt entwickeln wollen: Ziele

Die Mitwirkungsmöglichkeiten älterer Menschen sollen weiter gestärkt und gefördert werden. Demografische Veränderungen sollen genutzt werden, um Ansätze der politischen und gesellschaftlichen Partizipation älterer Menschen weiter zu entwickeln und in die praktische Anwendung zu bringen. Dabei sollte der Grundsatz „mit Älteren“ statt „für Ältere“ berücksichtigt werden. Eine ernstgemeinte Partizipation impliziert eine Begegnung auf Augenhöhe und die Möglichkeit für Ältere, etwas zu bewegen, mitzubestimmen und Ergebnisse zu erzielen. Dabei ist Partizipation als Querschnittsaufgabe zu verstehen, die alle Lebenslagen umfasst und sich nicht nur auf Sozial-, Pflege- und Gesundheitsthemen beschränkt.

2.2.3.2 Wo wir stehen: Ausgangslage und Bewertung

Mitsprachemöglichkeiten bei Entscheidungen der Verwaltung bestehen in Hamburg seit über 30 Jahren durch die Seniorenvertretungen auf Landes- und Bezirksebene. Der Hamburger Landes-Seniorenbeirat (LSB) und die sieben Bezirks-Seniorenbeiräte (BSBs) wurden 1980 eingerichtet. Ziel war es, für die Seniorinnen und Senioren ein Instrument zu schaffen, mit dem sie ihre Interessen möglichst selbstbestimmt vertreten können.

Die aktuelle rechtliche Grundlage bildet die Senatsanordnung über die Einrichtung von Seniorenvertretungen vom 5. August 1997, zuletzt geändert am 25. Januar 2011 (nachfolgend: Senatsanordnung). Diese regelt im Wesentlichen den Aufbau und die Zusammensetzung, die Aufgaben, Rechte und Pflichten der Seniorenvertretungen sowie die den Beiräten zu gewährende Aufwandsentschädigung.

Gemäß der Senatsanordnung vertreten der Landes-Seniorenbeirat und die Bezirks-Seniorenbeiräte die Belange der älteren Generation in der Öffentlichkeit und bei der Verwaltung. Sie haben folgende Rechte:

- Die BSBs sind in den Angelegenheiten ihres Bezirkes, der LSB in übergreifenden und grundsätzlichen Angelegenheiten von der Verwaltung zu hören, sofern Belange der älteren Generation berührt sind und einer Entscheidung bedürfen.

- Den BSBs und dem LSB ist von der Verwaltung auf Anfrage Auskunft zu erteilen, soweit dem keine rechtlichen Bestimmungen entgegenstehen.
- Vorschläge und Anregungen der Beiräte sind von der Verwaltung zu prüfen. Wird den Vorschlägen und Anregungen nicht entsprochen, hat die Verwaltung dies zu begründen. Vorschläge und Anregungen der Beiräte sind auf deren Verlangen dem Hauptausschuss der Bezirksversammlung beziehungsweise der Deputation der zuständigen Behörde (BGV) vorzulegen.

Der LSB berichtet der Deputation der zuständigen Behörde einmal jährlich über seine Tätigkeit. Die BSBs haben ihrer jeweiligen Seniorendelegiertenversammlung einmal jährlich einen Rechenschaftsbericht vorzulegen.

Fazit:

In mittlerweile acht Amtsperioden haben die Seniorenvertretungen in Hamburg erfolgreich mit Verbesserungsvorschlägen Stellung genommen zu zahlreichen Vorhaben der Bezirksämter und des Senats, Informations- und Diskussionsveranstaltungen durchgeführt, Ratgeber für Senioren herausgegeben, die Aktionswoche „Älter werden in Hamburg“ mit veranstaltet und Heimbeiratsmitglieder auf ihr Amt vorbereitet.

In einigen Punkten besteht jedoch nach Auswertung der über 30jährigen Erfahrung der Seniorenvertretungen und der Behörden in Hamburg Änderungsbedarf an den Regelungen der Senatsanordnung. Zu nennen sind insbesondere folgende Punkte:

- Wie im Bürgerschaftlichen Engagement allgemein hat sich auch das Engagement von Seniorinnen und Senioren gewandelt. Ältere Menschen möchten ihre Kompetenz häufiger themenbezogen und zeitlich befristet einbringen. Den Seniorenbeiräten gelingt es noch nicht in ausreichendem Maße, diese Engagierten einzubeziehen und ihre Fähigkeiten und Kenntnisse für die Arbeit nutzbar zu machen. Dies wiegt umso schwerer, als die Breite der seniorenrelevanten Themen und Vorhaben in einer Metropole eine enorme inhaltliche Herausforderung für Seniorenbeiräte darstellt.
- Die Regelungen zur Zusammensetzung der Seniorendelegiertenversammlungen in den Bezirken sind nicht mehr zeitgemäß in ihrer Orientierung an klassischen Senioreneinrichtungen.
- Die bedeutende und rasch wachsende Gruppe der älteren Menschen mit Migrationshintergrund in Hamburg ist in der Regel nicht ausreichend in den Seniorenvertretungen auf allen Ebenen repräsentiert.

2.3 Soziale, kulturelle und gesellschaftliche Teilhabe sichern und fördern

2.3.1 Begegnung und Kultur

2.3.1.1 Wohin wir die Stadt entwickeln wollen: Ziele

Auch ältere Menschen möchten aktiv am gesellschaftlichen, sozialen und kulturellen Leben teilhaben. Angebotstransparenz und ausreichende Informationen sollen dazu beitragen, das Interesse der Seniorinnen und Senioren an kulturellen Themen und gesellschaftlicher Teilhabe zu verstärken.

Hier kommt den Bezirken eine besondere Rolle zu. Die Bezirksämter haben gemäß der bestehenden Globalrichtlinie „Bezirkliche Seniorenarbeit“ die Aufgabe, Angebote für Seniorinnen und Senioren zu initiieren, zu fördern und zu unterstützen, indem sie

- Betätigung und soziales Engagement ermöglichen und
- soziale Einbindung sichern oder wieder herstellen.

Die Angebote sollen u.a. dazu beitragen, die Selbständigkeit in einer Zeit schnellen sozialen und technischen Wandels zu erhalten. Sie sollen unterschiedlichen Bedürfnissen u.a. aufgrund des Alters, des Geschlechts und der Herkunft Rechnung tragen, aber auch neue Begegnungen und Erfahrungen ermöglichen.

2.3.1.2 Wo wir stehen: Ausgangslage und Bewertung

Soziale Teilhabe und Begegnung

Obwohl die allermeisten Seniorinnen und Senioren gesund und aktiv sind, wächst in Abhängigkeit von Krankheiten, Behinderungen, der Einkommenssituation, den biografischen Erfahrungen und der (ggf. fehlenden) Unterstützung des nahen Umfeldes das Risiko, nicht mehr ausreichend am Leben in der Gemeinschaft teilzunehmen und sozial wie kulturell zu vereinsamen.

Um Ausgrenzung zu verhindern und Teilhabe von Seniorinnen und Senioren zu ermöglichen gibt es im Sozialhilferecht (§ 71 SGB XII) die Möglichkeit, Altenhilfeleistungen zu bewilligen. Die Altenhilfe soll dazu beitragen, Schwierigkeiten, die durch das Alter entstehen, zu verhüten, zu überwinden oder zu mildern und alten Menschen die Möglichkeit zu erhalten, am Leben in der Gemeinschaft teilzunehmen.

Die Leistungen der Altenhilfe sollen beispielsweise bei einer Betätigung und beim gesellschaftlichen Engagement unterstützen und zum Besuch von Veranstaltungen oder Einrichtungen beitragen, die der Geselligkeit, der Unterhaltung, der Bildung oder den kulturellen Bedürfnissen alter Menschen dienen oder alten Menschen die Verbindung mit nahe stehenden Personen ermöglichen.

Auf dieser rechtlichen Grundlage wird in die Hamburg die Möglichkeit zur Teilhabe am sozialen Leben in 84 Seniorentreffs angeboten, die rd. 700.000 Besuche im Jahr

verzeichnen. Seniorentreffs sind zwanglose Treffpunkte, die allen Hamburger Seniorinnen und Senioren offenstehen. Neben Unterhaltung und Geselligkeit gibt es dort Beratung, Information, Weiterbildung und sportliche Betätigung.

Die Seniorentreffs werden überwiegend durch ehrenamtlich arbeitende Seniorinnen und Senioren „geführt“, ohne deren Einsatz diese Angebote nicht möglich wären. Unterstützend kommen teilweise Beschäftigte in geringem Umfang hinzu. Aufgabe der Seniorentreffs ist es, Kontaktmöglichkeiten durch ein wohnortnahes und niedrighschwelliges Begegnungsangebot zu schaffen. Damit sollen Isolierungs- und Vereinsamungstendenzen der älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger vermieden werden. Ein weiteres Ziel ist es, dass die Seniorinnen und Senioren auch im Alter am gesellschaftlichen Leben teilhaben und in der Gemeinschaft verwurzelt bleiben. Zusätzlich haben Seniorentreffs auch die Aufgabe, die Selbstständigkeit, Eigeninitiative und Autonomie von Nutzerinnen und Nutzern zu fördern. Darüber hinaus sollen auch ältere Hamburgerinnen und Hamburger mit diesem Angebot angesprochen werden, die andere Freizeitangebote aus finanziellen Gründen nicht in Anspruch nehmen können.

Das Programmangebot hat sich in den letzten Jahren verändert und orientiert sich zunehmend an den Bedürfnissen der „jungen Alten“.

Zu den Angeboten der Seniorentreffs gehören:

- Offene Seniorennachmittage: Es wird hauptsächlich ein gemütliches Zusammensein bei Kaffee, Kuchen und Kommunikation angeboten.
- Stadtteilgruppen: Dabei handelt es sich um nicht zeitlich befristete Gruppen, die in der Regel auf eine feste Teilnehmeranzahl begrenzt sind. Darunter fallen aktivierende Angebote wie z.B. Gedächtnistraining, diverse Gymnastikgruppen, Gesprächskreise.
- Kursangebote: Es handelt sich in der Regel um zeitlich begrenzte Angebote, die durch bestimmte Inhalte, die den Teilnehmerinnen und Teilnehmern vermittelt werden sollen, gekennzeichnet sind. Darunter fallen aktivierende Angebote wie z.B. Sprachkurse, Malgruppen, Literaturkreise, Theater- und Schachgruppen, Musikdarbietungen, Tanz, Gesang, Fotowettbewerbe, PC- und Internetkurse, Vorträge und Reisen.
- Sonstige Angebote wie z.B. Beratungsgespräche, Hausbesuche und andere Hilfestellungen.

Einige Seniorentreffs wie der Interkulturelle Seniorentreff Altona oder die Begegnungsstätte für ältere Migranten in Billstedt LIMAN bieten gezielt Angebote für ältere Mitbürger ausländischer Herkunft an. Auch das Nachbarschaftsheim St. Pauli e. V. hat Veranstaltungen für diese Zielgruppe im Programm.

Neben den Seniorentreffs bieten auch die Seniorengruppen und -kreise Kontaktmöglichkeiten, Teilnahme an kulturellen Veranstaltungen, Besichtigungen und andere Aktivitäten an. Es handelt sich ebenfalls um ehrenamtlich geleitete Gruppen, die sich meistens einmal in der Woche für zwei bis drei Stunden treffen. Neben den Seniorenkreisen der Wohlfahrtsverbände und Kirchengemeinden bietet das Seniorenbüro Hamburg sog. Seniorenrunden an.

Für Seniorentreffs und Seniorengruppen werden durch die Stadt Hamburg rd. 2,6 Millionen Euro aus dem Haushalt aufgewendet.²⁴ Zusätzlich wird eine Fortbildungs- und Servicestelle für Seniorentreffs bei der Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e.V. (AGFW e.V.) von der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz gefördert. Diese Servicestelle bietet allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von Hamburger Seniorentreffs Fortbildungen, Beratungen und Informationsveranstaltungen rund um das Thema "Seniorentreff" an.

Wenn Menschen ihre Wohnung nicht mehr ohne Hilfen verlassen können, können Besuchs- und Begleitdienste dazu beitragen, dass sie vor sozialer Isolierung bewahrt werden und verstärkt am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können. In Hamburg gibt es gegenwärtig rund 25 derartige Dienste in unterschiedlicher Größe, die von selbstorganisierten Zusammenschlüssen und Vereinen (z.B. Freiwilligenforen) oder von etablierten Trägern erbracht werden. In der Regel werden die Besuche von Ehrenamtlichen durchgeführt. Die Hilfen sind kostenfrei, eventuell sind Fahrkosten zu erstatten. Die Besuchs- und Begleitdienste sind sehr unterschiedlich strukturiert und werden nicht immer ausreichend nachgefragt. Daher wurden in den letzten Jahren Schulungen entwickelt, um die Qualifikation der Freiwilligen zu fördern.

Kultur

Eine wichtige Rolle im Bereich der Teilhabe nimmt die Kultur ein. Nach Untersuchungen des Zentrums für Kulturforschung in dem „KulturBarometer 50+“²⁵ aus 2008 sind Menschen zwischen 50 und 65 Jahren vielfältig kulturell aktiv. Man trifft sie sowohl in der Oper, als auch in Rockkonzerten. Weiter haben diese Untersuchungen ergeben, dass die Schulbildung für die kulturelle Teilhabe beim Besuch von Theater, Museen und Konzerten wichtiger ist als ein hohes Einkommen. Und es gilt, dass junge wie ältere Frauen sich tendenziell stärker für das Kulturgeschehen ihrer Region oder Stadt interessieren als Männer.

Es wird in der Untersuchung deutlich, dass kulturelle Partizipation vielfach wie - allgemein gesellschaftliche Partizipation - von den sozialen Bindungen abhängt. Ein Hauptaugenmerk sollte demnach auf der kulturellen Teilhabe von Seniorinnen und Senioren ohne soziale Kontakte und ohne entsprechende Motivatoren liegen. Weiterhin wurde festgestellt, dass kulturell aktivere Seniorinnen und Senioren häufiger in Kontakt mit der jungen Generation als die weniger Aktiven sind.

Insgesamt lässt sich zusammenfassen, dass die kulturelle Partizipation eine besondere Form der gesellschaftlichen Teilhabe ist und kulturell aktive Menschen insgesamt intensiver am Leben teilnehmen und sich mehr für gesellschaftliche Themen interessieren.

Viele Kulturinstitutionen haben sich auf die demografischen Änderungen eingestellt und sorgen für Barrierefreiheit, Hörgeräte-Induktionsschleifen sowie Hörhilfen (z. B. Ernst Deutsch Theater), unterstützen das ehrenamtliche Engagement und kooperieren mit Seniorenverbänden. Immer häufiger werden Veranstaltungen zusätzlich zu den Abendstunden auch am Vormittag oder Nachmittag angeboten.

²⁴ Drucksache 19/3584, „Bezirkliche Seniorenarbeit und Verstärkung des bezirklichen Sozialraummanagements“, S. 1

²⁵ Keuchel, Susanne; Wiesand, Johannes (Zentrum für Kulturforschung): KulturBarometer 50+. „Zwischen Bach und Blues...“ Ergebnisse einer Bevölkerungsumfrage, Bonn: 2008

Die Museen veranstalten seit langem Seniorenprogramme und werden diese auch in Zukunft anbieten. Einzelne Maßnahmen (wie z.B. Sitzgelegenheiten in Ausstellungsräumen zu schaffen) fördern den Erfolg dieser Angebote.

Die Kulturbehörde Hamburg veröffentlicht und informiert gezielt verschiedene Zielgruppen über Kulturangebote in der Stadt. Im Internet können diese unter dem Label "Kultur für jedermann" auf <http://www.hamburg.de/kultur-fuer-jedermann/> abgerufen werden. Darunter sind auch Angebote speziell für Seniorinnen und Senioren.

Der Landes-Seniorenbeirat Hamburg hat einen „Senioren Kulturführer Hamburg“ (seit 2007) für die älteren Hamburger Mitbürgerinnen und Mitbürger entwickelt, der ebenfalls eine umfassende Übersicht über das Angebot der Hamburger Museen, Theater und Stadtteilkulturzentren sowie über Veranstaltungsorte für Literatur und Musik bietet und dabei auf die speziellen Anforderungen aus Sicht der Seniorinnen und Senioren eingeht (Erreichbarkeit, Behindertengerechte Zugänge/WC, Preise, sonstige Angebote). Eine aktualisierte Neuauflage erscheint 2012.

Darüber hinaus bieten viele Stadtteilkulturzentren und Museen feste Programme sowie regelmäßige Kurse für Seniorinnen und Senioren an. So hat beispielsweise die Honigfabrik (Kommunikationszentrum Wilhelmsburg e.V.) einen eigenen Bereich dafür geschaffen: die sog. Spätlesekultur.

Die Teilhabe an Literatur und Medien ermöglichen auch die Hamburger Öffentlichen Bücherhallen mit speziell auf Seniorinnen und Senioren abgestimmten Angeboten und die Norddeutsche Blindenhörbücherei. Für immobile Personen gibt es die „Medienboten“ der Bücherhallen: „Wenn Menschen nicht (mehr) kommen können, gehen wir eben zu ihnen“. Seniorinnen und Senioren und institutionelle Kunden (Seniorenwohnanlagen, Behinderteneinrichtungen, Tagesstätten etc.) können diesen kostenlosen Liefer- und Vorleseservice in Anspruch nehmen.

Ältere Menschen sind in Hamburg aber auch vielfach selbst kulturell aktiv. Die meisten musikalischen Gesellschaften und Vereinigungen Hamburgs (z.B. Brahms-Gesellschaft, Kammermusikfreunde, Telemann-Gesellschaft) werden hauptsächlich von Seniorinnen und Senioren getragen, die diese Initiativen durch ehrenamtliche Mitarbeit mit Leben füllen.

Hamburg hat insbesondere im Museumsbereich ungewöhnlich viele ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Als Beispiel kann hier das Museum der Arbeit (MdA) mit seinen Außenstellen aufgeführt werden. Das MdA organisiert eine Vielzahl seiner Publikumsangebote über ehrenamtliche Mitarbeit, dabei handelt es sich in der überwiegenden Mehrzahl um Seniorinnen und Senioren, zum Teil mit spezifischer Facharbeiterausbildung und entsprechender Berufserfahrung im Hintergrund.

Exemplarisch können als Kulturprojekte mit Seniorinnen und Senioren aufgeführt werden: die Initiative Canto Elementar, bei der Seniorinnen und Senioren mit Kindergartenkindern singen oder die Senioren-Theatergruppe „Die Herbst-Zeitlosen“, die regelmäßig Stücke im Goldbekhaus aufführt.

Das „Netzwerk Senioren Tanz Theater“ verbindet Aktive des Seniorentanzes und Seniorentheaters in Hamburg. Für 2013 ist ein Senioren Tanz Theater Festival der Amateure geplant.

Über die kulturellen Interessen von älteren Menschen mit Zuwanderungsgeschichte ist bisher wenig bekannt. Diese Bevölkerungsgruppe weist aufgrund ihrer Heterogenität, d.h. je nach kulturellem und religiösem Hintergrund, je nach Bildung, Einkommen und Gesundheitszustand ebenso unterschiedliche Kulturbedürfnisse wie Seniorinnen und Senioren ohne Migrationshintergrund auf. Bestehende Kulturangebote stammen überwiegend aus den Migranten-Gemeinschaften selbst, so wie aus dem kirchlichen, dem soziokulturellen und dem Bereich der Wohlfahrtspflege. Akzeptiert und frequentiert werden jedoch hauptsächlich die selbstorganisierten Kulturangebote der unterschiedlichen Migranten-Gemeinschaften.

Fazit:

Als wesentliche und laufende Weiterentwicklung haben die Bezirke im Jahr 2009 die Planungs- und Förderaufgaben für die offene Seniorenarbeit übernommen haben. Damit bietet sich die Chance, die Vielfalt der Sozialräume in Hamburg auch in der Seniorenarbeit stärker zu spiegeln, zukunftssträchtige Angebote im jeweiligen Quartier zu stärken und sie mit Aktivitäten anderer Generationen zu verbinden.

Auch im Alter möchten ältere Menschen mit und ohne Migrationshintergrund aktiv am kulturellen Leben teilhaben. Die Wahrnehmung einer Kultur von und für Seniorinnen und Senioren ist in Hamburg schon weit fortgeschritten. Dennoch ist die Integration und Partizipation älterer Menschen in das kulturelle Leben Hamburgs auch weiterhin voran zu treiben. Angebotstransparenz und ausreichende Informationen sollen dazu beitragen, das Interesse der Senioren an kulturellen Themen und gesellschaftlicher Teilhabe zu verstärken. Dabei gilt es insbesondere auch generationsübergreifende Projekte zu vermitteln.

Eine wesentliche und weiterlaufende Aufgabe wird auch in Zukunft sein, die Bedürfnisse von Seniorinnen und Senioren in öffentlichen Kultureinrichtungen zu berücksichtigen.

2.3.2 Lebenslanges Lernen: Bildungsteilhabe sichern

2.3.2.1 Wohin wir die Stadt entwickeln wollen: Ziele

Bildungsangebote dienen dem Erschließen neuer Themenfelder sowie der Erweiterung und dem Erhalt sozialer Kompetenz, fördern eine individuelle Persönlichkeitsentwicklung und das Wohlbefinden. Das Lernen komplexer Zusammenhänge ist bis ins hohe Alter möglich, insbesondere dann, wenn die Lernenden einen Sinn darin sehen, sich mit einem Thema zu beschäftigen. Im Vergleich zur Beruflichen Bildung steht bei Bildungsangeboten für Seniorinnen und Senioren ein Lernen im Vordergrund, das nicht primär auf formale Bildungsabschlüsse zielt und das auch in Situationen stattfindet, die die gar nicht ausdrücklich zum Lernen gedacht sind (non-formales und informelles Lernen).

Auch im Bereich der Erwachsenenbildung muss der demografische Wandel bei Lehrenden wie Lernenden nachvollzogen werden. Das vielfältige Angebot an altersgemischten und damit integrativen Kursen ebenso wie an speziell auf Ältere ausgerichteten Kursen ist zu erhalten und möglichst auszubauen. Der Umstand, dass heutige Seniorinnen und Senioren nicht nur wohlhabender, ausgabenfreudiger und konsumorientierter als frühere Generationen sind, sondern sie zudem auch größere Kompetenzen, Erfahrungen und Leistungsfähigkeit mitbringen²⁶, stellt dabei eine große Chance für die Erwachsenenbildung dar.

Die Bildungsangebote sollen dazu beitragen, vorhandene Fähigkeiten und Potentiale auszubauen, zu erhalten und diese auch zu nutzen. Die Teilnahme an den Weiterbildungsmaßnahmen fördert zudem soziale Kontakte.

Insbesondere folgende Aspekte sind ins Auge zu fassen:

- Bildungsangebote können die Bereitschaft zum ehrenamtlichen Engagement erhöhen und Qualifizierungsmaßnahmen für Aktivitäten im Rahmen des bürgerschaftlichen Engagements bieten.
- Die Angebote sollten erreichbar und stadtteilnah unter Beachtung unterschiedlicher Milieus ausgerichtet sein.
- Die sog. bildungsbenachteiligten Seniorinnen und Senioren sind gezielt durch eine lebensnahe und wohngebietsbezogene Ansprache für ein lebenslanges Lernen zu gewinnen.
- Eine Vermittlung von Kenntnissen und Fertigkeiten (z. B. in der gesundheitlichen Vorsorge, IT-Kenntnisse, Fremdsprachen, soziale Kompetenzen) ist ebenso wie selbstorganisierte Kurse (Gestaltung eigener Angebote) wünschenswert.
- Der Erfahrungsaustausch verschiedener Bildungsträger über Angebote und Bildungsarbeit für und mit Seniorinnen und Senioren ist zu unterstützen.

Die Zugänglichkeit zu den Bildungsangeboten sollte insbesondere für Menschen mit geringem Einkommen ermöglicht werden.

Für das Studium an der Universität ist zu ergänzen:

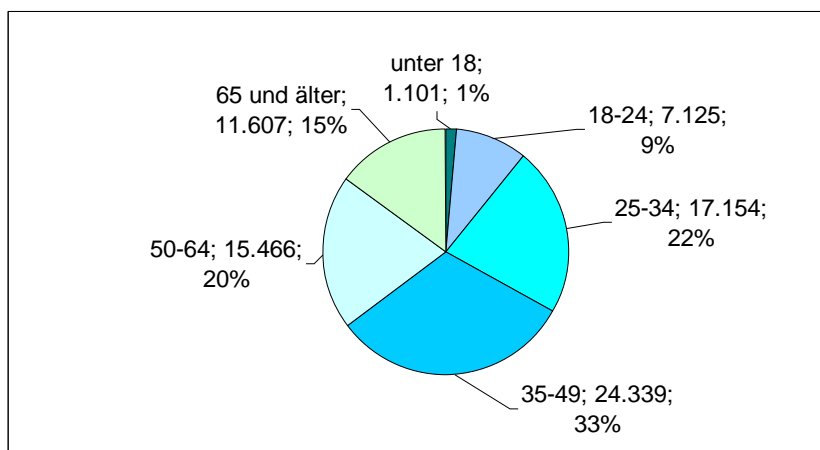
- Das Lernen an der Universität soll die eigene geistige Aktivität erhalten und verbessern und die Freude an wissenschaftlichen Prozessen und Diskussionen befriedigen.
- Die Förderung europäischer Zielsetzungen wie Integration, Toleranz und Mobilität soll insbesondere durch die Befähigung zum positiven Umgang mit der kulturellen, ethnischen und sprachlichen Vielfalt in Europa unterstützt werden.

²⁶ Vgl. Demografischer Wandel im norddeutschen Wirtschaftsraum – Positionen der IHK Nord, Stand: 09/2006, S. 11

2.3.2.2 Wo wir stehen: Ausgangslage und Bewertung

Seniorenbildung in Hamburg wird von sehr unterschiedlichen Trägern angeboten, u.a. von kirchlichen Trägern der Erwachsenenbildung (z.B. konfessionelle Akademien und Bildungsstätten), Kulturinstitutionen und kulturpädagogischen Einrichtungen, der Hamburger Volkshochschule oder der Universität (Seniorenstudium).

Anbei eine Übersicht über die Altersstruktur der Teilnehmer an den Angeboten der Hamburger Volkshochschule (DVV-Statistik Stand 2010):



Der Trend der Bildungsbeteiligung bei den Gruppen der über 50 und der über 64-Jährigen ist in den letzten Jahren bei den Volkshochschulen steigend. Die Hamburger Volkshochschule liegt dabei für die Gruppe der 50 bis 64-Jährigen unter und für die Gruppe der 65 und Älteren über dem Bundesdurchschnitt.

Zu einer attraktiven Seniorenbildung tragen auch die 84 Hamburger Seniorentreffs bei. Sie halten eigenständig Bildungs- und Informationsangebote (z. B. Sprachkurse, PC-Kurse) in Verbindung mit sozialer Begegnung und Beratung sowie der Einbindung von ehrenamtlichem Engagement vor.

Seniorenbildung findet ferner in Altkreisen, im Rahmen der kirchlichen Gemeinde- und Altenarbeit sowie in soziokulturellen Zentren, in Migrantenselbsthilfeorganisationen und anderen selbstorganisierten Aktivitäten statt. So hält Seniorenbildung Hamburg e. V. verschiedene Angebote für Seniorinnen und Senioren vor (Sprachkurse, PC-Kurse, Weiterbildung zum *senior*Trainer, Einführungskurse zum freiwilligen Engagement, Neuorientierung für Menschen ab 50). Dazu kommen Angebote weiterer gemeinnütziger, teilweise geförderter, aber auch einiger privater Bildungsanbieter.

Auch Hamburger Stiftungen engagieren sich im Bereich Lebensbegleitendes Lernen, Lernen in allen Lebensphasen und Generationen übergreifendes Lernen. Beispielhaft für ihr Engagement kann genannt werden: Das „Haus im Park“, das von der Körper-Stiftung als ein Bildungsort für Seniorinnen und Senioren im Bezirk Bergedorf unterhalten wird.

Darüber hinaus haben sich verschiedene Anbieter und Befürworter von Bildungsangeboten für Menschen ab 50 Jahren zu einem Netzwerk „Bildung im Alter“ zusammengeschlossen.

Das Netzwerk setzt sich für die Initiierung von übergreifenden Qualitätsstandards sowie die Entwicklung zukunftsweisender Konzepte ein und entsendet Delegierte in einige der Bezirklichen Regionalen Bildungskonferenzen.

In Zusammenarbeit von Bezirken und Wirtschaftsbehörde und mit Förderung aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) wurden drei regionale Bildungsagenturen in Hamburg-Nord, Hamburg-Mitte und Wandsbek eingerichtet, die jeweils in ausgesuchten Stadtteilen aktiv sind und deren Angebot sich auch an Personen über 50 richtet.

Die Weiterbildung Hamburg Service und Beratung (W.H.S.B.) - gefördert von der BSB - bietet eine umfassende, trägerneutrale Weiterbildungsberatung und -information in den einzelnen Stadtteilen an. Seit Herbst 2010 wurde die Weiterbildungsdatenbank (WISY) um ein spezielles Portal für Seniorenbildung erweitert. Damit erhält die Zielgruppe einen bequemen Zugang für speziell auf Seniorinnen und Senioren ausgerichtete Angebote. Das Portal soll dazu beitragen, dass die Weiterbildungsberatung in diesem Feld zielgerichteter erfolgt.

Hamburg beteiligt sich zudem an dem vom BMBF geförderten und auf drei Jahre angelegten Strukturprojekt „Lernen vor Ort“.²⁷ Der Demografische Wandel ist dabei eines der thematischen Aktionsfelder. In diesem Aktionsfeld geht es um die Fragestellung, wie die Lernbedarfe älterer Bürgerinnen und Bürger erfasst werden können. Hintergrund ist dabei der Erhalt, der Nutzen und die Weiterentwicklung von Kompetenzen älterer Bürgerinnen und Bürger im Kontext der gesellschaftlichen Teilhabe, z. B. im Rahmen eines Ehrenamtes. Im Aktionsfeld Bildungsübergänge wird zudem in Wandsbek der Übergang Erwerbsfähigkeit – Ruhestand mit dem Ziel bearbeitet, Verwaltungsabstimmung und Trägerkooperationen im Sinne eines kohärenten Bildungsmanagements zu befördern.

Die Hamburger Volkshochschule (VHS) setzt sich vielfältig mit Fragen der Seniorenbildung auseinander, erarbeitet und aktualisiert spezielle Konzepte und hält ein umfangreiches Angebot für Ältere vor:

1. Infrastruktur/ Angebote:

- Hamburgweites Weiterbildungsangebot in den Regionalbereichen, jedes mit altersgemischten, aber auch speziell auf Ältere ausgerichteten Kursen (mit LOGO 50+ versehen) die sich inhaltlich-didaktisch an deren Interessen ausrichten, z.B. zu den Themen EDV, Gesundheit, Sprachen, Politik und Gesellschaft;
- „HARALT (HARburger ALTERNativen)“, speziell auf Ältere ausgerichtetes Weiterbildungsangebot mit Hamburgweit einzigartiger Mischung aus „regulären“ und selbstorganisierten Kursangeboten.
- Angebote, die de facto (aufgrund der Themen und/oder der Uhrzeit) von Älteren wahrgenommen werden.

2. Einzelmaßnahmen:

- Entgeltermäßigung für Ältere auf gesamtes Kursangebot;
- Zusammenarbeit mit Kooperationspartnern wie Wohnungsbaugenossenschaften,

²⁷ Informationen zum Projekt unter: <http://www.hamburg.de/lernen-vor-ort>.

Seniorenwohnanlagen etc., um Ältere wohnortnah für Bildungsangebote zu gewinnen; Fortbildungen für Kursleitende zu Themen rund um die Bildung Älterer wie „Umgang mit Hörproblemen“, „Gedächtnistraining“, „Sturzprävention in Gesundheitskursen“ etc.

- Älterwerden in Hamburg: Informationsreihe zum Thema „Hilfen im Alter“ in türkischer und russischer Sprache;

Für die Gruppe der älteren Erwachsenen bieten die Hamburger Hochschulen sowohl die Möglichkeit eines vollständigen Studiums mit akademischem Abschluss wie besondere Angebote und Formen eines Gasthörerstudiums, die keine Hochschulzugangsberechtigung voraussetzen, an. Mit Ausnahme der „harten“ Numerus Clausus-Studiengänge (Medizin, Zahnmedizin, Pharmazie) dürfen sich ältere Studierende an den Hamburger Hochschulen für ein vollständiges Studium mit Berufsabschluss bewerben. Die Teilnahme an Hochschullehrveranstaltungen aller Fachrichtungen als Gasthörer ist mit Zustimmung der Lehrkraft i.d.R. möglich.

Ein Vollstudium wurde im Wintersemester 2010/2011 von immerhin 819 Studierenden im Alter 50 und älter durchgeführt, wobei die Altersgruppe 50-55 am stärksten vertreten ist (zwei Drittel der älteren Studierenden). Der Anteil älterer Studierender an der Studierendenschaft insgesamt ist allerdings gering: Die Altersgruppe 50-64 Jahre und älter machte in diesem Semester nur 1 % aller Studierenden aus, die Altersgruppe 65 Jahre und älter nur 0,1 % der Studierenden.

Für ältere Erwachsene sind die prüfungsfreien Gasthörer-Angebote von größerem Interesse. Im Wintersemester 2010/11 waren knapp 60 % der statistisch erfassten Gasthörer in den Hamburger berufsqualifizierenden Hochschulstudiengängen (insgesamt 88 Personen) in der Altersgruppe 60 Jahre und älter, davon 30 Personen in der Altersgruppe über 70 Jahre. Viel stärker nachgefragt sind allerdings die stärker zielgruppenorientierten Angebote. Im „Kontaktstudium für ältere Erwachsene“ der Universität Hamburg waren im WS 2010/2011 2002 Teilnehmer angemeldet. Deren Nachfrage betrug 7287 Lehrveranstaltungsbelegungen und somit durchschnittlich drei bis vier Veranstaltungsbelegungen pro Teilnehmer. Das Kontaktstudium der Universität hält neben den klassischen Gasthörerveranstaltungen zielgruppenspezifische Formate bereit, darunter auch mehrsemestrige strukturierte Studienangebote. Bei den strukturierten Angeboten des Kontaktstudiums können Zertifikate erworben werden. Die Teilnahme am Kontaktstudium ist kostenpflichtig. Der Förderkreis des Kontaktstudiums gewährt finanzielle Zuschüsse im Bedarfsfall.

Die Arbeitsstelle für wissenschaftliche Weiterbildung der Universität Hamburg plant, ihr spezielles Angebot im Rahmen des Kontaktstudiums für ältere Erwachsene sukzessiv zu erweitern. Dazu gehört insbesondere der Ausbau des strukturierten Studienangebotes in den Fachrichtungen der Literatur- und Kunstwissenschaften sowie des E-Learning-Angebotes.

Bei entsprechender Nachfrage wird die Technische Universität Hamburg-Harburg im Bereich der Weiterbildung, die für alle Altersgruppen zugänglich ist, ein Angebot der ingenieurwissenschaftlichen Fächer schaffen.

An den Vorlesungsreihen der SeniorenUni des Weiterbildungszentrums WinQ der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg nahmen seit Sommersemester 2009 jedes Semester mehr Interessierte teil, in der Vorlesungsreihe 2010/2011 830 Teilnehmer. Die Nachfrage ist in den vergangenen Jahren kontinuierlich gewachsen. Zunehmend wird versucht, auch aktuelle Forschungsergebnisse zur Gesundheit im Alter (u. a. aus der LUCAS-Studie) in das Angebot aufzunehmen. Bei den Gebühren an der SeniorenUni gibt es sowohl einen „Mengenrabatt“ als auch Ermäßigungen für Schwerbehinderte und Empfänger von Grundsicherung.

Das „Allgemeine Vorlesungswesen“ der Universität Hamburg, das sich an alle interessierten Bürgerinnen und Bürger richtet, eignet sich auch für Seniorinnen und Senioren. Die Teilnahme erfolgt ohne Anmeldung und ist gebührenfrei. Das Allgemeine Vorlesungswesen umfasste im genannten Wintersemester 30 Veranstaltungsreihen mit insgesamt 2900 Teilnahmefällen. Der Anteil der Älteren an den Ringvorlesungen betrug 50 Prozent.

Im Hochschulbereich wird die verfügbare Lehrkapazität der beschäftigten Hochschullehrer konsequent der Ausbildung der – i.d.R. jüngeren – Studierenden des Vollstudiums gewidmet. Angebote für Gasthörer kommen in erster Linie durch zusätzliche Lehraufträge bzw. durch begrenzte Öffnung bestehender Lehrveranstaltungen zustande. Für die Hochschulen ergeben sich aus dem prognostizierten parallelen Anstieg der Nachfrage im Vollstudium und im Gasthörerstudium für Ältere Kapazitätsprobleme für den Zeitraum bis 2020. Nach diesem Zeitpunkt könnte die weiterhin starke Nachfrage von Seniorinnen und Senioren eine wichtigere Rolle bei der Hochschulplanung spielen.

Fazit:

Um sich im Alter oder in Vorbereitung auf das Alter in Hamburg weiterzubilden und lebenslang zu lernen, gibt es in Hamburg hervorragende Voraussetzungen mit erprobten Lernformen. Weitere Fortschritte sind für die Zukunft durch engere Zusammenarbeit vor Ort und durch Vernetzung zu erzielen. Modellhafte Ansätze wie „HarAlt“ sind allerdings teilweise nur an einem Standort vorhanden. Über die Lernwünsche bildungsfernerer Seniorinnen und Senioren ist relativ wenig bekannt.

2.3.3 Lebenslanges Lernen: Neue Medien nutzen

2.3.3.1 Wohin wir die Stadt entwickeln wollen: Ziele

Die Nutzung des Internets und somit auch von E-Government Angeboten durch Seniorinnen und Senioren ist bundesweit bisher unterdurchschnittlich im Vergleich zur Gesamtbevölkerung.

Folgende Ziele werden angestrebt:

- Förderung der Medienkompetenz von Seniorinnen und Senioren

- Erhöhung der Anzahl älterer Menschen, die das Internet nutzt
- Verstärkte ehrenamtliche Hilfe für ältere Seniorinnen und Senioren durch „junge Alte“ beim Gebrauch der neuen Medien
- Abbau von Ängsten und Hemmschwellen älterer Menschen vor dem Internet, Information über mögliche Gefahren und Risiken sowie entsprechende Sicherheitsmaßnahmen
- Bereitstellung umfangreicher Informationen für Ältere im Internet

2.3.3.2 Wo wir stehen: Ausgangslage und Bewertung

Die Finanzbehörde hat in Zusammenarbeit mit der Universität Münster im April 2011 eine Befragung zum Thema „E-Government-Bedarfe älterer Menschen in Hamburg“ durchgeführt. Erste Auswertungen zeigen, dass die Internetnutzung älterer Menschen in Hamburg intensiver als im Bundesdurchschnitt ist. Bei der Nutzung steht der Wunsch nach Information an erster Stelle. So nutzen über 60 % der Bevölkerungsgruppe der 61 bis 70-jährigen das E-Government-Angebot, um sich zu informieren und immerhin noch über 40 % der 71 bis 80-jährigen Senioren. Weniger stark nachgefragt wird die Möglichkeit, mit der Verwaltung über das Internet in Kontakt zu treten oder konkrete Verwaltungsleistungen abzurufen (z. B. in der Bevölkerungsgruppe der 61- bis 70-jährigen liegt der Anteil bei 17 % und bei 71- bis 80-jährigen bei 8 %). Die Umfrage hat weiterhin ergeben, dass gerade in der älteren Bevölkerung der Wunsch nach einer persönlichen Beratung in den Ämtern oder per Telefon derzeit noch sehr groß ist und somit E-Government-Angebote in dieser Bevölkerungsgruppe im Vergleich zur jüngeren Generation weniger stark nachgefragt werden. Der „Behördenfinder“ auf hamburg.de und der „Telefonische Hamburg Service“ sind besonders beliebt. Ein zentrales Ergebnis ist für die Hamburger Verwaltung, dass auch auf längere Sicht alle Zugangswege zur Verwaltung (persönlich, telefonisch, über das Internet und zukünftig auch verstärkt über mobile Endgeräte) erhalten bleiben müssen. Die Ergebnisse der Umfrage der Finanzbehörde zum Online-Angebot der Stadt werden im Hinblick auf die Interessen älterer Menschen noch weiter ausgewertet und im Gesamtzusammenhang der Studie betrachtet.

Um älteren Menschen den Zugang zu neuen Informations- und Kommunikationstechnologien zu erleichtern und sie in ihrer Medienkompetenz zu stärken, wurden 63 Seniorentreffs mit Computern und Internetanschlüssen ausgestattet. Einen Überblick über die Seniorentreffs mit Internetanschluss bietet die Broschüre „Internetcafés für Senioren“. Der Deutsche Senioren ComputerClub Hamburg e.V. hat darüber hinaus eine Übersichtskarte über Seniorentreffs mit Internetcafé erstellt, die im Internet unter www.hamburg.de/senioren veröffentlicht ist. Zurzeit werden ferner regionale Broschüren über Seniorentreffs erarbeitet, die ebenfalls Informationen über die Möglichkeit der Computer- und Internetnutzung enthalten²⁸.

²⁸ Bereits veröffentlicht wurden Broschüren über Treffpunkte im Bezirk Eimsbüttel sowie in den Stadtteilen Hamm und Horn.

Insgesamt gibt es in Hamburg drei Senioren-Computerclubs. Der Deutsche Senioren-ComputerClub Hamburg e.V. (www.dscc-hamburg.de) und der SeniorenNet Hamburg e.V. (www.seniorennet-hamburg.de) bieten Schulungen am Computer und im Internet sowie Beratung und Hilfestellung in Computerfragen. Des Weiteren gibt es den Computer Club Haus im Park. Dort treffen sich Menschen ab 50, die den Umgang mit Computer und Internet lernen und üben (<http://www.cc-hip.de/>). Der Verein Seniorenbildung Hamburg e.V. hat ebenfalls einen SeniorenComputertreff eingerichtet (<http://www.seniorenbildung-hamburg.de/computerundInternet.htm>). Das Angebot umfasst Computerkurse im Gruppen- und Einzelunterricht. Ferner besteht die Möglichkeit, unter Anleitung ehrenamtlicher Seniorinnen und Senioren die ersten Schritte am Computer zu üben. Auch fortgeschrittene Nutzer können sich beraten lassen. Auch das Programm der Hamburger Volkshochschule enthält Computerkurse speziell für ältere Menschen.

Viele Stadtteilkulturzentren und Vereine bieten auch für den Bereich „Neue Medien“ feste Programme und Kurse an. Soziale Netzwerke für Seniorinnen und Senioren erfreuen sich zunehmender Beliebtheit. Derartige Kontaktnetzwerke verbinden aktive Seniorinnen und Senioren miteinander und unterstützen das Kommunizieren und Kennenlernen. Laut einer repräsentativen Forsa-Umfrage sind bereits 40 % der Internetnutzer zwischen 65 und 69 Jahren in einem sozialen Netzwerk angemeldet.

Die Erstellung und Verteilung von Informationsbroschüren ist eine wichtige laufende Maßnahme, um die Seniorinnen und Senioren über die Vorteile, aber auch die Gefahren des Internets aufzuklären. Neben einer Broschüre der BAGSO e.V. hat das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz in Zusammenarbeit mit Bitkom – Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien e.V.- sog. „Empfehlungen für Senioren im Internet“ erstellt. Die Empfehlungen beinhalten u.a. Tipps für die Anschaffung von Computern, die Auswahl der Internetanbieter und Ratschläge zur Sicherheit bei der Nutzung. Der Hamburgische Datenschutzbeauftragte und die Verbraucher-Zentrale Hamburg e. V. veröffentlichen allgemeine Informationsbroschüren, die auch für Senioren relevant sind. Im Einzelfall wird dort auch eine individuelle Beratung angeboten.

Fazit:

Die Durchführung von Computerkursen und Schulungsangeboten wird auch in Zukunft eine wichtige Grundlage für eine Zunahme der Internetnutzung durch Seniorinnen und Senioren darstellen. Über die Förderung der Seniorentreffs wird Hamburg das Angebot der Internetcafés auch weiterhin absichern. Damit wird ein niedrighschwelliger Zugang zum Internet gewährleistet.

Hamburg muss und wird das Informationsangebot für Seniorinnen und Senioren im Internet (siehe www.hamburg.de/senioren) kontinuierlich ausbauen, so dass ältere Menschen im Internet umfangreiche Auskünfte einholen können.

2.3.4 Information, Beratung und Unterstützung

2.3.4.1 Wohin wir die Stadt entwickeln wollen: Ziele

Viele ältere Menschen wünschen sich Informationen, Beratung und Entscheidungshilfen bei der Auswahl passender Freizeit- und Betreuungsangebote. Die Vielfalt der vorhandenen Angebote erschwert die Auswahl geeigneter Hilfen.

Die Selbständigkeit älterer Menschen und ihre gesellschaftliche Teilhabe sollen gesichert werden. Die Möglichkeiten, lange in der eigenen Häuslichkeit zu verbleiben, sollen durch umfassende Information und Beratung über die vorhandenen Angebote sowie ehrenamtliche Unterstützung im Stadtteil erhöht werden. Im Einzelnen soll

- die Informationslage von Seniorinnen und Senioren und ihren Angehörigen durch eine aktive Informations- und Öffentlichkeitsarbeit über persönliche Ansprache, Broschüren und das Internet (möglichst barrierefrei) verbessert werden; dies umfasst auch mehrsprachige Informationsschriften,
- das Angebot an speziellen Beratungsstellen für Seniorinnen und Senioren gesichert und an neue Bedürfnisse angepasst werden,
- ein bedarfsgerechtes Hilfs- und Unterstützungsangebot für Personen mit Mobilitätseinschränkungen vorgehalten werden. Hierzu gehören der Erhalt und die Weiterentwicklung der Angebote für Menschen mit Behinderungen.

2.3.4.1.1 Wo wir stehen: Ausgangslage und Bewertung

Gezielte Informationsmaterialien der Stadt sollen helfen, das eigene Leben so selbstbestimmt wie möglich zu planen und zu gestalten. Schon für die nähere Zukunft ist davon auszugehen, dass auch ältere Menschen und ihre Angehörigen das Internet als überall zugängliches, schnelles und aktuelles Medium zur eigenen Information vorrangig nutzen.

Unter www.hamburg.de/senioren gibt es deshalb bereits heute einen zentralen Zugang zu wesentlichen Informationen, die ältere Menschen in Hamburg betreffen und interessieren können.

Da es vielfach aber auch noch nachgefragt wird, werden bis auf weiteres Ratgeber auch in Broschürenform herausgegeben. Beispielsweise informiert der Ratgeber „Aktiv im Alter“ über Freizeit-, Bildungs- und Kommunikationsangebote. Darüber hinaus informieren die Hamburger Bezirke mit ihren Broschüren und Ratgebern über die jeweiligen regionalen Angebote.

Zudem gibt es Beratungs- und Informationsstellen in der Stadt, die ältere Menschen zu den unterschiedlichsten Themen beraten. Die Bezirkliche Seniorenberatung ist ein neutraler, kostenfreier Beratungsdienst für ältere Menschen und ihre Angehörigen. Sie berät in allen Fragen des Alters, hilft bei der Bewältigung von Problemen (z. B. Vereinsamung, Krankheit etc.), übernimmt die Krisenintervention in der Häuslichkeit, führt Bedarfsfeststellungen durch und unterstützt die Betroffenen bei der Antragsstellung. Darüber hinaus fördert die Freie und

Hansestadt Hamburg verschiedene spezielle Beratungsangebote, u. a. zu den Themen freiwilliges Engagement, Freizeitgestaltung, Bildung, alternative Wohnangebote und die Unterstützung von Angehörigen.

Die Aktionswoche „Älter werden in Hamburg“ fand 2011 bereits zum neunten Mal statt. Veranstalter sind die Hamburgische Pflegegesellschaft (HPG) und der Arbeiter-Samariter-Bund (ASB) sowie der LSB (zentrale Auftaktveranstaltung) und der NDR. Die Aktionswoche bietet ein abwechslungsreiches Programm aus Bewegung, Kultur, Unterhaltung, aber auch Information, Beratung und Diskussion. Es gibt zentrale Veranstaltungen, die meisten der rund 300 Angebote finden jedoch in den Bezirken statt.

2011 wurden zum zweiten Mal in Hamburg die Aktionstage „Nachbarschaft verbindet!“ durchgeführt. Gemeinsam mit dem AKTIVOLI-Netzwerk, dem Arbeitskreis Hamburger Wohnungsbaugenossenschaften e. V., der Freiwilligenbörse Hamburg und dem Verband der norddeutschen Wohnungswirtschaft organisierte die Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration (BASFI) die Aktionstage. Über 170 Veranstaltungen wurden angeboten. Ziel ist es, den Zusammenhalt und den Gemeinschaftssinn in der Stadt und insbesondere in den Nachbarschaften zu stärken. Gerade Seniorinnen und Senioren profitieren erfahrungsgemäß von einer guten Nachbarschaft, in der sich Menschen, egal welchen Alters und welcher Herkunft gegenseitig unterstützen. Die Aktionstage „Älter werden in Hamburg“ und „Nachbarschaft verbindet!“ sollen auch künftig regelmäßig durchgeführt und weiterentwickelt werden.

Seniorinnen und Senioren nutzen auch häufig die Beratungs- und Unterstützungsangebote für Menschen mit Behinderungen. Genannt werden können insbesondere die „Gemeinsamen Servicestellen für Rehabilitation“, die „Beratungsstelle für Körperbehinderte“ in jedem Bezirksamt, das „Beratungszentrum für Technische Hilfen und Wohnraumanpassung“ sowie das „Beratungszentrum für Sehen, Hören, Bewegen und Sprechen“ im Bezirksamt Hamburg-Nord. Darüber hinaus bietet der „Blinden- und Sehbehindertenverein Hamburg e. V.“ ein vielfältiges Fach- und Freizeitprogramm speziell für ältere blinde und sehbehinderte Menschen an. Hier sind auch die besonderen weißen Stöcke (sog. Blindenstöcke) erhältlich, die als Hilfsmittel zur Orientierung dienen und als Signal für die anderen Verkehrsteilnehmer wirken können. Weitere Angebote umfassen die „Beratung für Hörgeschädigte“ der Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration, das Hörberatungs- und Informationszentrum des „Bundes der Schwerhörigen e. V.“ sowie die Beratung durch den „Gehörlosenverband Hamburg e.V.“ u. a. zu rechtlichen Fragen wie zum Schwerbehindertenausweis, zu Eingliederungshilfen und zu Freifahrten. Ein „Stadtführer für Rollstuhlfahrer“ soll Rollstuhlfahrern helfen, sich in der Stadt problemloser zu bewegen.

Fazit:

Hamburg verfügt über umfassende Informations- und Beratungsangeboten für ältere Menschen in verschiedenen Lebenssituationen. Angebote mit breitem thematischen Ansatz und langer Tradition - wie die bezirkliche Seniorenberatung - stehen neben spezialisierten Beratungsstellen. Die Bekanntheit der Beratungsangebote und ihre Vernetzung lassen im Allgemeinen zu wünschen übrig. Thematische Überschneidungen führen leicht zu Unübersichtlichkeit und hindern eher die gezielte Nutzung.

2.3.5 Verbraucherkompetenzen und Verbraucherschutz

2.3.5.1 Wohin wir die Stadt entwickeln wollen: Ziele

Viele Seniorinnen und Senioren verfügen über ein hohes Konsumpotenzial und bieten damit insbesondere Einzelhandelsunternehmen, die sich auf die besonderen Ansprüche älterer Kunden einstellen, neue ökonomische Chancen. Gleichzeitig zählen ältere Verbraucherinnen und Verbraucher aber auch zu einer Bevölkerungsgruppe, die häufig Opfer unseriöser Geschäftspraktiken wird und die über ihre Rechte und Möglichkeiten, sich dagegen zur Wehr zu setzen, oftmals unzureichend informiert ist.

Erfahrungen und Beobachtungen zeigen, dass altersbedingten Einschränkungen und den Bedürfnissen der Seniorinnen und Senioren im Einzelhandels- und Dienstleistungsgewerbe oftmals nicht ausreichend Rechnung getragen wird bzw. entsprechende Standards fehlen. Durch Personalabbau und zunehmende Automatisierung wird vor allem im Selbstbedienungseinzelhandel und im Bankengewerbe persönliche Beratung und Service reduziert. Hierbei handelt es sich jedoch um Faktoren, auf die ältere Kunden besonders viel Wert legen und oftmals aufgrund altersbedingter Einschränkungen auch angewiesen sind. So fühlen sich Seniorinnen und Senioren im Supermarkt häufig alleingelassen und vermissen ausgebildetes und hilfsbereites Personal.

Folgende Ziele stehen deshalb im Vordergrund:

- Die Belange von Senioren und Seniorinnen als Verbraucher im Einzelhandel sollen besser berücksichtigt werden. Das Bewusstsein der Marktteilnehmer für altersbedingte Einschränkungen und die Bedürfnisse von Seniorinnen und Senioren soll gestärkt und gefördert werden. Die Akteure sollen besser miteinander vernetzt und Hamburger Wirtschaftsakteure als Kooperationspartner gewonnen werden.
- Die Verbraucherkompetenz von Seniorinnen und Senioren soll weiter verbessert werden.

2.3.5.2 Wo wir stehen: Ausgangslage und Bewertung

Auf Bundesebene bestehen bereits verschiedene Initiativen, um die Wirtschaft für die Belange ihrer älteren Kunden zu sensibilisieren. So hat beispielsweise der Hauptverband des Deutschen Einzelhandels (HDE) mit Partnern wie der Initiative „Wirtschaftsfaktor Alter“ das Qualitätszeichen „Generationenfreundliches Einkaufen“ entwickelt, mit dem deutschlandweit Einzelhändler ausgezeichnet werden, sofern sie bestimmte Kriterien erfüllen. In Hamburg ist das Zeichen bislang u. a. an Kaufhausfilialen, Supermärkte, Fachhändler sowie an einen Reiseausrüster und eine Apotheke (Stand: Januar 2012) verliehen worden. Darüber hinaus bestehen gute Ansätze für die Beteiligung weiterer Hamburger Einzelhändler.

Auf Bundesebene gibt es ferner das Qualitätssiegel der Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen „BAGSO empfohlen“. Dieses Siegel soll die Information über verbrauchergerechte Produkte und Dienstleistungen verbessern, die sich (auch oder ganz speziell) an den Wünschen und Bedürfnissen älterer Verbraucher orientieren.

Schließlich gibt es verschiedene Bemühungen des Einzelhandels, mit neuen Konzepten auf die Bedürfnisse ihrer Kunden generationenübergreifend, z.B. hinsichtlich Service, Packungsgrößen und Lesbarkeit von Etiketten, einzugehen. Nach wie vor bemängeln Interessenvertreter der Seniorinnen und Senioren, dass die Preisauszeichnungen und das Haltbarkeitsdatum kaum lesbar sind und die Angabe der Inhaltsstoffe in viel zu kleiner Schrift erfolgt.

Auch das Institut für Hygiene und Umwelt prüft im Rahmen seiner Verbraucherschutzaufgaben, ob Etiketten korrekt beschriftet sind, alle Inhaltsstoffe angegeben werden und notwendige Warnhinweise vorliegen.

Die Verbraucherzentrale Hamburg informiert über die Qualität angebotener Waren und berät bei Anschaffungen und Verträgen. Es werden Vorträge und Seminare angeboten (z. B. zur gesunden Ernährung im Alter) und Testberichte veröffentlicht. Die Verbraucherzentralen beteiligen sich auch an Kampagnen (z. B. zusammen mit der BAGSO zur Verbesserung der Einkaufssituation älterer Menschen).

Die Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz hat die Broschüre „Kunde = König ? Recht im Alltag (Nicht nur) für Seniorinnen und Senioren“ erstellt. Sie wird zielgerichtet über Multiplikatoren (z. B. Seniorenbeiräte, Hamburger Verbraucherzentrale) an Seniorinnen und Senioren verteilt. Die Multiplikatoren sollen stärker miteinander vernetzt werden und insbesondere die Mitglieder der Seniorenbeiräte mit weiteren Informationen unterstützt werden.

Fazit:

Vielversprechende Ansätze wie das Qualitätszeichen „Generationenfreundliches Einkaufen“ sind eingeführt, aber noch nicht ausreichend in der Fläche und bei für Seniorinnen und Senioren besonders bedeutsamen Einzelhändlern und Einkaufszentren etabliert.

2.3.6 Altersarmut entgegenwirken

2.3.6.1 Wohin wir die Stadt entwickeln wollen: Ziele

Armutsrisiken sind eine gesellschaftliche Realität. Die Formen und Auswirkungen von Armut und Ausgrenzung zeigen sich in den unterschiedlichsten Lebensbereichen, die durch politisches Handeln und eine bessere Vernetzung der bestehenden Unterstützungsangebote verändert werden kann. Das öffentliche Bewusstsein für diese Armutsrisiken und ihre sozialen Auswirkungen gilt es zu schärfen, um möglichen Diskriminierungen im Alltag zu begegnen und Ansätze zur Überwindung aufzuzeigen.²⁹

Armut im Alter ist besonders schwerwiegend, weil ältere Menschen weniger Möglichkeiten haben, diese Situation aus eigener Kraft zu überwinden. Armut verstärkt zudem die

²⁹ Nationale Strategie f. Deutschland zur Umsetzung d. Europäischen Jahres 2010 gegen Armut und soziale Ausgrenzung

Ausgrenzung aus den unterschiedlichsten Lebensbereichen. Daraus kann soziale Vereinsamung, schlechtere Wohnverhältnisse, schlechtere medizinische Vorsorge und Versorgung, verminderte Teilhabe und Partizipation erfolgen.

Es ist heute schon absehbar, dass sich die materielle Lage vieler älterer Menschen in den nächsten Jahren erheblich verändern und mit einem steigenden Armutsrisiko verbunden sein wird. Die Vermeidung von Altersarmut bzw. die Verbesserung der Lebenssituation von Menschen mit einem erhöhten Armutsrisiko ist eine Herausforderung für die Sozial-, Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik sowie für alle anderen gesellschaftlichen Akteure. Dabei liegen die maßgeblichen Bestimmungsfaktoren auf der Bundes- und der internationalen Ebene.

Daneben gilt es die bereits vorhandenen Ansätze zur Vermeidung von Armut und Ausgrenzung im Alter zu stärken und weiter zu entwickeln. Ziel ist es dabei, das Bewusstsein für Armut und soziale Ausgrenzung zu schärfen sowie die gesellschaftliche Verantwortung bei der Vermeidung von Altersarmut und sozialer Ausgrenzung zu stärken, um so die soziale Teilhabe aller zu gewährleisten.

2.3.6.2 Wo wir stehen: Ausgangslage und Bewertung

Nach der Definition der EU gilt als arm, wer weniger als 60% des mittleren Einkommens der Bevölkerung verdient.³⁰ Nach den Ergebnissen des Mikrozensus 2010 galten demnach im Jahr 2010 Ein-Personen-Haushalte mit einem monatlichen Einkommen von weniger als 826 Euro als armutsgefährdet.³¹ Hamburg wendet in Übereinstimmung mit dem Bund, der Mehrzahl der Bundesländer sowie der EU die sogenannte Armutsgefährdungsquote als Kriterium zur Beurteilung von Armut oder Armutsgefährdung gemäß obiger Definition an.

Die Entwicklung der Armutsgefährdung von Älteren, d. h. Personen ab 65 Jahren, wird seit 2005 von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder in einer Sozialberichterstattung dargestellt. 2010 hat das Armutsrisiko im Bundesgebiet bei durchschnittlich 14,5% gelegen. In Hamburg lebten 13,3% der Einwohner mit einem Armutsrisiko. Im Vergleich dazu wiesen Berlin und Bremen 2010 eine Armutsgefährdungsquote von 19,2% bzw. 21,1% auf.

Für Hamburg zeigt sich in der Altersverteilung im Vergleich zu Berlin und Bremen für 2010 folgendes Bild:³²

Alter	Bund 2010	Hamburg 2010	Berlin 2010	Bremen 2010
unter 18	18,2%	19,9%	24,7%	31,3%
18 bis unter 25	22,7%	24,5%	33,6%	34,8%
25 bis unter 50	13,3%	12,1%	20,6%	20,7%
50 bis unter 65	12,5%	11,2%	16,6%	16,6%
65 und älter	12,3%	8,0%	9,1%	13,5%

³⁰ Bundesregierung Sozialstaat verhindert Armut“ vom 25.6.2008

³¹ Sozialverband VdK Deutschland vom 22.09.2011

³² Statistische Ämter des Bundes und der Länder „Sozialberichterstattung“

Diese Berichterstattung zeigt auf, dass der Anteil der armutsgefährdeten älteren Menschen wesentlich geringerer als in der Gesamtbevölkerung Hamburgs (2010: Gesamtbevölkerung 13,3% / Personen ab 65 Jahre 8,0%) gewesen ist.

Für Hamburg stellt sich ab 2005 das Bild armutsgefährdeter älterer Menschen wie folgt dar:

Armutsgefährdungsquote³³ von Personen ab 65 Jahren in Hamburg insgesamt und nach Geschlecht in % gemessen am Bundesmedian 2005 - 2010						
Merkmal	Jahr					
	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Personen ab 65 Jahren	8,1	6,7	7,5	7,2	8,1	8,0
Nach Geschlecht						
Männlich 65 und älter	8,6	(6,2) ³⁴	(7,3)	(6,7)	(7,6)	8,1
Weiblich 65 und älter	7,8	7,1	7,5	7,7	8,4	7,8

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder; Mikrozensus

Insgesamt zeichnet sich kein klarer Trend ab: nach einem Rückgang zwischen 2005 und 2008 ist in den letzten drei Jahren eine Zunahme der Armutsgefährdungsquote älterer Hamburgerinnen und Hamburger zu erkennen. Die Unterschiede zwischen den Geschlechtern sind vergleichsweise gering.

Für den Personenkreis der Ruheständler, die ihren Lebensunterhalt nicht aus eigenem Einkommen und Vermögen sowie Unterhaltsansprüchen gegen Ehegatten oder Lebenspartner bestreiten können, hat der Gesetzgeber die bedarfsorientierte Grundsicherung eingeführt. Die Grundsicherungsquote älterer Menschen nach SGB XII, Kapitel 4 ist ein weiterer Indikator zur Beschreibung der sozialen Lage im unteren Einkommenssegment. Sie wird ebenfalls in der Sozialberichterstattung der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder ausgewiesen. Hamburg hat mit 5,5 % unter allen Ländern die höchste Grundsicherungsquote im Alter (zum Vergleich 2010 Früheres Bundesgebiet (ohne Berlin): 2,6%). Diese Quote nimmt darüber hinaus kontinuierlich zu:

Quelle: Statistik der Empfänger/-innen von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem 4. Kapitel des SGB XII

Anteil der Empfänger/-innen von Grundsicherung im Alter an der altersgleichen Wohnbevölkerung (ab 65 Jahren) in % in Hamburg insgesamt und nach Geschlecht am Jahresende 2006 - 2010						
Merkmal	Jahr					
		2006	2007	2008	2009	2010
Personen ab 65 Jahren		4,7	5,0	5,2	5,3	5,5
Nach Geschlecht						
Männlich 65 und älter		4,5	4,8	5,1	5,2	5,5
Weiblich 65 und älter		4,8	5,1	5,3	5,3	5,5

³³ Anteil der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 60% des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung. Das Äquivalenzeinkommen wird auf Basis der neuen OECD-Skala berechnet.

³⁴ Aussagewert eingeschränkt, da der Wert wegen zu geringer Fallzahlen Fehler aufweisen kann.

Ausgehend von einem - im Vergleich zu anderen Transferleistungsempfängergruppen - verhältnismäßig geringen Niveau weist die kontinuierlich merkliche Erhöhung der Empfängerzahlen in der Grundsicherung seit 2005 darauf hin, dass die eigene Alterssicherung bei einer zunehmenden Zahl älterer Menschen nicht mehr ausreicht, um Altersarmut ohne Transferleistungen abzuwenden. In den sechs Jahren von 2005 bis Oktober 2011 stieg die Empfängerzahl um rund 44,8% und zwar von 12.103 (Männer 4.549, Frauen 7.554) auf 17.526 (Männer 7.491, Frauen 10.035) an.³⁵

Die Zunahme der Zahl älterer Grundsicherungsempfänger und -empfängerinnen hält mit dem Alterungsprozess der Hamburger Wohnbevölkerung nicht Schritt. Sie ist überproportional, da die Wohnbevölkerung Hamburgs ab 65 Jahren im Zeitraum (2005: 318.622; 2010: 336.117) lediglich um 5,5 %³⁶ gewachsen ist.

Der Ausländeranteil unter den älteren Grundsicherungsempfängerinnen und -empfängern ist erhöht. Er betrug in 2010 28,5% (insges. 16.783, davon Ausländer: 4.783)³⁷. In der Wohnbevölkerung befanden sich dagegen nur 5,6% Ausländer dieser Altersgruppe. Die Gründe für den erhöhten Anteil ausländischer Empfänger dürften in einer kürzeren Aufenthaltsdauer, niedrigeren Einkommen, höherer Arbeitslosigkeit und geringerer Erwerbsbeteiligung liegen.

Bevölkerung in Hamburg 2010 nach ausgewählten Altersgruppen - Deutsche und Ausländer -				
Altersgruppe	Deutsche	Ausländer	Insgesamt	Ausländeranteil
0 bis 17 Jahre	244.164	29.661	273.825	10,8%
18 bis 64 Jahre	982.990	193.516	1.176.506	16,4%
65 Jahre u. ä.	317.187	18.930	336.117	5,6%
Gesamtsumme	1.544.341	242.107	1.786.448	13,6%

Der Anstieg der Grundsicherungsbedürftigkeit ist auf verschiedene Ursachen zurückzuführen. Meist sorgen nicht einzelne, sondern die Kombination aus mehreren Faktoren dafür, dass Altersarmut entsteht. Dabei können sich Ursachen und Folgen von Armut einander bedingen und verstärken. Im Einzelnen dürften folgende Faktoren eine Auswirkung auf die Entwicklung der Altersarmut in Deutschland haben:

- der Wandel in den Erwerbsbiografien, z.B. durch Arbeitslosigkeit
- die Berufsunterbrechung durch Kindererziehung und Pflege älterer Familienangehöriger,
- Niedriglohnjobs und geringverdienende Selbständige und
- gesetzliche Veränderung der Rentenformel mit Auswirkung auf Rentenhöhen und -anpassungen.

³⁵ Quelle: BASFI, Empfängerzahlen außerhalb von Einrichtungen

³⁶ Quelle: Statistikamt Amt Nord; eigene Berechnungen

³⁷ Quelle: BASFI

Fazit:

Der Schlüssel zur zukünftigen Armutsbekämpfung ist mehr Bildung und Beschäftigung. Alle Bemühungen müssen darauf ausgerichtet sein, den Erhalt der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsfähigkeit, insbesondere durch Rehabilitationsmaßnahmen, Weiterbildung und Umschulung sowie der Schaffung alters- und alternsgerechter Arbeitsbedingungen in den Unternehmen zu erreichen. Des Weiteren sind Maßnahmen zu verbesserter Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu schaffen, um Lücken in der Erwerbsbiografie durch Kinderbetreuungszeiten oder Pflege von Angehörigen gerade bei Frauen zu vermeiden.

Daneben tragen kompensierende Maßnahmen zur Verbesserung der Lebenssituation von älteren Menschen mit einem erhöhten Armutsrisiko bei. So berät die „Bezirkliche Seniorenberatung“ der Bezirksämter ältere Menschen auch zu Hilfen bei Armut und zu Möglichkeiten der sozialen Teilhabe.

In der Freien und Hansestadt Hamburg gibt es eine breite Palette an bürgerschaftlichen und ehrenamtlichen Projekten, die gegen Armut und soziale Ausgrenzung aktiv sind. Bekannte Beispiele sind die Hamburger Tafel, der Mitternachtsbus, oder das Hamburger Straßenmagazin Hinz&Kunzt. Aber auch ehrenamtliche Patenprojekte im Bildungsbereich leisten einen wichtigen Beitrag zur Vermeidung von Armut.³⁸ Durch Weiterentwicklung der Rahmenbedingungen für das bürgerschaftliche Engagement sind derartige Ansätze zu stärken und auszubauen.

Präventive Angebote wie die Schuldnerberatung sollten noch auf ihre Passung für die spezielle Lebenssituation älterer Menschen in Hamburg hin überprüft werden.

2.3.7 Rechtliche Selbstbestimmung sichern: Vorsorgevollmachten und rechtliche Betreuung

2.3.7.1 Wohin wir die Stadt entwickeln wollen: Ziele

Jeder Mensch kann durch Alter, Krankheit, Unfall oder Behinderung hilfsbedürftig werden, so dass die Vertretung eigener Rechte und die Organisation des Alltags nicht mehr ausreichend gesichert sind. Mit einer Vorsorgevollmacht kann für diesen Fall vorgesorgt werden. Mit ihr kann eine Person des Vertrauens beauftragt werden, jemanden umfänglich rechtlich zu vertreten. Ist eine solche Vollmacht nicht ausgestellt worden, kann das Betreuungsgericht einen Betreuer bestellen, der vom Gericht den Auftrag erhält, die Angelegenheiten zu regeln, zu deren Besorgung ein Mensch nicht mehr in der Lage ist. Beide – Bevollmächtigter und Betreuer - sollen sich bei ihrem Handeln an den Wünschen und am Wohl des Menschen, den sie vertreten, orientieren.

Die wichtigsten Ziele in diesem Handlungsfeld sind,

- Bürger über Betreuungsrecht und die Möglichkeiten der Vorsorge durch Vollmachten und Betreuungsverfügungen zu informieren,

³⁸ Drucksache 19/5838 Hamburg im „Europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung“

- Menschen zu gewinnen, die bereit und in der Lage sind, sich als rechtliche Betreuer für Menschen einzusetzen, die ihre Angelegenheiten selbst nicht ausreichend wahrnehmen können,
- rechtliche Betreuer und Bevollmächtigte in ihre Aufgaben einzuführen, sie zu beraten und fortzubilden,
- Weiterentwicklung des Hilfesystems für Menschen mit Migrationshintergrund.

2.3.7.2 Wo wir stehen: Ausgangslage und Bewertung

Immer mehr Menschen machen von der Möglichkeit der Vorsorge durch eine Vollmacht Gebrauch. Gleichzeitig steigen aber – bundesweit – auch die Fallzahlen der Menschen, für die ein rechtlicher Betreuer bestellt ist. Aktuell ist in Hamburg für etwa 24.000 Menschen ein Betreuer bestellt. Etwa die Hälfte der Betreuer ist ehrenamtlich tätig.

Der steigende Anteil älterer Menschen in der Bevölkerung und die damit zusammenhängende Zunahme von Alterserkrankungen werden dazu führen, dass immer mehr ältere Menschen auf Unterstützung bei der Bewältigung des Alltags, aber auch bei der Wahrnehmung ihrer Interessen und Rechte durch einen Bevollmächtigten oder durch einen rechtlichen Betreuer angewiesen sind. Umso wichtiger ist, dass Menschen rechtzeitig für diesen Fall vorsorgen, d.h. Verfügungen für den Fall treffen, dass sie selbst wichtige Lebensentscheidungen nicht mehr treffen können.

Hamburg hat ein breites Informations- und Unterstützungsangebot zu den Themen Betreuung und Vorsorge für den Betreuungsfall entwickelt. An sechs Standorten informieren und beraten behördliche Betreuungsstellen zu Fragen der rechtlichen Betreuung. Sie beraten und unterstützen insbesondere Berufsbetreuer und bieten Fortbildungen an. Sie unterstützen die Betreuungsgerichte, indem sie klären, ob andere Hilfen als die Bestellung eines rechtlichen Betreuers vorrangig in Betracht kommen und sie schlagen dem Gericht im Einzelfall geeignete Betreuer vor.

Die Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz fördert Betreuungsvereine. Die Betreuungsvereine gewinnen engagierte Bürger, die bereit sind, Betreuungen ehrenamtlich zu übernehmen. Die Vereine bieten kostenlos Beratung, Einführungsveranstaltungen, Fortbildungen und einen Erfahrungsaustausch mit anderen ehrenamtlichen Betreuern an. Sie informieren über die Möglichkeiten der Vorsorge durch Vollmachten und Betreuungsverfügungen, sie beraten Bevollmächtigte und sie helfen bei der Erstellung von Vorsorgevollmachten.

In jedem Bezirk ist ein Betreuungsverein tätig, daneben gibt es bezirksübergreifend einen Betreuungsverein für Menschen mit Behinderung. In einem gesonderten Projekt haben zwei Betreuungsvereine einen Schwerpunkt in der Betreuung von Menschen mit Migrationshintergrund gebildet. Sie informieren speziell Menschen mit Migrationshintergrund über das Unterstützungssystem der rechtlichen Betreuung und über die Möglichkeiten der Vorsorge durch Vollmachten, und sie bemühen sich darum, mehr Menschen mit Migrationshintergrund als ehrenamtliche rechtliche Betreuer zu gewinnen und sie hierbei zu unterstützen.

Die Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz gibt zu Fragen der rechtlichen Betreuung und zur Vorsorge durch Vollmachten drei Informationsbroschüren heraus:

- Broschüre "Ich Sorge vor!" mit Beispielen und praktischen Tipps für Vollmachten, Betreuungsverfügungen und Patientenverfügungen. Um auf die Vorzüge einer Vollmacht hinzuweisen, hat das Bezirksamt Altona als zuständiges Bezirksamt für alle Betreuungsämter in ganz Hamburg eine mehrsprachige Broschüre für Bürgerinnen und Bürger mit Migrationshintergrund herausgegeben, die als Ergänzung zur Broschüre „Ich Sorge vor!“ (im Internet unter www.hamburg.de/betreuungsrecht) unter demselben Titel in den bezirklichen Kundenzentren, den Sozialen Dienstleistungszentren, sowie in den Beratungsstellen für Migranten ausliegt. In den Sprachen deutsch, englisch, französisch, türkisch und russisch erklärt die Broschüre, worauf beim Thema rechtliche Vertretung geachtet werden muss.
- „Wegweiser Betreuungsrecht“ mit Informationen über die Aufgaben von Betreuern sowie mit Hinweisen auf Unterstützungsangebote und rechtliche Rahmenbedingungen, einschließlich Gesetzestexten, Merkblättern und Adressen. Die Broschüre richtet sich an bereits aktive ehrenamtliche Betreuer, an betreute Personen und deren Angehörige, aber auch an Menschen, die überlegen, ehrenamtlich eine Betreuung zu übernehmen und sich einen ersten Überblick über das Betreuungsrecht verschaffen wollen.
- „Ratgeber für Bevollmächtigte“ mit allgemeinen Orientierungshilfen und rechtlichen Grundlagen, die Bevollmächtigte beim Gebrauch der Vollmacht unterstützen und ihnen helfen, im Interesse des Vollmachtgebers und zu dessen Wohl zu handeln. Darüber hinaus enthält die Broschüre viele praktische Hinweise zu Fragen der Vermögens- und Gesundheitsvorsorge sowie einen Adressenteil mit wichtigen Ansprechpartnern.

Unter den Migranten ist die Zahl der rechtlichen Betreuungen trotz steigenden Bedarfs im Verhältnis zu ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung als niedrig anzusehen. Auch Vorsorgevollmachten werden von Menschen mit Migrationshintergrund seltener erteilt und nur selten werden bisher Menschen mit Migrationshintergrund als ehrenamtliche rechtliche Betreuer tätig. Ein wesentlicher Grund hierfür sind fehlende Informationen über das System der rechtlichen Betreuung sowie über die Möglichkeiten der Vorsorge durch eine Vorsorgevollmacht.

Ein Modellprojekt zur Verbesserung der sozialen Integration von Menschen mit Migrationshintergrund im System der rechtlichen Betreuung wurde im September 2010 begonnen. Zwei Betreuungsvereine, die dafür Mitarbeiter mit eigenem Migrationshintergrund beschäftigen, wollen Bürgern mit Migrationshintergrund die Hilfsmöglichkeiten, die das Betreuungsgesetz bietet, vermitteln, geeignete rechtliche und vor allem ehrenamtliche Betreuer aus dieser Zielgruppe gewinnen und begleiten und Präventionsmöglichkeiten aufzeigen. Das Projekt läuft Ende 2012 aus. Es zeigt sich schon zu diesem Zeitpunkt, dass es notwendig sein wird, diese Arbeit fortzuführen.

Fazit:

Die vielfältig in Hamburg vorhandenen und gut zusammenarbeitenden Angebote im Bereich der rechtlichen Betreuung sollten im Sinne von Präventionskampagnen in der Zukunft ihre Wirksamkeit noch erhöhen. In diesem Bereich ist die Bedeutung der schnell wachsenden

Gruppe älterer Migranten für die Vorsorgethematik erkannt und gezielt aufgegriffen worden; hier kommt es auf eine Verstärkung an.

2.3.8 Sich sicher fühlen und sicher sein: Schutz vor Gewalt und Alltagskriminalität

2.3.8.1 Wohin wir die Stadt entwickeln wollen: Ziele

Die Bedrohung durch Kriminalität und Gewalt ist im höheren Lebensalter gegenüber anderen Phasen des Erwachsenenalters insgesamt nicht erhöht. Dennoch gibt es Sicherheitsgefährdungen, von denen ältere Menschen in besonderem Maße betroffen sind:

- Eigentums- und Vermögensdelikte,
- Misshandlung und Vernachlässigung Pflegebedürftiger,
- Gewalterfahrungen in Partnerschaft und Familie.

Vordringliche Ziele sind deshalb:

- Das Sicherheitsgefühl älterer Menschen ist zu stärken.
- Die Gefahr, Opfer von Eigentums- und Vermögensdelikten zu werden, soll weiter reduziert werden.
- Gewalt in Paarbeziehungen und Misshandlungen und Vernachlässigungen innerhalb von Pflegebeziehungen mit älteren Menschen als Betroffene sollten sicherer aufgedeckt werden.
- Ebenso sollte die Sichtbarkeit, Akzeptanz und Nutzung vorhandener Angebote für ältere Opfer häuslicher Gewalt verbessert werden.

2.3.8.2 Wo wir stehen: Ausgangslage und Bewertung

Das Alter ist eine relativ sichere Lebensphase. Offizielle Statistiken legen diese Schlussfolgerung nahe (Polizeiliche Kriminalstatistik Hamburg 2011 und Ergebnisse von Studien der Deutschen Hochschule der Polizei Münster). So waren laut Polizeilicher Kriminalstatistik 2011 in Hamburg nur 1.627 der 35.682 Opfer 60 Jahre und älter. Dies entspricht einem Anteil von 4,6 %. Dieser Anteil ist sowohl bei den Gewaltdelikten (4,4%), als auch den (vorsätzlichen, leichten) Körperverletzungen (3,9%), den Nötigungen/Bedrohungen (6,6%) sowie den sonstigen Delikten (4,6%) ähnlich.

Innerhalb der Gewaltdelikte zeichnet sich ein besonderes Bild beim sog. Handtaschenraub ab. Hier waren bei insgesamt niedrigem und rückläufigem Fallaufkommen (2010=178 und 2011=138) laut Polizeilicher Kriminalstatistik 2011 mehr als ein Drittel (52 bzw. 36,9%) aller 141 Opfer 60 Jahre und älter. Von den 52 Opfern über 60 Jahre waren 51 weiblich.

Erfreulich ist, dass ältere Menschen ihre Sicherheitslage überwiegend realistisch wahrnehmen. Die Gruppe der Älteren zeichnet sich nicht durch irrationale Furchtsamkeit aus, aber durch stärkeres Vorsichtsverhalten. Es gibt aber auch eine Gruppe von älteren Menschen, die die objektive Sicherheitslage häufig schlechter einschätzt als sie tatsächlich ist. Dies kann eine Hemmschwelle für die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben bilden und Isolation fördern, wenn beispielsweise Menschen am Abend das Haus nicht mehr verlassen

mögen. Für ein selbstbestimmtes Leben ist es daher wichtig, diese Hemmschwellen abzubauen und Kontakte zu anderen Personen zu knüpfen. Subjektives Sicherheitsgefühl und objektive Sicherheitslage stimmten hier oftmals nicht überein. Hier ist es erforderlich, das subjektive Sicherheitsgefühl so zu stärken, dass die objektive Sicherheitslage realistisch eingeschätzt und eine Teilnahme am gesellschaftlichen Leben gefördert wird. Dies kann z.B. durch die Stadtgestaltung im Bereich der Beleuchtungsplanung erfolgen.³⁹ Es kann aber auch durch Kampagnen und Informationsveranstaltungen gestärkt werden. Hier spielt der Einsatz von sog. Bürgernahen Beamten (die korrekte Amtsbezeichnung lautet Besonderer Fußstreifendienst) zur Steigerung des Sicherheitsgefühls von älteren Menschen eine positive Rolle.

Zu den spezifischen Sicherheitsgefährdungen gehören Eigentums- und Vermögensdelikte wie der sogenannte Enkeltrick. Beim Enkeltrick handelt es sich um eine spezielle Form des Trickbetruges. Die Täter rufen gezielt ältere Menschen an, geben sich als Nichte oder Enkel aus und täuschen vor, sich in einer akuten finanziellen Notlage zu befinden. Die einstudierte Gesprächstechnik der Täter setzt die Opfer dabei gezielt unter Druck. Die Täter nutzen die Gutgläubigkeit und Hilfsbereitschaft der älteren Menschen gezielt aus, um an deren Ersparnisse zu gelangen.⁴⁰

Die Gefahr, Opfer von Eigentums- und Vermögensdelikten zu werden, sollte durch Aufklärungskampagnen gegen Trickbetrug auf verschiedenen Ebenen weiter reduziert werden. Die Verteilung von Informationen durch Broschüren wie „Sicher leben im Alter“, „Der goldene Herbst“ und zum Enkeltrick sollen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit weiter fortgesetzt werden.

Die Pflege findet überwiegend (ca. 70 Prozent) zuhause statt. Wer keine Angehörigen hat oder wessen Angehörige die notwendige Pflege nicht leisten können, braucht einen ambulanten Pflegedienst. Wer also Pflege braucht, ist ganz besonders darauf angewiesen, vertrauenswürdige Helfer zu finden. Leider verläuft die Betreuung in der ambulanten und der häuslichen Pflege nicht immer reibungslos. So kommt es vor, dass einzelne Pflegedienste versuchen, das Abrechnungssystem der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung auszunutzen, um sich auf Kosten des Pflegebedürftigen und der Versicherungsgemeinschaft unberechtigt finanzielle Vorteile zu verschaffen. Auch bei der Pflege selbst kann es zu Konflikten kommen. Die häusliche Pflege ist geprägt von persönlichen Beziehungen, insbesondere wenn Angehörige die Pflege übernommen haben. Hier sind die pflegenden und die gepflegten Personen meist familiär und emotional eng miteinander verbunden. Fehlende professionelle Distanz, Hilfslosigkeit und persönliche Überforderung der Pflegenden können mit zunehmender Dauer zu einer unerträglichen Anspannung und schließlich zu verbalen, psychischen oder gar körperlichen Gewalttätigkeiten führen. Auch professionelle Pflegekräfte sind davor nicht geschützt.⁴¹

Die Verbraucherzentrale Hamburg hat 2011 in Zusammenarbeit mit der Techniker Krankenkasse, der Barmer GEK und der Polizei (LKA 122) eine neue kostenlose Informationsbroschüre erstellt. Zielgruppe der Broschüre sind pflegebedürftige Menschen, ihre Angehörigen sowie professionelle Pflegekräfte. Inhaltlich behandelt das Heft u.a. die Themen: Gewalt und Misshandlung in der Pflege, Behandlungsfehler, Unregelmäßigkeiten

³⁹ Kongress „Seniorenfreundliches Hamburg“ Februar 2011 – Sicher leben in der Stadt

⁴⁰ Broschüre der Polizei Hamburg „Hallo Oma, ich brauche 10.000Euro 2“

⁴¹ Broschüre: Gewalt zuhause, Schutz vor Gewalt, Betrug und Pflegefehlern 2011

und Manipulation in der Abrechnung. Weiterhin werden Informationen zur Vermeidung von Fehlverhalten auf diesem Sektor gegeben. Zielgerichtet sollen Betroffene und alle an der Pflege Beteiligten sowohl über ihre Rechte als auch über ihre Hilfe- und Beratungsmöglichkeiten (z.B. durch die neu eingerichteten Pflegestützpunkte) informiert werden.⁴²

Grundlegende Daten zu Gewalterfahrungen von Frauen in Deutschland liefert die vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend in Auftrag gegebene Studie „Lebenssituation, Sicherheit und Gesundheit von Frauen in Deutschland“ (Durchführung 2002 bis 2004) sowie deren Auswertung (Gewalt gegen Frauen in Partnerschaften- Eine sekundäranalytische Auswertung zur Differenzierung von Schweregraden, Mustern, Risikofaktoren und Unterstützung nach erlebter Gewalt, BMFSFJ 2008).

Danach gaben fast 13 % der Frauen, die zum Befragungszeitpunkt in einer Partnerschaft lebten, an, durch den aktuellen Partner mindestens einmal körperliche und/oder sexuelle Übergriffe erlebt zu haben. Demgegenüber berichteten nur 9,5% der über 60-jährigen Frauen und 2,6% der ab 75-jährigen (bis 86-jährigen) Frauen, in ihrer aktuellen Partnerschaft mindestens einmal Opfer eines solchen Übergriffs geworden zu sein. Hinsichtlich der psychischen Gewalterfahrungen durch den aktuellen Partner fallen die altersspezifischen Unterschiede geringer aus.

Die Auswertung zeigt, dass insbesondere ältere Frauen ab 60 Jahren nur unzureichend über Unterstützungsangebote informiert sind. Während 67-70% der gewaltbetroffenen Frauen insgesamt angaben, Hilfen zu kennen, waren dies nur 52-58% der über 60jährigen⁴³. Generationenspezifische Einstellungen, Scham, emotionale und finanzielle Abhängigkeiten, Angst vor Repressalien seitens des Täters sowie Angst vor Verlust des Wohnumfeldes verhindern, dass diese Hilfsangebote überhaupt in Anspruch nehmen. Während 11-14% der gewaltbetroffenen 26- bis 55jährigen Frauen angaben, Hilfe in Anspruch genommen zu haben, waren dies bei den 56 bis 75-jährigen nur 2-5%⁴⁴. Diese Befunde decken sich mit den Erfahrungen der Hamburger Gewaltberatungsstellen und Frauenhäuser. Gleichzeitig zeigt sich, dass die Hilfseinrichtungen- und Angebote nur unzureichend auf die besondere Lage und Bedürfnisse von älteren Frauen ausgerichtet sind. Als problematisch erweist sich hier insbesondere auch die unzureichende Kooperation und Vernetzung relevanter Institutionen und Professionen in den Bereichen Altenpflege/-hilfe, Ärzteschaft und Opferschutz.

Um den Fachaustausch und die Vernetzung in diesem Bereich zu fördern, hat die Polizei Hamburg beispielsweise im April 2012 den jährlich wiederkehrenden „Opferschutztag“ dem Thema Senioren gewidmet. Hierbei sollten Polizei und Fachöffentlichkeit für das Phänomen „Senioren als Opfer von Straftaten“ sensibilisiert und informiert werden., Hamburger Gewaltberatungsstellen und Frauenhäuser stehen prinzipiell allen Altersgruppen offen. Erfahrungen und Statistiken dieser Einrichtungen zeugen jedoch von einer geringen Inanspruchnahme durch ältere Frauen. Hier zeigt sich, dass die vorhandenen Angebote bislang nur unzureichend auf die besonderen Bedürfnisse älterer Frauen abgestimmt sind. Um diese Problematik anzugehen, nahm Hamburg von August 2009 – Juni 2011 als Modellregion am Bundesaktionsprogramm „Sicher leben im Alter“ (SILIA) teil. Das hier

⁴² Pflege zuhause –Hamburg.de

⁴³ BMFSFJ 2008, S.191.

⁴⁴ ebd., S. 194.

umgesetzte Modul („Maßnahmen zur Prävention von Gewalt in Partnerschaften älterer Menschen sowie zur Intervention bei einschlägigen Fällen“) ist Teil eines vierteiligen Aktionsprogramms, welches die besonderen Gewaltgefährdungen älterer Menschen im Kontext von Prävention und Intervention angeht. Das in Hamburg mit insgesamt 175 Tsd. Euro geförderte Modellprojekt umfasste:

- die Sensibilisierung der allgemeinen Öffentlichkeit,
- die zielgruppenspezifische Öffentlichkeitsarbeit,
- die stärkere Verankerung der Thematik in Einrichtungen und Projekten aus dem Bereich „häusliche Gewalt“,
- die Sensibilisierung und Schulung einschlägiger Institutionen und Professionen,
- die Vernetzung von Institutionen, die das Problemfeld häusliche Gewalt bearbeiten, mit Einrichtungen der Altenarbeit und Altenhilfe sowie der Ärzteschaft, insbesondere die Hausärzte, die in der Regel ein hohes Vertrauen bei der Patientenschaft genießen,
- die Entwicklung spezifischer Unterstützungsangebote für ältere Gewaltopfer, so u.a. niedrigschwellige und proaktive Gesprächs- und Beratungsangebote für ältere Frauen.

Die genannten Maßnahmen wurden durch den Beratungs- und Qualifizierungsträger verikom (Verbund für interkulturelle Kommunikation und Bildung e.V.) und die Menschenrechtsorganisation Amnesty for women e.V., die Frauenberatungsstellen biff Eimsbüttel/Altona und biff Winterhude, das zweite und fünfte Hamburger Frauenhaus, die Interventionsstelle bei häuslicher Gewalt pro-aktiv sowie die Opferhilfe Beratungsstelle umgesetzt. Die Steuerung der Umsetzung vor Ort oblag der BASFI; auf Bundesebene waren die Deutsche Hochschule der Polizei und Zoom - Gesellschaft für prospektive Entwicklungen für die Koordination und Begleitung des gesamten Aktionsprogramms zuständig. Am 30.6.2011 ist das Aktionsprogramm beendet worden. Einige Einrichtungen bieten aber nach wie vor Hilfsangebote für ältere gewaltbetroffene Frauen an. Informationen bietet das Internet unter <http://www.silia.info>. Ein Abschlussbericht zum Aktionsprogramm wird in Kürze vorgelegt.

Fazit:

Um Gewalt in Paarbeziehungen sowie Misshandlungen und Vernachlässigungen innerhalb von Pflegebeziehungen besser erkennen zu können, ist es notwendig, die Kooperations- und Vernetzungsstrukturen in unterschiedlichen Bereichen wie Opferschutz, Ärzteschaft, Altenhilfe und Altenpflege zu verbessern. Beratungsinstitutionen der Altenhilfe und Pflege sowie der Ärzte sollten sich mit Einrichtungen des Opferschutzes vermehrt vernetzen, miteinander Maßnahmen entwickeln und bereits bestehende Maßnahmen weiter fortsetzen.

2.4 Gesundheit und Pflege

2.4.1 Hospizarbeit

2.4.1.1 Wohin wir die Stadt entwickeln wollen: Ziele

Schwere Krankheiten, Tod und Sterben sind Themen, mit denen wir uns ungern auseinandersetzen. Wenn doch, dann möchten die meisten zu Hause in vertrauter Umgebung und im Kreis nahestehender Menschen ihr Leben beenden. Tatsächlich aber sterben die meisten Menschen in Hamburg im Krankenhaus (54 %) oder in einer stationären Pflegeeinrichtung (20 %). Nur 22 % versterben außerhalb von Institutionen, 4 % im Hospiz⁴⁵.

Hospizarbeit möchte schwerstkranken und sterbenden Menschen ein würdiges und selbstbestimmtes Leben und Sterben bis zuletzt ermöglichen. Die Wünsche, Bedürfnisse und Erwartungen stehen im Mittelpunkt des Handelns derjenigen, die Hospizarbeit leisten. Sie unterstützen auch die Familie, Angehörige und Freunde bei der Betreuung und Begleitung des sterbenden Menschen.

Erreicht werden soll eine flächendeckende Versorgung mit hospizlichen Angeboten. Jeder Mensch soll, wenn er es wünscht, in der letzten Lebensphase zu Hause oder in einer Einrichtung einen freiwilligen Dienst in Anspruch nehmen können. Dazu gehören sowohl die Spezialisierte Ambulante Palliativversorgung und als auch die Ambulante Allgemeine Palliativversorgung, die dazu beitragen soll, dass schwerstkranken und sterbende Menschen – soweit möglich – ihre letzte Zeit auch gut betreut und versorgt in der Häuslichkeit verbringen können. Hierzu sollen die hospizlichen Angebote noch besser vernetzt und koordiniert werden. Die hospizliche und palliativpflegerische Versorgung in Wohn-Pflege-Einrichtungen soll ausgebaut werden. In allen Pflegeheimen soll aufgrund der Bedeutung als Sterbeort zukünftig der Hospizgedanke verankert werden.

2.4.1.2 Wo wir stehen: Ausgangslage und Bewertung

Nach einer Studie der Deutschen Hospizstiftung wurden in Hamburg ca. 15 % der Verstorbenen hospizlich und palliativpflegerisch begleitet⁴⁶. Die stationären Hospize für Erwachsene waren 2010 zu 82 % ausgelastet. Sie haben insgesamt 960 Menschen begleitet. Das Durchschnittsalter betrug 68 Jahre. Informationen darüber, ob die Angebote von Menschen mit Migrationshintergrund ihrem Bevölkerungsanteil entsprechend genutzt werden, liegen nicht vor.

Hamburg weist insgesamt eine gute Versorgungsstruktur zur Unterstützung von Menschen in der letzten Lebensphase auf. Seit 2003 kann ein deutlicher Ausbau der hospizlichen Dienste verzeichnet werden, wie die nachfolgende Übersicht zeigt:

⁴⁵ Auswertung des Sterberegisters für die Monate Januar und Februar 2009.

⁴⁶ HPCV-Studie der Deutschen Hospizstiftung März 2009, S. 9.

	31.12.2003	31.12.2011
Beratungsstellen	2	3
Hospizdienste	8	19
Ambulante Pflegedienste	2	22 ⁴⁷
Palliativstationen/Plätze auf Palliativstationen	2/14	7/57
Palliativstationen/Plätze auf Palliativstationen für Kinder	0	1/6
Hospize/Plätze in Hospizen	3/40	6/84
Kinderhospiz/Plätze im Kinderhospiz⁴⁸	1/12	1/12

Quelle: BGV

Freiwillige, ehrenamtlich in Hospizdiensten Tätige leisten einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Lebensqualität von Menschen in der letzten Lebensphase in ihrer Häuslichkeit und in Einrichtungen. Sie helfen, Einsamkeit und Isolation zu vermeiden und bieten die Möglichkeit, Ängste und Sorgen zu besprechen. In Hamburg engagieren sich über 500 Freiwillige in der ambulanten Hospizarbeit. Sie stehen unter der fachlichen Verantwortung einer entsprechend ausgebildeten Fachkraft mit der Weiterbildung Palliative-Care, die als Koordinator tätig ist. Für die Zukunft ist mit einem steigenden Bedarf an freiwilliger Unterstützung zu rechnen.

Stationäre Hospize sind eine notwendige Ergänzung der ambulanten Versorgung und der Begleitung von Menschen in der letzten Lebensphase, wenn ein Verbleib in der eigenen Wohnung nicht mehr möglich ist. Mit insgesamt 141 Plätzen auf Palliativstationen und in Hospizen übersteigt das Angebot in Hamburg den in Anlehnung an die Empfehlung des Deutschen Hospiz- und Palliativverbandes und der Deutschen Gesellschaft für Palliativmedizin ermittelten Bedarf von 85 Plätzen⁴⁹. Darüber hinaus haben 55 Wohn-Pflege-Einrichtungen seit 2006 an einem Projekt der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz teilgenommen, um Hospizkultur und Palliativkompetenz in ihre tägliche Arbeit zu integrieren. Neue Elemente in der palliativmedizinischen Versorgung sind in Hamburg auch die speziellen klinischen Versorgungsangebote in Palliativeinheiten für Kinder und Jugendliche und im Bereich der palliativen Geriatrie. Im Bereich der palliativmedizinischen Versorgung für alte und hochaltrige Menschen wird es in absehbarer Zeit größere Bedarfe geben. Darauf werden sich die Leistungsanbieter einstellen müssen.

Versicherte mit einer nicht heilbaren, fortschreitenden und weit fortgeschrittenen Erkrankung mit einer zugleich begrenzten Lebenserwartung, die eine besonders aufwändige Versorgung benötigen, haben Anspruch auf spezialisierte ambulante Palliativversorgung (SAPV). Die Leistung ist von einem Vertragsarzt zu verordnen und von der Krankenkasse zu genehmigen. Die SAPV umfasst ärztliche und pflegerische Leistungen einschließlich ihrer Koordination, insbesondere zur Schmerztherapie und Symptomkontrolle und zielt darauf ab,

⁴⁷ Ab 2009 werden ambulante Pflegedienste mit einer Zusatzqualifikation zur palliativen Versorgung erfasst, die Mitglied in der Landesarbeitsgemeinschaft Hospiz- und Palliativarbeit oder Vertragspartner in einem PCT sind.

⁴⁸ Nach Redaktionsschluss hat im Februar 2010 ein Kindertageshospiz mit fünf Plätzen eine Betriebsgenehmigung erhalten.

⁴⁹ Nach dieser Empfehlung wird eine Versorgung mit 50 Palliativ- und Hospizbetten auf 1 Mio. Einwohner als ausreichend betrachtet.

die Betreuung der Versicherten in der vertrauten häuslichen Umgebung zu ermöglichen. Die Leistungen werden von einem Zusammenschluss von speziell fortgebildeten Ärzten Pflegekräften – dem Palliative-Care-Team – erbracht.

Hamburg ist es als eines der ersten Bundesländer gelungen, die SAPV allen Bürgerinnen und Bürgern flächendeckend anzubieten. In Hamburg wurden die Palliativ Care Teams auf bestehenden Strukturen aufgebaut. Insgesamt sollen acht Teams in Hamburg zugelassen werden.

Der von der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz veröffentlichte Hamburger Hospizführer gibt zu dem vielfältigen Versorgungsangebot alle erforderlichen Hinweise. Koordiniert und vernetzt werden die Einrichtungen seit 2007 über die Koordinierungsstelle Hospiz & Palliativarbeit Hamburg. Diese betreibt eine Internetseite und organisiert den Welthospiztag sowie die Hamburger Hospizwoche. Darüber hinaus informieren auch die Beratungsstellen und die Pflegestützpunkte über hospizliche Angebote.

Am 17. August 2010 wurde die „Charta zur Betreuung schwerstkranker und sterbender Menschen in Deutschland“ verabschiedet⁵⁰. In dieser Charta wird der Ist-Zustand in der Betreuung schwerstkranker und sterbender Menschen in Deutschland dargestellt. In fünf Leitsätzen werden Aufgaben, Ziele und Handlungsbedarfe und eine Selbstverpflichtung für die Zukunft (www.charta-zur-betreuung-sterbender.de) formuliert. Im Mittelpunkt stehen dabei die betroffenen Menschen. Ziel ist es, die Betreuung schwerstkranker und sterbender Menschen zu verbessern. Die Stadt Hamburg ist am Eröffnungstag der Hamburger Hospizwoche am 22.10.2011 durch Unterschrift der Senatorin der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz der „Charta zur Betreuung schwerstkranker und sterbender Menschen in Deutschland“ beigetreten.

Fazit:

Einer der Schwerpunkte der Entwicklung ist weiterhin die Einführung der Hospizarbeit in die Pflegeeinrichtungen, wo deutlich mehr ältere Menschen ihre letzte Lebensphase verbringen als in und mit speziellen Hospizangeboten. Dabei ist mit der Orientierung der Stadt Hamburg an der Charta zur Betreuung schwerstkranker und sterbender Menschen in Deutschland ein Weg eingeschlagen worden, der dafür sorgt, dass Sterbebegleitung in allen Bereichen realisiert werden kann.

2.4.2 Gesund älter werden: Bewegung und Ernährung

2.4.2.1 Wohin wir die Stadt entwickeln wollen: Ziele

Der Prävention und Gesundheitsförderung kommt eine zentrale Rolle zu, um im Alter länger gesund, selbständig und mobil zu bleiben. Große Bedeutung haben dabei insbesondere eine

⁵⁰ In Deutschland übernahmen die Deutsche Gesellschaft f. Palliativmedizin, der Deutsche Hospiz- und Palliativ Verband und die Bundesärztekammer die Trägerschaft für den nationalen Charta-Prozess, unterstützt durch die Robert Bosch Stiftung sowie die Deutsche Krebshilfe.

gesunde Ernährung und gesundheitsfördernde Bewegung, die psychosoziale Gesundheit, Vorsorge und Früherkennung sowie die gesundheitsbezogene Sicherheit (z.B. Unfall- und Sturzprävention). Gerade Sport und Bewegung tragen wesentlich zum Erhalt der körperlichen und geistigen Gesundheit bei. Insbesondere im Alter ist Beweglichkeit Voraussetzung für eine eigenständige Lebensweise. Darüber hinaus wirken der Sport und das gesunde Bewegen präventiv zur Vermeidung verschiedener Bewegungsmangel- und psychischer Erkrankungen bis hin zur Senkung des Demenzrisikos. Untersuchungen haben gezeigt, dass sich auch im Alter eine gesündere Lebensweise noch positiv auswirken kann.

Hamburg will eine Stadt sein, in der

- die Gesundheit und die damit verbundene Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger bis ins hohe Alter nachhaltig gefördert und weiter verbessert werden,
- die Gesundheitskompetenzen älterer Menschen gefördert,
- auf die Bedarfe älterer Menschen ausgerichtete Gesundheits- und Präventionsangebote miteinander vernetzt werden, und dabei
- ein besonderes Augenmerk auf die Zielgruppe sozial Benachteiligter und die Förderung von Bewegung und körperlicher Aktivität im Alter gelegt wird.

2.4.2.2 Wo wir stehen: Ausgangslage und Bewertung

Im Rahmen des vom BMBF geförderten Forschungsverbundes LUCAS wurden 1.098 zufällig ausgewählte Personen im Alter von 60 bis 90 Jahren befragt. Hinzu kamen 120 zum Teil muttersprachliche Interviews mit Personen, die eine nicht-deutsche Staatsangehörigkeit haben. Die Befragten bewerteten ihren gesundheitlichen Allgemeinzustand überwiegend positiv. Es zeigte sich jedoch, dass die subjektive Gesundheit mit zunehmendem Alter abnimmt und bei Menschen mit nicht-deutscher Staatsangehörigkeit schlechter als bei Deutschen ist: Von den jüngeren Befragten (60 – 74Jährige) bewerteten 67 % ihre Gesundheit als gut oder sehr gut, bei den älteren (ab 75 Jahre) waren es 56 %. Die Menschen mit nicht-deutscher Staatsangehörigkeit erreichten einen Wert von 63 %, obwohl sie im Schnitt jünger waren als die deutschen Befragten⁵¹.

Darüber hinaus ist ein relativ hohes Gesundheitsbewusstsein zu verzeichnen. Fast drei Viertel der im Rahmen von LUCAS Befragten meinten, sie könnten sehr viel oder viel für ihre Gesundheit tun. Nur 4 % meinten, die eigene Gesundheit wenig oder gar nicht beeinflussen zu können; unter den Menschen mit nicht-deutscher Staatsangehörigkeit waren es 11 %.

Eine große Rolle spielen Sport und Bewegung. Insgesamt sagten deutlich mehr als die Hälfte der Befragten (62 %), dass sie sehr stark oder stark auf ausreichende Bewegung achten. Dabei achten Frauen (65 %) noch mehr auf Bewegung als Männer (57 %). Menschen mit nicht-deutscher Staatsangehörigkeit teilten diese Einschätzung nur zu 54 %, also deutlich seltener, als aufgrund ihres jüngeren Alters zu erwarten gewesen wäre⁵².

⁵¹ BSG, Die Gesundheit älterer Menschen in Hamburg I, Dezember 2010, S. 19. Die insgesamt positive Bewertung der Gesundheit bedeutet allerdings nicht, dass die Betroffenen keinerlei gesundheitliche Beschwerden oder Beeinträchtigungen haben. Die Befragten sind aber trotzdem mit ihrer Gesundheit in hohem Ausmaß zufrieden. Siehe auch BGV, Die Gesundheit älterer Menschen in Hamburg II, September 2011, S. 28ff., S. 46ff., S. 57ff., S. 62 ff.

⁵² BSG, Die Gesundheit älterer Menschen in Hamburg I, Dezember 2010, S. 20 f., siehe auch BGV, Die Gesundheit älterer Menschen in Hamburg II, September 2011, S. 45..

Ähnliche Ergebnisse liefert eine spezielle Bevölkerungsbefragung zum Sport- und Bewegungsverhalten, die im Auftrag des Sportamtes durchgeführt worden ist. Danach sind die 65 bis 80jährigen Hamburgerinnen und Hamburger sportlich sehr aktiv und bewegungsbewusst. 67,8 % der Befragten dieser Altersgruppe haben angegeben, sportlich aktiv zu sein. Dabei sind Frauen im Gegensatz zu Männern die sportlich aktivere Gruppe. Seniorinnen und Senioren mit Migrationshintergrund sind weniger sportlich aktiv als Seniorinnen und Senioren ohne Migrationshintergrund. Die nachfolgende Übersicht zeigt die Sportaktivenquote der 65-Jährigen und älteren nach Herkunft und Geschlecht.

	Männer	Frauen
insgesamt	64,5 %	70,8 %
Deutsche	65,1 %	71,1 %
Ausländer/Migranten	45,0 %	62,5 %

Quelle: Bevölkerungsbefragung im Rahmen der Sportentwicklungsplanung

Gründe für Sportpassivität sind bei fast der Hälfte der Nicht-Sportler krankheitsbedingt (49,1%). Dies gilt im besonderen Maße für die 65 bis 80-Jährigen mit Migrationshintergrund (66,4%). Ein weiterer Grund für Sportpassivität ist aber auch fehlendes Interesse (23,3%).

Noch wichtiger als die Bewegung wird die Ernährung genommen. Mehr als die Hälfte (64 %) der im Rahmen der LUCAS-Studie Befragten achten sehr stark oder stark auf gesunde Ernährung. Dabei ist eine gesunde Ernährung für Frauen (71 %) noch wichtiger als für Männer (56 %). Alter und Staatsangehörigkeit spielen dagegen keine bedeutsame Rolle. Andererseits hat die Befragung auch ergeben, dass das tatsächliche Ernährungsverhalten nicht immer den Ernährungsempfehlungen von Experten entspricht⁵³.

Hamburg verfügt bereits heute über ein breites Angebot und eine Vielzahl von Projekten zur Prävention und Gesundheitsförderung für ältere Menschen. Insbesondere bestehen vielfältige Möglichkeiten, sich zu bewegen und sportlich zu betätigen. So bieten die Hamburger Sportvereine und die Hamburger Volkshochschule eine Vielzahl von qualifizierten Angeboten im Gesundheitssportbereich an. Broschüren wie „Fit ab Fifty“ und „Gesundheitssportangebote“ informieren über die Angebote in den Sportvereinen. Darüber hinaus können beim Hamburger Sportbund eine spezielle Lizenz für den Bereich „Sport der Älteren“ sowie weitere Qualifikationen für den Seniorensport erworben werden. Aber auch außerhalb des organisierten Sports existiert ein breites Spektrum an Bewegungsangeboten, auch im öffentlichen Raum. Diese reichen von ersten Bewegungsparcours mit verschiedenen Geräten über Laufstrecken bis hin zu Flächen für verschiedene Spiele (z. B. Ballspiele, Boule etc.). Schließlich bieten verschiedene Einrichtungen wie z.B. Bildungseinrichtungen, Seniorentreffpunkte, Kirchengemeinden, Bürgerhäuser und kommerzielle Anbieter Sport und Bewegung für ältere Menschen an. Das interdisziplinäre Competence Center Gesundheit (CCG) der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg beschäftigt sich in Lehrveranstaltungen und (Forschungs-)Projekten mit der Thematik von Gesundheit, Bewegung und Ernährung im Alter. Ein Beispielprojekt aus dem CCG ist SAGLIK. In diesem interdisziplinären Projekt für die Zielgruppe der älteren Frauen und Männer mit türkischem Migrationshintergrund werden interkulturelle Angebote der stadtteilorientierten Gesundheitsförderung mit den Schwerpunkten gesunde Ernährung,

⁵³ BSG, Die Gesundheit älterer Menschen in Hamburg I, Dezember 2010, S. 22 f. und BGV, Die Gesundheit älterer Menschen in Hamburg II, September 2011, S. 39ff.

Bewegung und soziale Teilhabe in den Bezirken Hamburg-Mitte und Hamburg-Altona entwickelt und umgesetzt.

Über den Arbeitskreis „Mobil im Alter und Sturzprävention“ besteht eine enge Kooperation verschiedener Einrichtungen auf dem Gebiet der Gesundheitsförderung. Der Arbeitskreis wird von der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz koordiniert und verfolgt das Ziel, Bewegungsangebote für ältere Menschen zu verbessern und dabei den Schwerpunkt auf das Thema Sturzprävention zu setzen. Vertreten sind neben der BGV Barrierefrei Leben e.V., der Paritätische Wohlfahrtsverband Hamburg e.V., die Geriatrische Forschungsabteilung am Albertinen-Haus, die Hamburger Inline Skating-Schule, der Hamburger Sportbund, der Landes-Seniorenbeirat Hamburg und Seniorenbildung Hamburg e.V.

Einige Anbieter von Bewegungsangeboten unterbreiten auch Angebote zur Ernährung im Alter. So gibt es im Programm der Hamburger Volkshochschule zahlreiche aktivierende Angebote zur Ernährung in besonderen Lebensphasen, z. B. „Kochen für Singles“, in denen vor allem ältere Männer in Fragen der Haushaltsführung eingearbeitet werden. Darüber hinaus gibt es weitere Einrichtungen wie z.B. die Verbraucherzentrale oder die Zentrale für Ernährungsberatung e. V. an der Hochschule für Angewandte Wissenschaften. Beispielhaft genannt werden können die Seminare der Verbraucherberatung zum Thema „Fit im Alter Gesund essen – besser leben“.

Der öffentliche Gesundheitsdienst hält ein Beratungs- und Betreuungsangebot zur Erhaltung und Förderung der Gesundheit von älteren Menschen mit dem Ziel vor, die Selbstbestimmung und eigene Lebensführung zu unterstützen. Die Fachämter Gesundheit der Bezirke setzen diesen Auftrag projektbezogen um, z.B. durch Maßnahmen der Gesundheitsförderung und spezielle Impfangebote für ältere Menschen.

Zur Förderung psychischer Gesundheit und sozialer Integration wird auf die vielfältigen Angebote für ältere Menschen in den Bereichen Kultur, Bildung, ehrenamtliches Engagement und Freizeitgestaltung verwiesen.

Im Vergleich zu anderen Zielgruppen wird auf dem Gebiet der Gesundheitsförderung und Prävention insgesamt jedoch noch zu wenig für ältere Menschen getan. Potenziale in diesem Bereich werden noch zu wenig genutzt. Die meisten älteren Menschen nehmen zwar ausreichend Bewegung und gesunde Ernährung wichtig, aber nicht in dem Ausmaß, wie es wünschenswert wäre. Mehr als zwei Drittel der im Rahmen von LUCAS Befragten sind mit ihrem eigenen Gesundheitsverhalten zufrieden und nur etwa ein Fünftel zeigt Interesse an Maßnahmen zur Gesundheitsförderung. Unter den Befragten mit nicht-deutscher Staatsangehörigkeit äußerte sich immerhin ein Drittel hieran interessiert. Hinzu kommt, dass die überwiegende Zahl der Angebote im Bereich der Gesundheitsförderung auf einer „Komm-Struktur“ beruht und damit ein gewisses Maß an Eigeninitiative voraussetzt. Niedrigschwellige Angebote im unmittelbaren Lebensumfeld sind für ältere Menschen eher selten zu finden. Erforderlich sind daher Angebote an Orten, die von älteren Menschen häufig aufgesucht werden.

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umweltschutz (BSU) hat deshalb Publikationen und aktuelle Forschungsergebnisse zu bestehenden Bewegungsangeboten im öffentlichen

Raum für ältere Erwachsene im In- und Ausland ausgewertet und gemeinsam mit der igs 2013 im Mai 2010 einen Fachworkshop „Bewegungsparcours im öffentlichen Raum – Bewegungsangebote für Ältere aus sportfachlicher und freiraumplanerischer Sicht“ durchgeführt. Die BSU hat das Ziel, in Zusammenarbeit und im engen Dialog mit den Bezirken potentielle Standorte für neue Bewegungsangebote für ältere Erwachsene zu definieren und Pilotprojekte vorbehaltlich der Finanzierbarkeit zu realisieren. Zur Identifizierung von potentiellen Gebieten/Standorten, Angeboten und Nutzergruppen hat die BSU die Untersuchung „Spiel- und Freizeitflächen für Jung und Alt - Bewegungsangebote für Erwachsene im öffentlichen Raum“ in Auftrag gegeben..Die Untersuchung wurde im Zeitraum Dezember 2010 bis August 2011 durchgeführt.

Im Hinblick auf die Vernetzung der Gesundheits- und Präventionsangebote haben auf Initiative der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz rund 130 Akteure der Gesundheitsförderung und –Prävention im Sommer 2010 einen Pakt für Prävention beschlossen, um die Aktivitäten der einzelnen Organisationen und Einrichtungen besser zu koordinieren und zu bündeln. Einer der Schwerpunkte dieses Paktes ist das Thema „Gesund alt werden in Hamburg“. Hierzu hat im Herbst 2011 eine 1. Zielkonferenz stattgefunden, auf der die Partner versucht haben, gemeinsam Strukturen für eine zielgerichtete Gesundheitsförderung und Prävention zu entwickeln. Diese Maßnahmen sollen stufenweise im Jahr 2012 umgesetzt werden. Es wurden u. a. Foren zu den Themen „Altengerechtes Wohnumfeld zum Erhalt der Selbständigkeit“, „Bewegungsförderung und Gesunderhaltung“ und „Gesundheitsförderung in der Pflege“ eingerichtet.

Fazit:

Der Stellenwert von Sport und gesunde Bewegung für Ältere im urbanen Raum wird weiter entwickelt und ausgebaut. Ziel ist es, alle älteren Hamburgerinnen und Hamburger frühzeitig für gesunde Bewegung und gesunde Ernährung zu sensibilisieren und ihnen die Nutzung der umfassenden Potenziale des Sports näher zu bringen und eine Verstetigung der eigenen Aktivitäten zu ermöglichen.

Mit dem „Pakt für Prävention“ und dem Arbeitskreis „Mobil im Alter und Sturzprävention“ auf Landesebene und den Gesundheitskonferenzen auf Bezirksebene verfügt Hamburg über eine geeignete Struktur, um die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger nachhaltig zu fördern und die Präventionsangebote zu vernetzen. Mit der Dekadenstrategie SPORT des Senates sollen die Netzwerke ausgebaut, Potenziale identifiziert sowie ausgebildet und ausgeschöpft werden, um die Stadtgesellschaft in ihrer Gesamtheit weiter zu entwickeln.

Im Bereich der Bewegungsangebote sind wichtige erste Schritte unternommen worden, um Bewegung im öffentlichen Raum dort zu ermöglichen und zu fördern, wo sich ältere Menschen aufhalten.

2.4.3 Medizinische Versorgung und Rehabilitation

2.4.3.1 Wohin wir die Stadt entwickeln wollen: Ziele

Viele Menschen können mit einem immer längeren und über lange Zeit in Gesundheit verbrachten Leben rechnen. Gleichzeitig werden dadurch aber zukünftig auch immer mehr ältere Menschen mit chronischen Krankheiten einer guten medizinischen Versorgung und Pflege bedürfen. Ältere Menschen sind dabei häufig nicht nur von einer, sondern von mehreren Erkrankungen bzw. gesundheitlichen Einschränkungen betroffen (Multimorbidität). Dies erfordert andere Behandlungskonzepte als bei Behandlung einzelner Krankheiten.

Das Hamburger Geriatriekonzept zielt darauf ab, dass die Menschen im Alter so lange wie möglich selbstbestimmt leben können. Das Risiko der dauerhaften Pflegebedürftigkeit und des Verlustes von Eigenständigkeit soll so weit wie möglich verringert werden. Ziel ist daher die Weiterentwicklung und Verbesserung der geriatrischen Versorgung (Weiterentwicklung, Verbesserung und Optimierung der medizinischen und pflegerischen Behandlungs- und Versorgungskonzepte von alten Menschen mit Mehrfacherkrankungen [geriatrische Patienten]) durch Leistungserbringer, Kranken- und Pflegekassen. Insbesondere im akutstationären und frührehabilitativen Bereich sollen die Versorgungsstrukturen bedarfsgerecht, aber auch wirtschaftlich tragfähig weiterentwickelt werden. Die Kapazitäten in der stationären und teilstationären Geriatrie in Hamburg sollen bedarfsgerecht weiter ausgebaut werden.

Die wohnortnahe Versorgung älterer Menschen hat in Hamburg dabei weiterhin eine besonders hohe Priorität. Der größte Teil der medizinischen Versorgung älterer Menschen wird im Rahmen der allgemeinen Versorgungsangebote, also durch niedergelassene Ärztinnen und Ärzte und die verschiedenen Fachabteilungen der Hamburger Krankenhäuser abgedeckt. Zusätzlich gibt es eine Reihe ambulanter, stationärer und teilstationärer Versorgungsangebote speziell für ältere Patientinnen und Patienten (geriatrische Abteilungen, Zentren für Ältere, gerontopsychiatrische Versorgungsangebote).

Diesem Prinzip der wohnortnahen Versorgung wird durch die Verzahnung von teilstationärer und vollstationärer Versorgungsangebote Rechnung getragen. Ferner sollen auch der ambulante und der stationäre Sektor besser miteinander vernetzt und verzahnt werden.

Ein zusätzliches Ziel wird es in Hamburg in den kommenden Jahren auch sein, weitere Verbesserungen in der akutmedizinischen Versorgung demenzkranker Menschen unter Berücksichtigung der Möglichkeiten zur Verbesserung der Situation im außerklinischen medizinischen und pflegerischen Bereich zu erreichen.

2.4.3.2 Wo wir stehen: Ausgangslage und Bewertung

Am häufigsten treten im Alter Krankheiten des Bewegungsapparates und des Herz-Kreislauf-Systems auf, gefolgt von Beeinträchtigungen des Sehens und des Hörens. Im Rahmen der LUCAS-Telefonbefragung berichten 42 % der Jüngeren und 59 % der Älteren ab 75 von dauerhaften Einschränkungen im Alltag durch Beeinträchtigungen z.B. der Sinne,

der Motorik oder der Mobilität⁵⁴. Aber auch das Risiko von Krebserkrankungen, Diabetes, Osteoporose, Schlaganfall und Demenz steigt mit dem Alter an.

Hinzu kommt, dass viele alte Menschen zu viele Medikamente einnehmen, wodurch sich erhöhte Risiken für Nebenwirkungen, Vergiftungen, Abhängigkeitsentwicklungen und Missbrauch ergeben. Von den Befragten der LUCAS-Studie gaben jeweils 20 % an, keine oder nur ein Medikament einzunehmen. 10 % nehmen vier und 19 % sogar fünf oder mehr Medikamente gleichzeitig⁵⁵.

In der Studie zur „Epidemiologie der Verschreibung von Medikamenten in Hamburg und Umgebung“ zur systematischen Erfassung problematischer und ggf. missbräuchlicher Versorgung von Patienten mit Benzodiazepinen, wird unter anderen festgestellt, dass der Anteil älterer Menschen über 70 Jahre mit Benzodiazepinverordnung überproportional hoch ist. Benzodiazepine ist die größte und gesundheitspolitisch relevanteste Medikamentengruppe mit Missbrauchspotential. Letztlich stellt sich gesundheitspolitisch die Frage des bewussten Umgangs mit Psychopharmaka bei alten Menschen. Das Phänomen der Benzodiazepin-Dauerverschreibung bekommt in der älter werdenden Gesellschaft eine zunehmende Bedeutung. Die Studie wurde im Auftrag der BGV vom Zentrum für Interdisziplinäre Suchtforschung durchgeführt und wird im Februar 2012 im Rahmen einer Fachtagung veröffentlicht. Im Rahmen der Fachtagung sind erste Schlussfolgerungen, unterschiedliche Konsequenzen und Maßnahmen verschiedenen Akteuren (Ärztammer, Apothekerkammer) zu erarbeiten.

Die zunehmende Zahl betagter und hochbetagter Menschen verbunden mit dem medizinisch-technischen Fortschritt wird künftig zu einer erhöhten Nachfrage nach Pflege- und medizinischen Leistungen führen. Damit einhergehen wird ein erhöhter Personalbedarf im Gesundheitswesen. Dies gilt für ärztliche, pflegerische und sonstige therapeutische Berufsgruppen.

Darüber verbunden wird die demografische Entwicklung zu einem steigenden Bedarf an spezifischer auf die Bedürfnisse geriatrischer Patientinnen und Patienten abgestimmter Behandlung führen, um das Risiko der dauerhaften Pflegebedürftigkeit und des Verlustes von Eigenständigkeit so weit wie möglich zu verringern. Obwohl Hamburg mit 2,8 geriatrisch weitergebildeten Ärztinnen und Ärzten auf 100.000 Einwohner über dem Bundesdurchschnitt liegt, besteht ein weitgehender Bedarf an geriatrisch weitergebildeten Ärztinnen und Ärzten im ambulanten und stationären Bereich.

Hamburg misst der geriatrischen Versorgung seit vielen Jahren eine besonders hohe Bedeutung bei und hat seit Anfang der Achtziger Jahre die Geriatrie im Krankenhaus konsequent vorangetrieben. Für das Fachgebiet Geriatrie stehen derzeit in Hamburg in 10 Krankenhäusern Fachabteilungen bzw. spezialisierte Versorgungsangebote (geriatrischer Schwerpunkt) mit 781 vollstationären Betten und 174 teilstationären Behandlungsplätzen zur Verfügung. Für 2015 ist rechnerisch von einem Bedarf von 931 Betten Geriatrie auszugehen und für 2020 ff sind rechnerisch weitergehende Bedarfe von über 1.000 Betten Geriatrie erkennbar. Diese erwartete Steigerung spiegelt zunächst allein die demografische Entwicklung wieder. Nicht berücksichtigt sind in der Zielzahl mögliche weitere

⁵⁴ BSG, Die Gesundheit älterer Menschen in Hamburg I, S. 28.

⁵⁵ BSG, Die Gesundheit älterer Menschen in Hamburg I, S. 29.

Verlagerungen, z.B. von den Fachgebieten der Inneren Medizin und der Neurologie zur Geriatrie.

Der Krankenhausplan 2015 der Freien und Hansestadt Hamburg sieht vor, dass die Geriatrie in den Hamburger Krankenhäuser weiter ausgebaut wird. Dazu gehört u.a. als neuer Standort ein geriatrisches Versorgungsangebot im Bethesda Krankenhaus Bergedorf.

Darüber hinaus sollen mit Leistungserbringern und Hamburger Krankenkassen bis zur Zwischenfortschreibung des Krankenhausplans 2015 in 2012 Gespräche zur weiteren Verbesserung der Versorgungsangebote für geriatrische Patientinnen und Patienten geführt werden. Dabei sollen die bereits vorhandenen Möglichkeiten zur Vernetzung in der Geriatrie aufgezeigt und deren Weiterentwicklung gemeinsam mit den Beteiligten im ambulanten Bereich strukturiert und vereinbart werden. Die Möglichkeiten der weitergehenden Bildung von regionalen Netzwerken für eine sektorübergreifende und interdisziplinäre Zusammenarbeit sollen aufgezeigt werden.

Mit dem Alter nimmt auch die Schwerbehindertenquote zu (vgl. Abschnitt 1.7). Ursachen der Behinderung sind überwiegend Krankheiten. Daraus lässt sich schließen, dass durch eine verbesserte Prävention von Krankheiten Behinderungen verringert werden können. Gleichzeitig sind eine gute Versorgung mit Hilfsmitteln und die barrierefreie bzw. zumindest barrierearme Gestaltung des Lebens in der Stadt wichtige Voraussetzungen für die Integration behinderter Menschen.

Die Mehrzahl der alten Menschen ist psychisch gesund, unter den Hochaltrigen nehmen aber Demenz und „Lebensmüdigkeit“ deutlich zu. Verschiedene Studien zeigen, dass etwa ein Viertel der 65-Jährigen und Älteren unter einer psychischen oder geistigen Störung leidet, das ist die gleiche Größe wie im mittleren Lebensalter. Auch zwischen den Geschlechtern sowie zwischen älteren Menschen mit und ohne Migrationshintergrund konnten keine signifikanten Unterschiede ermittelt werden.

Etwa 1 % bis 5 % der älteren Menschen leiden unter einer schweren Depression. Depressive alte Menschen suchen jedoch seltener als jüngere von sich aus Hilfe und werden auch seltener von ihren Ärzten oder anderen Bezugspersonen auf dieses Thema angesprochen. Sie erreicht daher auch weniger Hilfe und Unterstützung.

Ein besonderes Problem sind Suizide im Alter. Etwa die Hälfte aller Selbsttötungen in Hamburg betrifft Menschen ab dem 60. Lebensjahr und mit steigendem Alter nimmt das Suizidrisiko weiter zu. Gründe hierfür sind psychische und körperliche Krankheiten, aber auch Einsamkeit, der Verlust von Angehörigen und Freunden und die Einschränkung der Lebensperspektive. Häufig werden Depressionen im Alter auch nicht diagnostiziert, obwohl sie gut zu behandeln wären. Faktoren, die hier eine Rolle spielen sind: unzureichende Kenntnisse der Besonderheiten von Diagnose und Therapie von Depressionen im Alter bei Ärzten, Therapeuten und Pflegepersonal, schwierige Unterscheidungen zwischen altersbedingten Veränderungen, mit denen man sich arrangieren muss, und behandelbaren Krankheiten ebenso wie die geringe Aufgeschlossenheit älterer Menschen gegenüber psychotherapeutischen Behandlungsmethoden.

Bei der Hamburgischen Landesstelle für Suchtfragen e. V. (HLS) wurde 2007 der multidisziplinär besetzte Arbeitskreis Alter und Sucht eingerichtet. Von der HLS wurde im Februar 2009 die Broschüre „Sucht im Alter“ herausgegeben. Sie wendet sich insbesondere an die Zielgruppe Ärztinnen und Ärzte, die mit suchtkranken oder suchtgefährdeten Patienten/innen arbeiten. Der Handzettel der HLS „Hilfe und Unterstützung für ältere, suchtgefährdete Menschen“ wird um ambulante Pflegedienste, die eine besondere Qualifikation im Umgang mit diesem Personenkreis besitzen, ergänzt.

Fazit:

Der Ausbau der Geriatrie, insbesondere im stationären Bereich, ist eine ausgesprochene Stärke des Hamburger Gesundheitswesens. In der akutmedizinischen Behandlung fühlen sich Demenzkranke und ihre Angehörigen oft noch nicht angemessen berücksichtigt. In der ambulanten medizinischen Versorgung älterer Menschen verlangt die Medikamententhematik stärkere Aufmerksamkeit.

Gerade ältere Menschen, die mit zunehmendem Alter häufiger auf medizinische, therapeutische und pflegerische Leistungen angewiesen sind, erwarten mehr Transparenz über die Qualität der einzelnen Einrichtungen, die sie als konkrete Entscheidungshilfen nutzen können.

2.4.4 Pflegerische Versorgung

2.4.4.1 Wohin wir die Stadt entwickeln wollen: Ziele

Ist Hilfe- und Pflegebedürftigkeit eingetreten, müssen sich die sozialpolitischen Anstrengungen darauf richten, die damit verbundenen Einschränkungen der Selbstbestimmung, Teilhabe und Lebensqualität möglichst gering zu halten.

Es muss sichergestellt werden, dass genügend Fachkräfte, insbesondere Pflegefachkräfte, bereitstehen.

Über die Arbeit der Pflegestützpunkte soll die Erreichbarkeit, Quantität und Qualität der Beratung speziell in der Pflege verbessert werden. Netzwerkarbeit, der Einbezug ehrenamtlich tätiger Personen und Organisationen und Öffentlichkeitsarbeit sind weiter auszubauen.

Immer mehr Seniorinnen und Senioren wollen frühzeitig mitentscheiden, wem sie später eventuell ihre Pflege anvertrauen wollen. Dazu benötigen Sie transparente Informationen zum Beispiel über die Vergleichbarkeit und Qualität von Pflegeeinrichtungen.

2.4.4.2 Wo wir stehen: Ausgangslage und Bewertung

In der „[Rahmenplanung der pflegerischen Versorgungsstruktur bis 2015](#)“ werden die aktuellen Angebote der Langzeitpflege in Hamburg analysiert und zukünftige Bedarfe beschrieben. Es werden Prognosen für die Entwicklung der Hilfe- und Pflegebedürftigkeit aufgestellt und Maßnahmen zur Weiterentwicklung der Angebote vorgeschlagen.

Es gibt ein zahlenmäßig gutes Angebot an Plätzen in der stationären Pflege und an ambulanten Pflegediensten. Das Angebot in der Tagespflege wird von Trägerseite stark ausgebaut.

Neue gemeinschaftliche Wohnformen von Hilfe- und Pflegebedürftigen sind in den letzten Jahren auch in Hamburg geschaffen worden. Sie haben positive Effekte für die Bewohnerinnen und Bewohner (vgl. Rahmenplanung der pflegerischen Versorgungsstruktur bis 2015). Sie werden weiter gefördert. In Wilhelmsburg wurde ein kultursensibles Pflegeangebot für Menschen mit Migrationshintergrund entwickelt und umgesetzt (Veringeck). Wenn es erfolgreich ist, kann es als Modell für weitere Angebote dienen. Auch bei Beratungs- und Informationsangeboten soll auf die Zugänglichkeit für Migranten geachtet werden.

Die demografische Entwicklung führt aber auch zu einem höheren Bedarf an Pflegefachkräften - bei gleichzeitig abnehmenden Schülerzahlen. Dies erfordert gemeinsame Anstrengungen aller Beteiligten: in der Imagearbeit für diesen zukunftssicheren Beruf, in der Erstausbildung, der Weiterbildung Arbeitsloser und gering qualifizierter Beschäftigter sowie in der Anerkennung ausländischer Abschlüsse.

Die BGV, die Hamburgische Pflegegesellschaft (HPG), die Agentur für Arbeit Hamburg, Jobcenter team.arbeit.hamburg und das Hamburger Institut für berufliche Bildung (HIBB) haben im Juni 2011 eine Vereinbarung über die Zusammenarbeit beim bedarfsgerechten Ausbau der Aus- und Weiterbildung zur Pflegefachkraft in der Altenpflege geschlossen. Es wurde die „Hamburger Initiative Altenpflege 2011“ gegründet. Es wurde u. a. vereinbart, bei der Erstausbildung zur Altenpflege in Pflegeeinrichtungen im Ausbildungsjahr 2011/2012 die Anzahl der Schüler um mindestens 60 auf insgesamt 370 zu erhöhen. Es wurde zudem beschlossen, dass jährlich mindestens 50 Arbeitslose eine Weiterbildung/Umschulung zur Altenpflege erhalten können. Die „2. Hamburger Qualifizierungsoffensive in der Altenpflege“ hat am 1.11.2010 begonnen. Sie hat es sich zum Ziel gesetzt, 160 Pflegekräfte berufsbegleitend zu examinierten Altenpflegerinnen und Altenpflegern zu qualifizieren. Die finanziellen Mittel für die Umsetzung werden u. a. durch den Europäischen Sozialfonds (ESF) und die BSB bereitgestellt.

Die sog. niedrighschwelligigen Angebote nach § 45c SGB XI für Personen mit einem erheblichen Bedarf an allgemeiner Beaufsichtigung und Betreuung (gem. § 45a SGB XI) werden von Freiwilligen erbracht und professionell begleitet. Es werden Beratung und stundenweise Betreuung zu Hause oder in einer Einrichtung bzw. Angehörigengruppe angeboten. Gegenwärtig bieten 9 Träger die niedrighschwelligigen Angebote mit einer Förderung durch die Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz und die Pflegekassen an. Der Bedarf für diese Dienste wird mit der steigenden Anzahl älterer Menschen und dem allgemeinen Trend zur Individualisierung weiter zunehmen.

Für Menschen mit Hilfe- und Pflegebedarf – überwiegend Seniorinnen und Senioren - und ihre Angehörigen sind Pflegestützpunkte gemäß § 92c SGB XI eingerichtet worden. In diesen Pflegestützpunkten werden die Beratungsangebote von Pflegekassen sowie der Freien und Hansestadt Hamburg gebündelt und verstärkt. Bis Mitte 2010 sind neun Pflegestützpunkte als kostenlose und unabhängige Beratungsstellen in Betrieb gegangen. Der Ausbau ist wissenschaftlich begleitet worden. Aufbauend auf den gewonnenen Erkenntnissen halten die Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz, die Bezirksämter sowie die Kranken- und Pflegekassen die Anzahl an Pflegestützpunkten für ausreichend.

In Hamburg werden gegenwärtig Aspekte der sexuellen Identität im Bereich der Pflege in Ausbildungs- und Prüfungsordnungen, Lehrplänen, Fort- und Weiterbildungsangeboten und in der Qualitätssicherung bereits berücksichtigt. Weiterhin wird angestrebt, im Rahmen biografiegestützter Pflegeaus- und -weiterbildung die spezifischen Bedarfe älterer Migrantinnen und Migranten, von Männern und Frauen und von Menschen mit unterschiedlichen sexuellen Identitäten und Lebensweisen zu berücksichtigen. Es besteht im Bereich identitätsgerechte Altenpflege also nicht primär ein Regelungsbedarf, sondern ein Bedarf in der weiteren praktischen Umsetzung und nachhaltigen Verankerung.

Fazit:

Der Fachkräftebedarf in der Pflege ist die überragende Zukunftsherausforderung in diesem Bereich. Die bisherigen gemeinsamen Maßnahmen von Trägern und Behörden auf diesem Feld haben sich bisher als noch nicht ausreichend wirksam erwiesen.

Der Umgang mit einer zunehmenden Zahl von Menschen mit Demenz und ihren Angehörigen ist nicht mehr nur ein Thema der pflegerischen Versorgung, sondern stellt alle Bereiche des öffentlichen Lebens vor neue Herausforderungen.

Die Ausweitung und Intensivierung der Förder- und Leistungsansprüche führt zu einer Intensivierung der Nachfrage bei den niedrighwelligen Angeboten. Bei den niedrighwelligen Diensten fehlen bisher Angebote, die auf die Bedarfe älterer Migranten zugeschnitten sind.

Wie im Gesundheitswesen insgesamt, ist auch für die Nutzer von Pflegeeinrichtungen bei dem umfassenden Angebot in Hamburg die Transparenz über wesentliche Leistungen und ihre Qualität noch nicht ausreichend gesichert.

3 Handlungsplan: Was wir uns als nächste Schritte vornehmen

I.

Seniorinnen und Senioren bringen wertvolle Fähigkeiten, Erfahrungen und Engagement in das Zusammenleben und die Weiterentwicklung der Freien und Hansestadt Hamburg ein. Sie sind nicht zuletzt Experten in eigener Sache. „**Nicht über Senioren ohne Senioren**“ ist ein wichtiger Grundsatz bei der Bewältigung der demografischen Herausforderungen für die Stadt. Klare und verlässliche **Mitwirkungsregelungen** sollen deshalb sicherstellen, dass die Belange von Seniorinnen und Senioren bei für sie oder das Zusammenleben der Generationen relevanten Entscheidungen in allen Bereichen gehört und berücksichtigt werden.

- Der Senat legt der Bürgerschaft zeitgleich zu diesem Bericht den Entwurf eines **Hamburgischen Seniorenmitwirkungsgesetzes** mit folgenden Eckpunkten vor:
 - Die Zusammensetzung der Seniorenbeiräte auf Bezirks- und Landesebene soll die unterschiedlichen Lebenslagen von Seniorinnen und Senioren widerspiegeln. Die ausgewogene Besetzung mit Frauen und Männern sowie die gesicherte Mitwirkung von Älteren mit Migrationshintergrund werden verbindlich festgeschrieben.
 - Die Zusammensetzung soll zudem hinsichtlich der Erfahrungen, Interessen und Kenntnisse der Mitglieder eine wirkungsvolle Vertretung der Belange der Seniorinnen und Senioren gewährleisten.
 - Die bewährte Struktur aus Seniorendelegiertenversammlungen und Bezirks-Seniorenbeiräten auf Bezirksebene und dem Landes-Seniorenbeirat auf gesamtstädtischer Ebene wird beibehalten.
 - Organisationen und Gruppen, die Seniorendelegierte in die Delegiertenversammlung in den Bezirken entsenden können, werden breiter und offener definiert als in der bisherigen Senatsanordnung, um die Regelung an die veränderte Lebenswirklichkeit von Seniorinnen und Senioren anzupassen und möglichst viele Vertretungsformen der Bürgerinnen und Bürger im Alter von 60 und mehr Jahren anzusprechen.
 - Der Tätigkeitsbericht des LSB wird alle zwei Jahre dem Senat vorgelegt, der ihn an die Bürgerschaft weiterleitet. Auf diese Weise beraten und unterstützen die Seniorenvertretungen den Senat und die Bürgerschaft in seniorenpolitischen Fragen.
- Eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit ist vorgesehen, um eine breite Beteiligung von Seniorinnen und Senioren an den neu gestalteten Mitwirkungsmöglichkeiten zu erreichen.
- Das Seniorenmitwirkungsgesetz und seine Umsetzung werden mit dazu beitragen, die Kompetenzen und das **freiwillige Engagement von Seniorinnen und Senioren verstärkt in das öffentliche Bewusstsein zu heben** und noch mehr Ältere dabei zu unterstützen, ihre Bereitschaft zum Engagement in die Tat umzusetzen.

II.

Damit Hamburg noch besser vorbereitet ist auf einen künftig höheren Anteil älterer Menschen und die älteren Bürgerinnen und Bürger sich grundsätzlich **selbstständig und selbstbestimmt in der eigenen Wohnung, in der Nachbarschaft, im öffentlichen Raum** bewegen und leben können, nutzt der Senat die Chancen seiner wohnungsbaupolitischen

Offensive. Zusätzlich werden im Rahmen dieses Handlungsplans folgende Maßnahmen unternommen:

- Die Bezirksämter beziehen die Bezirks-Seniorenbeiräte bei den bezirklichen **Wohnungsbauprogrammen** systematisch mit ein, damit die Wohnbedarfe älterer Menschen in diesen Programmen zur Geltung kommen.
- Ein Schwerpunkt wird neben dem Neubau auch auf die **Anpassung des Wohnungsstandes** gelegt. Für das Programm für den barrierefreien Umbau von Bestandswohnungen mit einem derzeitigen Volumen von 1,69 Mio. Euro pro Jahr wurde ab 2011 ein jährlicher Inflationsausgleich von 2 % eingeführt. Die Fördersätze werden entsprechend angehoben. Die Aufzugsförderung wird ausgeweitet. Im Mietwohnungsneubau können alle Aufzugsanlagen in Gebäuden mit mindestens drei Vollgeschossen gefördert werden.
- Der Senat hat mit der Bauverordnung zum Hamburgischen Wohn- und Betreuungsqualitätsgesetz einen entscheidenden Impuls für mehr **Barrierefreiheit in Servicewohnanlagen für Senioren** gegeben: Bis 2022 müssen diese für Seniorinnen und Senioren gebauten und konzipierten Wohn- und Betreuungsangebote barrierefrei gestaltet werden. Die Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz plant, den Umbauebedarf bei den betreffenden Wohnformen bis Mitte 2014 durch die zuständige Wohn-Pflege-Aufsicht der Bezirksämter mit Unterstützung externer Sachverständiger prüfen zu lassen. Im Sinne der Planungssicherheit sollen die einzelnen Betreiber nach Feststellung des Bedarfes über die notwendigen Änderungen zur Herstellung der Barrierefreiheit eine verbindliche Auskunft des Bezirksamtes erhalten.
- Unter Federführung der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt und Beteiligung der Hamburger Bezirke, des Hamburger Verkehrsverbundes, der DB Station & Service AG, der Hamburger Hochbahn AG und der S-Bahn Hamburg AG soll ein nachfrageorientiertes und zugleich wirtschaftliches **Gesamtkonzept für die öffentlichen Toilettenanlagen in Hamburg** entwickelt werden. Durch die Beteiligung des HVV sowie der Verkehrsunternehmen soll sichergestellt werden, dass im Umfeld von Schnellbahnhaltstellen ein angemessenes Angebot an barrierefreien Toilettenanlagen besteht.
- Ziel der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz (BGV) ist es, das Thema **„Länger selbstbestimmt leben durch Telemedizin und Unterstützungssysteme (AAL)“** zu einem der Schwerpunktthemen der Gesundheitswirtschaft Hamburg GmbH (GWHH) zu machen. Ein erstes von der BGV und mit europäischen Mitteln gefördertes Projekt „Vernetztes Wohnen im Quartier“ wird als interdisziplinäres Verbundprojekt Hamburger Akteure durch die GWHH koordiniert. Die beteiligten Partner aus Wissenschaft, der Pflegewirtschaft, IT-Unternehmen und regionalem Clustermanagement streben gemeinsam die Entwicklung, Erprobung und Anwendung eines mitwachsenden, effizienten, quartiersbezogenen und übertragbaren Produkt-Dienstleistungssystem an. Die Selbstbestimmung älterer Menschen soll hierdurch gefördert und der Verbleib im eigenen Wohnumfeld so lange wie möglich sichergestellt werden. Geplant sind individuell gestaltbare Wohn- und Versorgungsangebote in einem Quartier. Dazu gehören neben dem Einsatz technischer und haustechnischer Komponenten auch die Entwicklung und Etablierung von unterstützenden und aktivierenden Dienstleistungen, sowie Versorgungs- und Pflegeleistungen in unterschiedlichen Stufen. In zwei Wohneinheiten

sollen die technischen Hilfen erprobt und erlebbar werden. Momentan erarbeitet die Universität Hamburg gemeinsam mit den beteiligten IT-Partnern die Vorstudie für das Projekt. Hierdurch können aktuellste technische Entwicklungen berücksichtigt werden. Für weitere innovative Versorgungsmodelle können Hamburger Unternehmen Mittel aus einem Förderprogramm zur Gesundheitswirtschaft der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz beantragen.

III.

Die Hamburgerinnen und Hamburger leben immer länger, erleben dabei auch mehr gesunde Jahre und bringen die gewonnene Zeit zunehmend in gesellschaftliches **Engagement** ein. Diese Lebensphase bietet die auch die Chance, neue Erfahrungen zu machen, **kulturelle Angebote** zu nutzen und mitzugestalten und **lebenslang dazuzulernen**. Mit praktischen Maßnahmen und gelungener Vernetzung der Angebote kann und soll dies in Hamburg unterstützt werden. Dabei kommt es zunächst darauf an, die Wünsche von Seniorinnen und Senioren zu erkunden, Verbesserungen praktisch zu erproben und sie dann zum Standard zu machen.

- Gerade **Museen** werden gerne von älteren Menschen besucht; sie eignen sich im kulturellen Bereich für eine Vorreiterrolle. Die Stiftung historische Museen plant deshalb in kurzer und mittelfristiger Perspektive besondere Standards für Seniorinnen und Senioren umzusetzen, wie z. B.
 - biogerontologische Faktoren bei der Ausstellungsgestaltung und der Didaktik (Beschriftungen, Saalzettel, Beleuchtung, Vermeiden von Stolperfallen, kontrastreiche Farbgestaltung etc...) zu berücksichtigen,
 - handlungsorientierte und gesellige Komponenten bei der Veranstaltungsplanung zu berücksichtigen,
 - sowie das Service- und Aufsichtspersonal für die besonderen Bedürfnisse von Senioren zu sensibilisieren und entsprechend zu schulen.
- Im Projekt „Lernen vor Ort“ wird ein Beteiligungsverfahren für ältere Bürgerinnen und Bürger entwickelt, das ihnen ermöglicht, ihre Lernbedürfnisse auf strukturierte Weise mitzuteilen. Das Verfahren soll im Besonderen die Bedürfnisse derjenigen Älteren berücksichtigen, die bisher weder in Gremien noch in Netzwerken oder anderen Beteiligungsstrukturen mitarbeiten noch vorhandene Angebote nutzen. Hierzu sollen niedrigschwellige Beteiligungsmöglichkeiten geschaffen werden. Eine erste Pilotierung erfolgt im Bezirk Hamburg-Mitte. Ebenfalls in Rahmen dieses Projektes werden ehrenamtliche Zukunftslotsen zu Verweisberaterinnen und Verweisberatern rund um Bildungsfragen ausgebildet, die auch auf spezifische Bildungsbedürfnisse für Seniorinnen und Senioren eingehen können. Das Besondere der Zukunftslotsen ist, dass sie Menschen in Alltagssituationen auf Weiterbildungsmöglichkeiten aufmerksam machen. Im Bezirk Harburg sind inzwischen 21 Frauen und Männer als Zukunftslotsen in dieser Weise aktiv. Auch in den Bezirken Eimsbüttel und Altona ist geplant, Zukunftslotsen für die niedrigschwellige Verweisberatung⁵⁶ einzusetzen. Interessierte Seniorinnen und Senioren können sich auch selbst zu Lotsen schulen lassen und so eigene Kompetenzen nutzen und weiter entwickeln.

⁵⁶ Bei dieser Form der Beratung werden die Interessen und Bedarfe vorsondiert und gegebenenfalls an professionelle Bildungsberaterinnen und -berater weiterverwiesen

- Die Seniorentreffs sind ein zentrales Element der Seniorenarbeit. Die Wohlfahrtsverbände, die Bezirksämter und die BGV arbeiten gemeinsam an der Qualitätssicherung und Weiterentwicklung dieses Bereichs.

IV.

Die Möglichkeit zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben sind auch abhängig davon, ob ältere Menschen als **Verbraucher** mit besonderen Bedürfnissen wahrgenommen werden, ob ein **Armutsrisiko** besteht und ob ihre **rechtliche Selbstbestimmung** gesichert ist. Hamburg wird die Weiterentwicklung auf diesen Handlungsfeldern zunächst durch folgende Maßnahmen betreiben:

- Da insbesondere Schulden ein erhöhtes Armutsrisiko darstellen, wird in Hamburg diesem Risiko mit einem professionellen und gut ausgebauten Beratungsnetz an **Schuldnerberatung** entgegengewirkt. Hier werden verschuldete Menschen dabei unterstützt ihre Verschuldungssituation zu überwinden. Zurzeit wird ein Handlungskonzept Schuldenprävention in der Freien und Hansestadt Hamburg erarbeitet. Die in diesem Rahmen geplanten Maßnahmen haben zum Ziel, Überschuldung zu thematisieren, Finanzkompetenzen zu stärken und Unterstützung bei Überschuldungsgefährdung anzubieten. Es handelt sich dabei um aktivierende Maßnahmen. Im Rahmen dieses Konzeptes wird spezifisch auf die Situation überschuldungsgefährdeter Älterer eingegangen.
- Die rechtliche Selbstbestimmung wird am besten durch rechtzeitige **Vorsorgevollmachten** gesichert. Die Hamburger Betreuungsbehörde, das Fachamt für Hilfen nach dem Betreuungsgesetz des Bezirksamtes Altona und die Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz beginnen eine Präventionsoffensive, um Multiplikatoren zu gewinnen, die in der Lage sind, selbst Informationen zu Möglichkeiten der Vorsorge zu geben. Das Angebot richtet sich beispielsweise an Ausbildungsstätten für Pflegekräfte, Ärzte, Krankenhäuser, Seniorenorganisationen, ambulante und stationäre Pflegeeinrichtungen, Pflegestützpunkte etc. Im Rahmen eines Modellprojektes werden dazu insbesondere auch Migrantenorganisationen angesprochen.

V.

Bei mit dem Alter zusammenhängenden **gesundheitlichen und sozialen Risiken** sollen auch in Zukunft in Hamburg die erforderlichen **Hilfen in guter und bezahlbarer Qualität** sicher gestellt werden.

- Nach dem Versorgungsstrukturgesetz kann in Hamburg ein gemeinsames Gremium aus Vertretern des Landes, der Kassenärztlichen Vereinigung, der Krankenkassen, Krankenhausgesellschaft sowie weiteren Beteiligten gebildet werden, das Empfehlungen zu sektorenübergreifenden Versorgungsfragen abgeben kann. Hamburg wird ein solches Gremium ins Leben rufen und es gezielt dafür nutzen, um vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung die **Verzahnung der gesundheitlichen Versorgungsangebote** zu verbessern. Eines der ersten Ziele werden **verbindliche Standards für das Entlassungsmanagement** zur Lösung von Problemen beim Übergang in die Versorgung nach der Krankenhausbehandlung und die Verbesserung der ärztlichen Versorgung in Pflegeheimen sein.

- Hamburg baut seine Vorreiterrolle in der **Geriatric** gezielt aus. Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels bestehen aber auch für die **akutmedizinische Versorgung demenzkranker Patientinnen und Patienten im Krankenhaus** besondere Herausforderungen. Dabei sind von den Krankenhausträgern, aber auch von den Kostenträgern zielgruppenspezifische Konzepte, die der qualitätsgesicherten Versorgung dieser Patientengruppe gerecht werden, zu entwickeln. Als wesentliche Aspekte werden u.a. gesehen:
 - Notwendigkeit zur Verbesserung der Kenntnisse von ärztlichem und pflegerischen Personal im Krankenhaus (Expertenwissen in die Kliniken bringen),
 - „Identifizierung“ von Demenzerkrankungen bereits bei Aufnahme in das Krankenhaus,
 - Einbeziehung der Angehörigen oder Bezugspersonen in die Behandlung, auch bereits in der Notaufnahme sowie die Möglichkeit zum „Rooming In“,
 - soweit zeitlich möglich, „Feindiagnostik“ der Demenz,
 - noch stärkere Berücksichtigung der besonderen Situation Demenzkranker bei Baumaßnahmen/baulichen Umstrukturierungen.

Im laufenden Jahr 2012 wird sich der Landesausschuss für Krankenhaus- und Investitionsplanung intensiv mit dem Verbesserungsbedarf in der Versorgung von Demenzpatienten und -patientinnen im Akutkrankenhaus befassen. Grundlage wird dabei eine von der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz im August 2011 in den Hamburger Plankrankenhäusern durchgeführte Umfrage zur Versorgungssituation demenzkranker Patientinnen und Patienten in Hamburger Krankenhäusern sein.

Die durchschnittlich längere Lebenserwartung bringt eine steigende Zahl **pflegebedürftiger Menschen in der Stadt** mit sich. Deren **Lebensqualität** steht im Mittelpunkt gezielter Maßnahmen:

- Hamburg wird im Rahmen einer **Landesinitiative Leben mit Demenz** in enger Zusammenarbeit zwischen Behörden, Selbsthilfeorganisationen, Einrichtungsträgern und weiteren Beteiligten einen offenen Prozess organisieren, in dem konkrete Verbesserungsvorschläge entwickelt und so weit wie möglich umgesetzt werden.
- Zur Entlastung der häuslichen Pflege werden **ehrenamtliche Angebote**, insbesondere Besuchskreise, stundenweise Betreuungsgruppen und Selbsthilfegruppen, verstärkt gefördert, der Mitteleinsatz hierfür zusammen mit den Pflegekassen schon in 2012 verdoppelt.
- Wir werden ein transparentes und leistungsfähiges **Beratungs- und Unterstützungsangebot für Pflegebedürftige und ihre Angehörigen** schaffen. Die seit 2009 geschaffenen Pflegestützpunkte werden weiter bekannt gemacht und die Beratungsangebote werden besser untereinander abgestimmt.
- Zur **Transparenz** gehört vor allem auch, sich gut über die Leistungsangebote und die **Qualität der Pflegeeinrichtungen** informieren zu können. Die Ergebnisse der Prüfungen der Wohn-Pflege-Aufsicht nach dem Hamburgischen Wohn- und Betreuungsqualitätsge-

setz sollen deshalb in geeigneter Form veröffentlicht werden, um die Entscheidungsfindung von Pflegebedürftigen und Angehörigen fachlich zu unterstützen.

- Gut ausgebildete Fachkräfte sind die Basis für die Sicherstellung einer qualitativ hochwertigen Pflege. Die berufliche Tätigkeit in der Altenpflege ist vielseitig, menschlich und zukunftssicher. Für diesen Beruf soll verstärkt geworben werden. Deshalb soll in Hamburg allen Schulabgängern, allen arbeitssuchenden Erwachsenen und allen schon in der Altenpflege arbeitenden Pflegekräften, die dies wünschen und für eine Qualifizierung geeignet sind, eine **Fachkraftausbildung** angeboten werden. Dazu werden die Träger von Pflegeeinrichtungen und ihre Verbände, die Arbeitsagentur und die Schul- und Gesundheitsbehörde noch intensiver zusammenarbeiten. Die Einführung einer Ausbildungsumlage für die Altenpflegeausbildung wird vorbereitet.

VI

Auf der Grundlage dieses Berichtes sowie weiterer ressortübergreifender Erkenntnisse und Planungen wird Hamburg ein **Demografiekonzept** entwickeln, in dem die Herausforderungen und Chancen des demografischen Wandels zu einem Gesamtkonzept zusammengeführt werden sollen. Damit soll Hamburg in die Lage versetzt werden, als generationenfreundliche Stadt mit entsprechenden Angeboten z. B. in den Bereichen Bildung, Wohnraum, Kindertagesversorgung sowie Gesundheitsversorgung und Pflege attraktiv zu bleiben. Hamburg will gleichermaßen für ältere und junge Menschen eine Willkommensstruktur entwickeln, die die jeweiligen Erwartungen und Hoffnungen an die Zukunft fördert und unterstützt.